Bahama News

Nr. 2, 5.- DM Okt. '91

I N H A L T

	Seite
DISKUSSION	
Debatte zum Antisemitismus: Brief von Be	3
Völkischer Leninismus?-ISF und die Logik des Antisemitismus v.Be	7
Mehr Kritische Theorie? Satre lesen! von rh	13
Europa: ein Kontinent zwei Welten aus: iz3w 175	20
Dokumentation: Erklärung der RZ	22
Buchbesprechung: Liebesgrüße aus Bagdad aus: Listen 24	24
Lederer/Mellenthin: Zum Selbstbestimmungsrecht aus: ND 7.9.91	25
LINKE/BÜNDNIS	
Einladung zum Vorbereitungstreffen Weltwirtschaftgipfel	26
Arbeitskonferenz der RL "Ein Jahr Großdeutschland"	29
Brief aus der "AG Junge GenossInnen in der PDS"	31
Auflösungserklärung der AG "Radikale Linke in der PDS"	31
NACHRICHTEN INTERN	
Kurzprotokoll Verhandlungskommission 2.7.91	32
Vorlage der Ex-Mehrheit zum 2.7.	33
Zweite Vorlage der Ex-Mehrheit zum 2.7.	33
Finanzbilanz für die HSV	34
Überlegungen zum Verfahren mit dem Betriebsvermögen v.He zum 2.7.	34
Kommentar der Ex-Mehrheit zu ihren eigenen Beschlüssen vom 13.7.	35
Antwort der Verhandlungskommission Gruppe K zum Kommentar	36
Gruppe K RedakteurInnen zur Weiterverhandlung vom 15.8.91	37
SchreiberInnen der Ex-Mehrheit zur Weiterverhandlung v.17.8.	37
Ex-MehrheitvertreterInnen zur Weiterverhandlung v.22.8.	38
Gruppe K RedakteurInnen zur Haftung v.22.8.	38
Zusatzvereinbarung v.25.8.	39
Beschluß der Ex-Mehrheit zur Weiterführung des AK v.15.9.	39
Beschlüsse der Gruppe K in HH v. 7./8.9.	40
Beschlüsse der Gruppe K zur Weiterführung des AK v.7./8.9.	41
NACHRUFE/KB-AUFLÖSUNG	
Zum Ende des KB aus: Imprekorr 8.91	42
K-Gruppe wird Gruppe K aus: ND 19.8.91	44
Der KB hat sich aufgelöst aus: Revier 18.6.9	45
Abschiedsbrief an die Minderheit	46

Liebe Genossinnen und Genossen,

trotz Rüffeleien über die Bleiwüste an Minibuchstaben in den Bahamas, bekommt Ihr heute wieder ein Ausgabe mit viel Inhalt auf wenig Raum. Zum einen sehen wir uns von der schnöden Ökonomie in form von Kopier- und Portokosten dazu gezwungen, zum anderen geloben wir Besserung. Demnächst werden die Verhandlungspapiere weniger Raum einnehmen, sonst machen wir sie noch kleiner und die Diskussionspapiere wollen wir in angemessener gefälliger Größe darbieten. Soweit eine halbe Entschuldigung.

Die Redaktion

Für Beiträge zur Bahma News Nr. 3

Nico Frischlin
Pichelsdorfer Str. 125
1000 Berlin 20

Betrifft: Bezahlung der Bahama News !

Wir haben uns vorgenommen, daß die Bahama News etwa sechsmal im Jahr erscheint. Sie kostet pro Nummer einschließlich Porto etc. 5.-DM. Viele von euch haben bereits die 0 - Nummer erhalten.

Wir bitten euch, falls ihr die Bahama News regelmäßig beziehen wollt, uns immer für drei Nummern 15.-DM zu überweisen oder uns eine Einzugsermächtigung (s. unten) zuzuschicken. Wir ziehen dann immer pro 3 Nummern 15.-DM ein. Die Einzugsermächtigungen, die uns bereits vorlagen, für die Nummern 0 bis 2 werden jetzt abgebucht.

Bitte habt Verständnis dafür, daß wir denjenigen, die jetzt nicht reagieren, in Zukunft keine News mehr zuschicken können. Denn die Finanzmittel, die wir zur Verfügung haben, sind leider überhaupt nicht üppig. Dagegen sind Spenden erwünscht.

Unser Konto:

S. Roisch/ K. Dreyer, Hamburger Sparkasse
BLZ 200 505 50, Kto: 1228/122386

EINZUGSERMÄCHTIGUNG

Hiermit ermächtige ich S. Roisch/K. Dreyer jeweils drei Nummern "Bahama News" zum Preis von 15.-DM vor Erscheinen per Lastschrift von meinem Konto abzubuchen:

Name/Anschrift.....

Bank.....

Bankleitzahl.....

Kontonummer.....

Kontoinhaber (wenn von oben abweicht).....

Ort/Datum.....Unterschrift.....

Liebe GenossInnen,

auf dem Dortmunder Termin haben wir vereinbart, als inhaltlichen Schwerpunkt für unsere letzte und endgültige K-Gruppe ein Arbeitsprojekt zum Thema "Nie wieder Deutschland" in Angriff zu nehmen. Von Hr. vorgeschlagen und so auch geplant sind vier Schwerpunkte - zur Ökonomie der Wiedervereinigung, zur Entwicklung von Rechtsradikalismus und Rassismus, zur Außenpolitik, und zur sozusagen ideologischen Seite. Die Überlegung, auch ein größeres Seminar zu Antisemitismus anzugehen, wurde realistischerweise zurückgestellt. Da aber Hr.s Vorschläge noch parallel zu einem solchen Seminar gedacht waren, gehen bestimmte wichtige Aspekte in den genannten Themenstellungen nicht auf - Hr. hat ja denn zum einen auch vorgeschlagen, das Konzept nun um einen fünften Punkt zu erweitern. Zum anderen wurde andiskutiert, auf einem der nächsten K-Termine, der dann zweitägig zu planen wäre, einen Tag der vorbereiteten Debatte um Antisemitismus und Israel zu widmen, wobei dabei auch das Gespräch (u.a.) mit "Frankfurt" gesucht würde. Beides ist nicht einfach zu füllen und zu verwirklichen - im folgenden dazu Überlegungen, die ich an diejenigen schicke, die sich an den Aspekten "ideologische Seite Wiedervereinigung" und "Antisemitismus" interessiert gezeigt haben.

Daß es nicht ganz einfach ist, "Antisemitismus" als 5. Thema 'anzuhängen' liegt vielleicht an der Anlage des Arbeitsprojekts. Hr.s Vorschlag konzentriert sich darauf, in der NWD-Kampagne gemachte Voraussagen und politische Einschätzungen mit der Entwicklung im 1. Jahr nach Wiedervereinigung zu messen, daran die Analysen zu vertiefen, zu präzisieren oder auch zu korrigieren. Wesentliche Fragestellungen, die uns politisch über den (Jahres-) Tag hinaus beschäftigen werden, werden so bearbeitet. Zum Thema Antisemitismus wurden in der NWD-Kampagne auch aktuelle Erscheinungen thematisiert - z.B. die Typisierung Gysis im Spiegel zum ewigen Juden, oder Schändungen jüdischer Friedhöfe. Der Logik von Hr.s Konzept folgend wären auch hier fortführend Untersuchungen zum aktuellen Antisemitismus anzustellen. Material, Studien etc. gibt es meines Wissens hierzu nicht viele, aber es gibt aufzuarbeitendes Material, und der Mangel wäre natürlich ein Grund mehr, sich daran auch wirklich zu machen.

Nicht gegen ein so verstandenes Arbeitsprojekt zu Antisemitismus will ich also reden, aber doch dafür, daß das nicht genügen kann. Das eine Problem liegt vielleicht auf der Hand: es fehlt an theoretischen Grundlagen zu Antisemitismus, die wir uns erst erarbeiten müssen. Zum anderen war das Thema Antisemitismus m.E. aber auf eine spezielle Weise grundlegend für NWD: Über die Fragestellung, daß und warum "Deutschland denken", wie eine Veranstaltung in Hamburg hieß, "Auschwitz denken" heißen müsse. Wir haben uns zentral mit der Verdrängung der Verbrechen des NS-Staates, insbesondere der Verfolgung und Vernichtung des europäischen Judentums, auseinandergesetzt - und mit der Verdrängung, Bitburg, Historikerdebatte, Grenzöffnung am 9. November. Damit haben wir, jedenfalls nach meinem Verständnis, nicht einfach bloß "Erinnern" gegen "Vergessen" setzen wollen, sondern wir wollten die Aktualität des Themas für die BRD bzw. "Deutschland" behaupten und durchsetzen. Diese Aktualität zu definieren, Kontinuitäten aus dem NS-Faschismus und notwendige Konsequenzen zu formulieren, fiel uns schwer. Wir haben uns am Ungenügen der Dimitroff-Formel gestoßen, ohne weiterentwickelte Erklärungskonzepte und daraus abzuleitende Schlußfolgerungen an ihre Stelle setzen zu können. Wir haben also m.E. theoretisch und politisch brisante Leerstellen als Problem und Fragestellung zu verteidigen versucht. Gleichzeitig haben wir Ansatzpunkte gesucht, die theoretischen Defizite aufzuarbeiten (schon auf der RL-Konferenz im Sommer '90 fanden hierzu Debatten z.B. an den Thesen Fülb. u.a. entlang statt; auch die Analysen zu Nationalismus beschäftigen sich ja nicht zuletzt mit der Frage, in welcher Beziehung Konstruktion und Geschichte deutschen Nationalismus' zum Ereignis Auschwitz stehen...). Daraus erklären sich für mich manche vielleicht etwas hilflose Formulierungen, die jetzt nicht einfach zurückgenommen, sondern die ausgefüllt und solcherart ersetzt gehören.

In diesem Zusammenhang finde ich sehr wichtig, daß wir die Reflexion von Ansätzen leisten, die das linke Defizit in Bezug auf eine Antwort in der Historikerdebatte anzugehen suchen. Der "Historikerdebatte" lag ein Angriff der Rechten zugrunde, über eine Relativierung von Auschwitz deutschen Nationalismus wieder salonfähig zu machen. Diesen Angriff suchten Liberale und Linke abzuwehren. Neben einer quasi "realpolitischen" Ebene wohnte dem Streit damit aber auch als ein Element die tatsächliche Fragestellung inne, wie der NS-Faschismus zu definieren, und wie die Judenvernichtung zu solcher Definition in Beziehung gesetzt werden könne. Die linke Schwäche der Faschismusanalyse schlug sich so auch in linken Schwächen in der Debatte nieder.

Den Rechten wurde von ihren liberalen Kritikern um Habermas, aber auch von eher linken Exponenten wie dem dem SB-Spektrum angehörenden Dan Diner, ein Verständnis von "Singularität Auschwitz'" entgegengesetzt, das im wesentlich "Unerklärbarkeit" meinte. Sie glaubten, einer konsequenzlosen Historisierung des "Zivilisationsbruchs Auschwitz" nur auf solche Weise theoretisch begegnen zu können. Vielleicht liegt ein Denkfehler darin, solchen "Historismus", den Benjamin als "Geschichte der Sieger" beschreibt, weil in ihm alle betrachtete Vergangenheit immer nur auf die Notwendigkeit der siegenden Ordnung ausgerichtet wird, als einzig mögliche Geschichtsschreibung zu akzeptieren, und deshalb Auschwitz außerhalb derselben ansiedeln zu wollen. Wie auch immer: Die Thesen von der "Gegenrationalität" oder "Terroratio", die Auschwitz darstelle, und die Dan Diner und Jan Phillip Reemtsma auf Hannah Arendt und Leo Löwenthal stützen, scheint doch eine jedenfalls unzureichende Antwort auf die Rechten zu sein.

Daneben und dagegen stehen zwei Ansätze, die zu Auschwitz führende Logik rational erfaßbar machen wollen, und die, jede auf ihre Art, Konsequenzen für linke Positionen haben werden: Zum einen der theoretische Zugang zu modernem Antisemitismus von Moishe Postone, zum anderen die Thesen von Götz Aly und Susanne Heim, Auschwitz sei als Teil einer mörderischen Bevölkerungspolitik anzusehen, die ökonomischen und kriegs/ernährungspolitischen Zielen gedient habe.

Zur Relevanz Postones habe ich bereits versucht, was aufzuschreiben (Bahamas). Postones Ansatz will den modernen Antisemitismus rational erfassen, ohne ihn allerdings aus rationalen Intentionen der Täter zu erklären. Die - aus der kapitalistischen Entwicklung ableitbare - antisemitische Wirklichkeitsauffassung ist ihm wesentliche Grundlage einer Definition des "Nationalsozialismus".

Götz Aly und Susanne Heim haben den Band "Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung", Hamburg 1991 (58 DM) vorgelegt. Ein früherer Aufsatz hatte zur in Konkret dokumentierten Debatte geführt (dokumentiert in: Wolfgang Schneider (Hg.), "Vernichtungspolitik. Eine Debatte über den Zusammenhang von Sozialpolitik und Genozid im nationalsozialistischen Deutschland", Hamburg 1991), das Buch scheint zu weiteren lebhaften Diskussionen zu führen. Sie bestreiten Diners These, daß nur die Opferperspektive die Totalität der Vernichtung zu erfassen vermöge, und beschäftigen sich im Gegenteil mit Täterbiographien. Die Beschäftigung mit jungen Experten, einer "Expertokratie" in Wissenschaftsinstituten und auf der Ebene von Staatssekretären der Regierung, führt sie zur These, eine "Ökonomie der Endlösung" sei nachweisbar. Bevölkerungspolitik, schließlich der Massenmord, seien als Variable ökonomischer Politik begriffen worden.

Die Brisanz ihrer Ausführungen liegt an vielen Punkten auf der Hand: Beispielsweise führen Aly/Heim den Nachweis, daß das Euthanasieprogramm der Nazis als ganz wesentlicher Auftakt der Vernichtungsprogramme zu gelten hat, was das Thema Eugenik ganz ins Zentrum der Betrachtung rücken muß (z.B. die Debattten um die Singer-Thesen). Aber auch insgesamt ist ihr Entwurf eine theoretische Herausforderung. Ihre Kritiker stellen nicht ganz zu unrecht heraus, daß die These einer zweckgerichteten "Ökonomie der Endlösung" in gewisser Hinsicht Nähe zu traditionell-kommunistischen Theoremen hat; genauso richtig ist aber, daß Götz/Heym eine strukturelle Nähe stalinistischer Bevölkerungspolitik zur NS-Politik immer wieder andeuten. Wie die herausgearbeiteten Fakten kapitalistische Strukturen in Verbindung zum NS-Regime bringen, bleibt insgesamt weitgehend ungeklärt. Sie erwähnen die Mitwirkung von Großindustrie an bevölkerungspolitischen Planungen, stellen aber keine Abwägung der Machtbeziehungen im NS-Staat vor, die eine Einordnung der Rolle jener "Expertokratie" ermöglichen würde.

Die Vernichtung der Juden, schreiben Heim/Aly, habe an Antisemitismus und Vorurteilen gegen Juden angeknüpft, sei aber nur eine erste Stufe umfassenderer Mordpläne, und insofern nicht "einzigartig" gewesen. Indem Heim/Aly, wie an verschiedenen Textstellen durchscheint, Antisemitismus als bloßes Vorurteil gegen Juden aufzufassen scheinen, widersprechen sie dem theoretischen Ansatz Postones, und es ist weiter jedenfalls diskussionswürdig, wenn sie die "rationalen" Expertokraten oftmals von rassistisch-fanatischen Parteinazis absetzen. Dennoch scheint mir ihr Erklärungsansatz zunächst neben, und nicht zwingend gegen den Postones zu stehen.

Mit diesen verschiedenen Ansätzen müssen wir uns m.E. beschäftigen, wenn wir die theoretischen Defizite bezüglich einer Faschismusanalyse, die dem Ereignis Auschwitz gerecht werden könnte, ernst nehmen und angehen wollen.

Als erstes Etappenziel für die von Hr. vorgeschlagenen Arbeitsprojekte kann ja das - von max. im Kurzprotokoll von Dortmund leider vergessene - Seminar der RL Westberlin im Herbst gelten. Im folgenden Überlegungen, welche verschiedenen Ebenen der Diskussion für ein solches Seminar unter dem Stichwort 'Historikerdebatte' ergeben können:

* Ich gehe davon aus, daß die vier Arbeitsthemen von Hr. benannten Arbeitsthemen auch Themenstellungen für das Seminar sind. Dann würde der Aspekt der Entwicklung im ideologischen Bereich sich hauptsächlich damit auseinanderzusetzen haben, daß sich die rechten Exponenten des sogenannten 'Historikerstreits' inzwischen auf der ganzen Linie und bis hinein in die Linke durchgesetzt haben. Auf der ganzen Linie meint: in der Frage der Relativierung der Naziverbrechen wie im dahinterstehenden Ziel, einen 'normalen' deutschen Nationalismus zu reetablieren, der - jedenfalls scheinbar - mit Auschwitz keine Probleme mehr hat. Stellungnahmen dieser Historiker wie ihrer vormaligen Gegner, auch verschiedene Ereignisse wie z.B. die Hauptstadtdebatte, wären aufzuarbeiten.

* Dies wäre aber nur eine erste Ebene der Auseinandersetzung mit dem 'Historikerstreit'. In einer zweiten könnten anhand der darin diskutierten Kategorien auf erarbeiteten Grundlagen die differenten Positionen zum Golfkrieg innerhalb der RL kontrovers debattiert werden. Wie z.B. Hr. im AK nachzuweisen versuchte, kann nicht nur oberflächlich Enzensbergers Gleichsetzung Saddam=Hitler als plumpe entlastetende Relativierung nachgewiesen werden, sondern es gibt über die Brücken 'Kulturnation' und 'Zivilität' weitgehende ideologische Konsense zwischen rechten Historikern wie Nolte und jedenfalls einem Teil der - mehr oder weniger - (ex)linken Kriegsbefürworter (Fest betonte in der FAZ die Möglichkeit und Notwendigkeit solcher Konsense, und versuchte Leitlinien zu formulieren...). Von der anderen Seite wird argumentiert, die Kriegsgegnerrschaft betonende Hamburg-Connection habe die Grundlagen einer NWD-Kampagne verlassen, mißachte das Problem des Antisemitismus und die besonderen Anforderungen an eine deutsche Linke nach Auschwitz, und trage so nichts zur Rekonstruktion einer antifaschistischen Linken bei.
Die Debatte um Positionen zum Golfkrieg wird auf einem Seminar zu NWD sowieso kommen, muß dort auch ein Thema sein - immerhin haben sich in der Kampagne zusammenarbeitende Kräfte daran auseinanderdividiert. Bisherige Debatten krankten u.a. daran, daß ein Ausleuchten der konkreten Differenzen an einzelnen Themen kaum möglich war, u.a. weil Themenstellungen gegeneinander betont, und sich dadurch nur beschränkt aufeinander bezogen wurde. Vielleicht wäre da nützlich, Ausarbeitungen zu einem konkreten Aspekt, wie z.B. der Relevanz der 'Historikerdebatte', einzufordern, um auf solcher Grundlage zum sinnvolleren Disput zu kommen - was meint ihr?

* Die dritte Ebene wäre, wie begründet, die Auseinandersetzung um Faschismustheorie. Zu konkreten Formen, in denen die verschiedenen Erklärungsansätze auf einem NWD-Seminar vorgestellt und zur Diskussion gestellt werden könnten, habe ich erstmal keine schlaue Idee - aber wenn die RL Theoriedefizite füllen will, kommen wir m.E. an diesen überall diskutierten und wichtigen Ansätzen kaum vorbei.

Weils schon so lang ist nur noch einige knappe Sätze zu einem Termin der Gruppe K. Ich könnte mir vorstellen, daß wir

* Uns z.B. mit den Thesen der ISF zu Antisemitismus ('Kritik und Krise' 4/5 - Sommer 1991, S. 37ff) auseinandersetzen. Sie enthalten m.E. ein paar Punkte, die wir aufarbeiten und uns zu eigen machen sollten, aber auch als einen Kerngedanken eine direkte Ableitung von Antisemitismus aus leninistischer Tradition, die u.a. deshalb aufgedröselt gehört, weil sie Anteil an Diskussionsblockaden der Golfkriegsdebatten haben könnte (sehr verkürzt: 'proletarischer' Staat und völkischer Staat gelten der ISF als zwei ähnliche Varianten von Homogenisierung, um Nationen zu begründen, die abgrenzend notwendig den Antisemitismus hervorbringen; ich will versuchen, zu den ISF-Thesen was für die Bahamas zu schreiben).

* Uns zum zweiten mit traditionellen KB-Positionen zu Antisemitismus und zu Israel auseinandersetzen. Der Beitrag von Max. zu Israel wurde meines Wissens noch nie kollektiv diskutiert; daneben harren wohl weitere Aspekte der Klärung ('Kritik und Krise' dokumentiert z.B. eine interessante Bewertung Günther Anders', der die Zurückweisung von Kollektivschuldthese - die früher auch im AK betont wurde - als unangemessene Abwehr deutet, da jene These seit den frühen 50igern nicht mehr vertreten worden sei).

* Zum Dritten eine Debatte um Israel führen - z.B. um die Frage: Wie ist Israels Lage nach dem Golfkrieg nun tatsächlich einzuschätzen? Wie sind aktuelle Friedensbemühungen einzuordnen? Bewertung von Position und Politik der PLO. Eigene Positionen.

Die Punkte müßten natürlich durch, vielleicht auch kontroverse, Referate eingeführt werden. Eine gemeinsame Vorbereitung mit den Frankfurtern, Jü., O. ... wäre anzustreben, wenn dazu die Bereitschaft besteht.

Zu allerletzt: Zu AK-Artikel schwirren mir zwei Ideen im Kopf herum, wobei ich bei beiden sehr unsicher bin, und mich über jegliche Reaktionen sehr freuen würde (was natürlich für den ganzen Brief gilt):

* Pretty Woman - Das Muster des Antisemitismus
Der Film "Pretty Woman" scheint mir die von Postone herausgearbeitete Konstellattion des Antisemitismus geradezu bilderbuchmäßig vorzuführen - wenn man davon absieht, daß der Böse nicht explizit als Jude bezeichnet wird. Dennoch könnte das vorgeführte Muster vielleicht Anlaß sein, - den Ansatz Postones vorzustellen, und - die alltägliche Relevanz von Antisemitismus zu diskutieren. Wie bei "Nicht ohne meine Tochter" spielt auch bei "Pretty Woman" wieder das Motiv selbstbewußte Frau eine wichtige Rolle. Aus der Prostitution wechselt sie in die deutlich aufgezeigte Abhängigkeit von Ehe - was aber als Liebesglück abgefeiert wird. Die Figur des Bösen zieht aber auch hier alles Negative auf sich...
Erscheint euch ein solches Artikelprojekt denkbar, oder allzu abwegig?

* Interview Götz Aly/Susanne Heim
Die Diskussionen um eine Theorie des Nationalsozialismus gingen bisher am AK fast völlig vorbei. Wäre es denkbar, zum Theorieansatz Aly/Heim ein Einstieg zu finden? Könnte ein Interview (falls sie's machen...) dazu dienen,
-ihren Ansatz vorzustellen
-ihr von Carlo Roth als manchmal etwas wertkonservativ bezeichnetes Denken zu befragen
-ihre Einschätzung der "Expertokratie" im NS-Staat und gegenüber der Industrie zu befragen
-sie zur Position gegenüber Eugenik insgesamt zu fragen
-sie zur Einschätzung stalinscher Bevölkerungspolitik zu befragen
...?
Wären auch Interviews mit VertreterInnen anderer Positionen, z.B. der Singularitäts-Thesen, zu interviewen? Oder welche anderen, weniger aufwendigen Formen sind denn denkbar, Einstiege in diese relevanten Debatten zu finden?

Be

Stellenangebote

Wir brauchen Verstärkung!!!

Freundliche, engagierte
LayouterInnen, Korrektur-leserInnen, SetzerInnen
für AK-Woche und Wochenende
gesucht!
Vorkenntnisse erwünscht,
aber auch Anlernen möglich - Teamarbeit
Wir bieten:
Gruppe.K - Einheitslohn:

Ein Sahne-Stück fürs Arbeits-Glück

Das hält fit – und lohnt sich!

Völkischer Leninismus - grenzenlose Linke?
Die ISF und die 'Logik des Antisemitismus'

Jahrelang eher ein lokales Freiburger Phänomen, hat sich die 'Initiative Sozialistisches Forum' über Beiträge zur Debatte um Golfkrieg und Antisemitismus in letzter Zeit bundesweit einen Namen gemacht. Insbesondere der Streit um antisemitische Berichterstattung bei 'Radio Dreyeckland' wurde zum Resonanzboden ihrer Positionen (vgl. ISF-Erklärung in der Juli-Konkret; zum Radio-Streit vgl. auch AK).

Die ISF hat nun eine ausführliche Ausgabe ihrer sporadisch erscheinenden Publikation 'Kritik & Krise' unter dem Themenschwerpunkt 'Logik des Antisemitismus' herausgegeben (Nr. 4/5, Sommer 1991, 10 DM); auch Bahamas-LeserInnen bekannte Leute wie JÜ/Sgt. und Cl./Westberlin haben Artikel beigesteuert. Im Mittelteil findet sich eine ausführliche, 15seitige Positionsbestimmung der ISF zu Antisemitismus, mit der ich mich im folgenden auseinandersetzen will ('Furchtbare Antisemiten - ehrbare Antizionisten. Thesen über die linksdeutsche Ideologie, Israel und den Klassenkampf am falschen Objekt', S. 37 - 51).

Wie sich schon im Streitgespräch Bruhn - Ebermann im AK andeutete (AK 331 S. 34ff - dazu in Bahamas 1, S. 23ff), koppelt die ISF ihre Kritik des Antisemitismus eng an ihre Kritik von Staatlichkeit und Politik - mit der Konsequenz, daß ihr eine leninistische Tradition der Linken, die Befreiung mit der Entwicklung von - auch staatlicher - Gegenmacht verband, als Grundlage für daraus geradezu zwangsläufig entstehenden linken Antisemitismus erscheint.

Nun hat die ISF allerdings zweifellos recht, an konkret kritisierten Vertretern des realexistenten ML die unkritische Übernahme völkischer und nationaler Kategorien zu verurteilen, und linken antisemitischen 'Antizionismus' in einer logischen Beziehung zu solchen Tendenzen zu sehen. Ihre Kritik von Staat und Nation enthält Elemente, die auch dem KB mangelten und der Gruppe K dementsprechend noch mangeln. Im folgenden ein erster Versuch, Stärken und Schwächen ihrer Thesen zu unterscheiden - wobei ihre Ausführungen natürlich nur sehr unzureichend dargestellt werden können.

1. Staatlichkeit, Nation und Antisemitismus

Die Staatskritik setzt an der Kritik der bürgerlichen Naturrechtslehre an, die Staat und Gesetz als Vertrag sich frei entscheidender Individuen legitimieren will. Sie weist nach, daß die bürgerliche Staatlichkeit nicht mittels freien Willens, sondern mittels Gewalt gesetzt ist: die kapitalistische Gesellschaft entsteht aus dem absolutistischen Staat, dessen Machtfülle *'zur anonymen Volkssouveränität transformiert wird.'* (S.44) Das entstehende Souverän ist daher weder auf Recht noch Gewalt, sondern auf einen ständigen Zirkelschluß beider Elemente zurückzuführen; bürgerliche Staatstheoretiker entpuppen sich als *'praktizierende Ideologen der Souveränität'* (S.44).

Im Gewaltakt gesetzt, produziert der bürgerliche Staat die *'Staatsbürgerlichkeit, die den Einzelnen nicht als besonderes Individuum, sondern als Rechtssubjekt, als Charaktermaske wechselseitiger An- und Enteignung im Tausch setzt'* (S.43). Gerechtfertigt und ergänzt wird diese abstrakte Seite bürgerlicher Staatlichkeit durch den Versuch, den Gewaltakt aus konkret-völkischen Eigenschaften wie einer 'nationalen' Sprache, Kultur, Geschichte etc. zu legitimieren. Doch auch am Völkischen erweist die Kritik, daß die politische Zentralität die Grenzen setzt, die im Zirkelschluß dieselbe Zentralität rechtfertigen sollen. Nation als bürgerliche Formation ist demnach in die Kritik des bürgerlichen Staates einzubeziehen; bürgerliches Staatsbürger- und Menschenrecht und völkischer Nationalismus sind nur zwei Erscheinungsformen desselben Gegenstands. Beide Seiten ergänzen sich zur bürgerlichen Rechtshülse auf *'nationale Selbstbestimmung'*.

Die Legitimierung des bürgerlichen Staats im 'konkreten', völkischen Nationalismus, so führt die Gedankenkette logisch weiter, setzt die Abgrenzung vom Anderen voraus. Die Individuen werden anhand der völkischen 'Eigenschaften' zu 'gleichen' Staatsbürgern homogenisiert - wobei diese völkische Gemeinsamkeit niemals schlüssig definiert werden könnte. Die 'Nation' definiert sich also notwendig aus der Abgrenzung vom Anderen und es ist ihr daher Rassismus strukturell eingeschrieben. Sie führt weiter gesetzmäßig zu Antisemitismus: *'Der Antisemitismus ist eine Ersatzhandlung, 'der Jude' eine Projektion der bürgerlichen Gesellschaft, in dessen Verfolgung sie <u>ihren</u> Antagonismus zu bewältigen sucht'* (S.43). Die Projektion 'Jude' ist nicht nur das Andere im Sinne von: das andere (konkrete) Volk, sondern die Negation des konkret Völkischen: kosmopolitisch, wurzellos.

Die - bis dahin in meinen Augen als <u>ein</u> theoretischer Zugang zu Antisemitismus absolut zu übernehmende - Staatskritik führt die ISF allerdings dann über in die Ineinssetzung von bürgerlichem Staat

und von "Staat" als Kategorie überhaupt. Das Vorhaben, staatliche Macht zur Überwindung von Kapitalismus zu gebrauchen, erscheint ihr daher nicht nur unsinnig, sondern es führt notwendig zu Rassismus und Antisemitismus. Laut ISF gleicht der "proletarische" Staat dem bürgerlich-völkisch Staat, "proletarisch" gilt ihr nur als anderer Begriff für eine gleiche Homogenisierungspraxis: *"Der Staat konstituiert das Kapital im gleichen Verhältnis, wie das Kapital den Staat inauguriert. Als Nationalstaat stellt er den Zwang zur Einheit in Begriffen der Homogenität und in Praktiken der Homogenisierung dar, entweder, liberal, als Gleichheit aller im Recht, oder, proletarisch, als Egalität der Arbeit, oder gar, faschistisch, als Gleichheit aller vor Volk und Rasse."(S.40)*

Die Gewalt aber, die allein zurecht im Namen "proletarischer Staatlichkeit" in Szene gesetzt werden kann, ist die Gewalt des Klassenkampfes. Das zugrundeliegende Denken unterscheidet sich strukturell grundlegend vom völkischen Modell, auf das allein logisch zwingend Antisemitismus zurückgeführt werden kann. Jean Paul Sartre hob in seinen "Betrachtungen zur Judenfrage. Psychoanalyse des Antisemitismus" hervor: *"Vergleichen wir für einen Augenblick die revolutionäre Idee des Klassenkampfes mit dem antisemitischen Manichäismus. Für den Marxisten ist der Klassenkampf keineswegs der Kampf des Guten gegen das Böse, sondern ein Interessenkonflikt verschiedener menschlicher Gruppen. Der Revolutionär teilt den Standpunkt des Proletariats, erstens, weil es seine eigene Klasse ist, sodann weil sie unterdrückt ist, weil sie weitaus die zahlreichste ist, und weil das Los des Proletariats sich letzten Endes vermutlich mit dem Los der Menschheit decken wird und endlich, weil die Folgen seines Sieges naturgemäß die Aufhebung der Klassenunterschiede bedeuten würden. Das Ziel des Revolutionärs ist die Änderung der Gesellschaftsordnung. Dazu muß er zweifellos das alte Regime stürzen, aber das genügt nicht, er muß vor allem eine Neuordnung schaffen. Wenn durch ein Wunder die bevorzugten Klassen am sozialistischen Neuaufbau mitwirken würden und man greifbare Beweise ihres guten Willens hätte, so gäbe es keinen Grund, sie auszuschalten. (...) Für den antisemitischen Manichäisten dagegen liegt die Betonung auf der Zerstörung. Es handelt sich nicht um Interessenkonflikte, sondern um den Schaden, den ein böser Geist der Gesellschaft zufügt. Demzufolge besteht das Gute vor allem darin, das Böse zu vernichten. Hinter der Erbitterung des Antisemiten verbirgt sich der optimistische Glaube, daß nach Vertreibung des Bösen die Harmonie sich automatisch wieder einstellt. Seine Aufgabe ist somit rein negativ."* (S.35f)

Den grundsätzlichen Gegensatz, der zwischen manichäischem Denken und dem Denken in Widersprüchen liegt, übergeht die ISF konsequent, wenn sie proletarische Staatlichkeit und die völkische Nation gleichsetzt. Tatsächlich war aber auch historisch der Versuch revolutionärer Umwälzung in der Sowjetunion mit der Vorstellung eines proletarischen Internationalismus verbunden, die tendenziell die Kategorie "Nation" zu negieren und zu überwinden suchte - nicht umsonst galt zunächt keine "Nationalhymne", sondern die "Internationale" als Erkennungszeichen der "Sowjetrepubliken". In ihrer Kritik bezieht sich die ISF denn auch meist auf Kategorien, auf Politik, auf Antisemitismus, die mit "Stalinismus" in Verbindung zu bringen sind, und sie bezeichnen regelmäßig diese Erscheinungsformen als typisch leninistisch - ohne sich auch nur <u>ein einziges Mal</u> (und das meint nicht nur die aktuell erschienene Broschüre!) mit der leninschen Staatstheorie auseinanderzusetzen (1).

Tatsächlich wurde in der Sowjetunion nicht nur spätestens in den 30iger Jahren ein großrussischer Nationalismus, der auch in der frühen Sowjetunion gewirkt haben mag, wieder offiziell in Amt und Würden gesetzt - was nicht unwesentlich zum massiv werdenden Antisemitismus beigetragen haben dürfte. Darüberhinaus wurde der "Sozialismus in einem Lande" tatsächlich mit einem "Sowjetpatriotismus" verknüpft, der alle Züge bürgerlich-völkischer Staatlichkeit in sich trug. Nicht mehr das Denken in Widersprüchen in einer Gesellschaft im Übergang, sondern - unter Verwendung alter Vokabeln - ein manichäisches Denken scheint die sowjetische Politik mehr und mehr zu durchzogen zu haben. Innerparteiliche Auseinandersetzungen wurden nicht mehr als logische Folge unterschiedlicher Interessen und Konzepte definiert, sondern es wurden Verräter abgesondert, die stets des "Agententums für imperialistische Staaten" bezichtigt, und die so völkisch ausgesondert wurden.

Die hier skizzierten Gedanken sehen gerade darin, daß das Denken in Kategorien "proletarischer" - sozialistischer - Staatlichkeit verlassen wurden die Grundlage für jene Phänomene, die die ISF als jener Staatlichkeit <u>als solcher</u> innewohnend betrachtet.

---

1 In der neuen Kritik und Krise ist allerdings ein Artikel zur Geschichte des Antisemitismus in der UdSSR von Thomas Held erschienen, der sich von dieser regelmäßig angewandten Methodik der ISF-AutorInnen wohltuend abhebt.

2. Beispiel und Ausnahme: Israel

Der ISF ist die Gründung Israels Beispiel ihre These, bürgerliche Staaten setzten sich stets in einem gewaltförmigen Akt in Szene. Der Zionismus stand vor dem Problem, die Juden als "Nation" legitimieren zu müssen, was per se nur durch die faktische Staatenbildung und Grenzziehung möglich ist. Die These einer besonderen Unrechtmäßigkeit gerade des Staates Israel lehnt die ISF daher ab. Der Ausschluß bzw. die Benachteiligung von Palästinensern aus dem jüdischen Staat ergibt sich zum einen aus der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region, zum anderen und vor allem aber aus der - hier über die Definition "jüdischer Staat" verwirklichten - Homogenisierungspraxis, wie sie jeder Nationenbildung eigen sei. (Die ISF unterläßt hier allerdings, zu untersuchen, ob nicht auch Israel dann - wie jeder Nation - Rassismus strukturell eingeschrieben ist.)

Israel ist der ISF im Gegenteil der Ausnahmefall einer Nationenbildung, der aus der historischen Entstehung als Antwort auf Antisemitismus von Linken Legitimität zugesprochen werden muß. *"Zwar ist der Zionismus eine falsche Antwort auf den Antisemitismus, aber er war die den Juden einzig mögliche, - ein Dilemma, das sowohl den bürgerlichen wie den proletarischen Zionismus ausmacht."* (S.42) Der Zionismus ist *"die nationale Befreiungsbewegung der Juden"* (S.42), in der im Nachweis, eigene konkrete Staatlichkeit zu schaffen, das antisemitische Vorurteil vom wurzellosen Juden widerlegt wird - was dem Antisemitismus, der als *"Leidenschaft"* (Sartre) allerdings nicht logisch zu widerlegen ist, nur die Umwidmung auf die internationale Ebene bewirkt.

Das Element, Zionismus als *"nationale Befreiungsbewegung"* zu interpretieren, ist uns sicher neu, ist in seinem Kern aber überzeugend. Nicht überzeugend ist aber, daß die ISF Israel zur einzigen realpolitischen Ausnahme ihrer ansonsten konsequenten Antistaatlichkeit/ ihres Antinationalismus macht. Denn die Aussage, daß ein anderer realistischer Schutz vor Verfolgung als die Staatenbildung nicht existiert gilt für viele kulturell Unterdrückte. Die ISF erklärt den Befreiungsnationalismus gegen Antisemitismus für den einzig real gangbaren Weg, lehnt diesen Weg aber für andere Menschen ab, die vom Rassismus betroffen sind, der der Nationenbildung ihren eigenen Thesen zufolge ja ebenso regelhaft entspringt. Welche Antwort gibt die ISF aber z.B. Kurden, die als einzig realen Ausweg aus ihrer vielfach unterdrückten Situation die Staatenbildung ansehen? Sie diskutiert nicht etwa, ob dem real so ist, sondern sie erklärt hier die geforderte Unterscheidung von "unterdrückter" und "unterdrückender Nation" für theoretisch verwerflich. Nur diese Inkonsequenz ermöglicht der ISF, Lenins Positionen ohne jede Auseinandersetzung als quasi völkisch zu verurteilen.

Am Fall Israel bricht die Realpolitik in das anonsten politisch abstinente Analysieren der ISF. Es entsteht der Eindruck, daß Realpolitik da "genehmigt" ist, wo ein differenziertes Abwägen, das zur eigenen moralischen Schuld führen könnte, scheinbar nicht mehr notwendig ist, weil sich Politik scheinbar unmittelbar aus starken moralischen Quellen speist: Die Ablehnung von Antisemitismus ist nach Auschwitz ein so wesentlicher Wert, daß hier die Umstände politischen Eingreifens - scheinbar - gar nicht mehr diskutiert zu werden brauchen. Die ISF scheint dort realpolitisch Position zu beziehen, wo sie glaubt, sich dadurch nicht die Finger im Geschäft der Politik schmutzig zu machen. Was dazu führt, daß z.B. ihre Stellungnahme für den Golfkrieg auf ihre (falsche) Voraussetzung, dieser Krieg müsse zugunsten Israels (weiter-)geführt werden, nicht mehr befragt werden darf.

3. ISF: Gegen Politik

Die "Kritik und Krise" trägt den Untertitel: *"Gegen Ökonomie und Politik"*, und dieser Untertitel ist Programm. Im Editorial *"Grenzenlose Linke"* setzt sich die ISF mit der Bedeutung von Ideologiekritik und Praxis auseinander:
"Es geht aber um nichts geringeres als die Benennung der allgemeinen Grundlage einer Praxis, die den Anspruch nicht aufgibt, sich der kapitalistischen Form gesellschaftlicher Beziehungen zu vergewissern." Die bösartige Lesart, als angestrebte *"Praxis"* das bloße *"Vergewissern"* zu verstehen, bestätigt sich im Antisemitismus-Mittelteil der Broschüre. Dort heißt es z.B.: *"`Die Linke` hat am Antisemitismus teil, insoweit sie den Ausbeutungscharakter der Ökonomie mit politischen Mitteln aushebeln will."* Und weiter zur theoretischen Fundierung:
"Indem "die Linke" die Objektivität von Ideologie zum subjektiven Meinen verniedlichen will, gibt sie nicht nur zu Protokoll, daß ausgerechnet ihr, dem fleißigen Agenten des Zusammenhangs von Theorie und Praxis, der Gedanke, Ideologie sei der bewußtlose Reflex kapitalistischer Vergesellschaftung im Bewußtsein, unbekannt bleiben soll - sondern überdies, daß es Linke nichts angeht, wenn, weil sie A sagen, ein anderer B sagen wird. Ideologie jedoch, geistige Objektivität falscher Gesellschaft, eröffnet ein Kontinuum und eine vom falschen Gedanken erzwungene schiefe Bahn hinab zu einer mörderischen Praxis, die jedem, der dies Kontinuum eröffnet, auch dann als Schuld zugerechnet werden muß,

wenn er selbst, sei es aus humanistischen, sei es aus taktischen Bedenken, die Konsequenz seines Gedankens nicht auch noch in eigener Person zieht." (S.38)

Das moralische Verdikt, Schuld am Antisemitismus zu tragen, trifft also alle, die einen anderen Begriff von Theorie und Praxis haben, als ihn die kritische Theorie der ISF definiert: Denn das Politische ist ja als solches der Nation verpflichtet... Es hilft also nur, sich von der *"bolschwistischen Antike"* zu verabschieden:
"...daß nichts notwendiger wäre als die massive Präsenz eines kollektiven Kritikers, der die regressiven und barbarischen Auswege aus der deutschen Misere theoretisch zu denunzieren und praktisch zu boykottieren imstande wäre." (S.49)

Natürlich hätte die ISF recht, wenn sie fehlende Theoriebildung der Linken kritisierte (was den KB trifft!), doch würde sie diese Formulierung bereits als "ideologisch" abtun, weil sich "Theorie" hier auf eine davon unterscheidbare instrumentelle "Praxis" bezieht, die sie rundweg ablehnt. Die einzige "Praxis", die die ISF vorsieht, ist ein "*Boykott*" der Misere, der im denkenden Widerstehen besteht - Handfesteres kommt ihr nicht in den Sinn. Sie beruft sich dabei nicht nur auf die Kritische Theorie, sondern auch auf Marx, der darin gegen Lenin gestellt wird. Ohne Marx-Kenner zu sein wage ich die Vermutung, daß das unzulässig ist: schon der durch Marx/Engels definierte "Klassenkampf" wäre aus den Kategorien der ISF als "politischer" Begriff rundweg abzulehnen. Ohne Kenner der kritischen Theorie zu sein vermute ich, daß in deren Konzeption das Problem liegen muß - aber Marx läßt sich nicht einfach in die kritische Theorie hinein auflösen.

4. Antizionismus und Antisemitismus

Wie dargestellt, sieht die ISF die zionistische Bewegung als Nationalbewegung, die zur Gründung Israels zu Gewaltmitteln griff, wie jede andere "Nation" auch. Von dieser Position aus untersucht sie die Verwendungen des Begriffs "Antizionismus": *"Wenn die israelische Linke gegen den Nationalismus in Gesellschaft und Staat angeht und das Antizionismus nennt, entspricht das der Tradition und ist ein bloßer Name dieser Kritik. In Deutschland und unter den Freunden des homogenen Volkstums generell dagegen ist "Antizionismus" Anzeichen der Projektion und daher kein Name für eine Sache, die vielleicht auch ganz anders heißen könnte, sondern vielmehr eine Chiffre und ein Code."* (S.41)

Es ist logisch, mit der ISF davon auszugehen, daß jüdische Kritik, die sich "antizionistisch" definiert, nicht in Gefahr steht, antisemitisch zu sein, und es ist logisch, anderen "Antizionismus" kritisch auf antisemitische Tendenzen zu untersuchen. Die Frage, ob "Zionismus" als eine Nationalbewegung verstanden wird, die auch als Reaktion auf Antisemitismus begriffen werden muß, liefert dafür einen einleuchtenden Maßstab - wie die ISF schreibt: *"Dem "Antizionisten" kommt es im Gegensatz zum Antizionisten darauf an, dem gegenwärtigen Verdacht Futter zu geben, die Juden seien kein Volk, sondern eine Verschwörung."*

Die ISF erklärt aber die oben genannte Unterscheidung zu einer fixen Regel, was den Umgang mit dem Problem Antisemitismus kolossal vereinfacht. *"Man darf den "Antizionismus" vor allem dann, wenn er von Deutschen vorgetragen wird, nicht von seiner Entstehung und Geschichte her betrachten, sondern einzig von seiner Wirkung auf völkisch gestimmte Gemüter und auf Menschen, die, wie eben vor allem die Deutschen, unter dem Entzug nationaler Identität leiden. Nichts anderes beuten die deutschen "Antizionisten" von links aus, wenn sie sich auf den israelischen oder jüdischen Antizionismus positiv beziehen."* (S.41)

Wenn die ISF den Vorschlag machte, von "israelischem Nationalismus" statt "Zionismus" zu sprechen, weil im deutschen Diskurs "Zionismus" die antisemitische Komponente inzwischen bereits immer mitschwinge, wäre dies ein bedenkenswertes Anliegen, wie auch die Forderung, gerade in Deutschland eventuelle antisemitische Rewsonanzböden für Kritik an Israel stets mitzubedenken, völlig berechtigt ist. Die fixe Regel aber, den Begriff "Antizionismus" hier gedanklich automatisch durch "antisemitisch" auszutauschen, ist eine völlig unzulässige Vereinfachung des Problems.

In der Logik der ISF "funktioniert" dieser Trick allerdings - einfach deshalb, weil ihrem Denken zufolge sowieso die ganze Linke, die zu Staat und Politik ein anderes Verhältnis hat, als sie selbst (und das ist fast die gesamte sonstige Linke), als potentiell antisemitisch denunziert werden muß.

Die Diskussionsprobleme, die dadurch geschaffen werden, vergrößern sich noch durch die Feststellung der ISF, mit Antisemiten sei nicht zu diskutieren, gegen Antisemiten müsse man angehen: Eine an sich richtige Feststellung, die sich aber bei der ISF - immanent logisch - auf den größten Teil der Linken ausdehnt. Die ISF begründet ausdrücklich, daß mit diesen Kräften ein Disput "um die Sache" nicht

mehr sinnvoll sei: *'Militante Aufklärung, die sich der Sache anmißt, wird durch ihren Gegenstand, will sie ihn nicht verfehlen, dazu genötigt, den Terrainwechsel von der Ideologiekritik zur Sozialpsychologie nachzuvollziehen, den der konformistische Rebell vormacht. Seine Rebellion bezweckt nicht die Abschaffung, sondern den Austausch von Herrschaft. Unsachlich wäre es, würde sie nicht als Kritik und also Polemik auftreten, als polemischer Antinationalismus, der seinen Adressaten keineswegs mehr zu therapieren, sondern vielmehr zu blamieren gedenkt.'* (S.48)

Der *'Terrainwechsel (...) zur Sozialpsychologie'* bestimmte Teile der Golfkriegsdebatte - vgl. z.B. den KONKRET-Beitrag Wolfgang Schneiders, der sich, sozialpsychologisch argumentierend, kaum mehr auf die zugrundegelegten politischen Urteile befragen läßt. Die Schwierigkeit ist, daß bestimmte, auch 'linke' Positionen tatsächlich antisemitisch und als solche nur noch sozialpsychologisch erklärbar sind, daß aber andererseits eine Haltung wie die der ISF sinnvolle Diskussionen unter Linken erklärtermaßen ausschließt.

5. Antisemitismus und Kritik der Ökonomie

Die Staatskritik steht ganz im Vordergrund der Analysen und Thesen der ISF, was zu einer Überbetonung der daraus abgeleiteten Erklärung des Antisemitismus gegenüber anderen theoretischen Ansätzen führt. Die bei Adorno/Horkheimer noch stärker betonte Kritik der Ökonomie spielt in den Thesen z.B. eine demgegenüber geringe Rolle.

Die ISF rekurriert dabei im wesentlichen auf Adorno/Horkheimer und die Dialektik der Aufklärung mit ihrer These, Antisemitismus sei das falsche gesellschaftliche Bewußtsein, das kapitalistische Ausbeutung auf die Rolle der Zirkulationssphäre zurückführt, und im Juden die 'Unterdrückung' der produktiven Arbeit durch den Wucher personalisiert: *'Der Fetischcharakter des Geldes zwingt die Subjekte zur Apologie der produktiven Arbeit und damit zum Affront gegen sogenannte Parasiten und Schmarotzer.'* (S.40)

Auch hier unterstellt die ISF, 'die Linke' unterscheide sich im falschen Bewußtsein generell nicht von der Rechten: *:In der Polemik gegen die Befreiung von der Arbeit, die den ressentimentgeladenen Haß auf den Luxus und die masochistische Lust auf negative Egalität herausschreit, sind sich die Linken mit den Rechten allemal einig. Die genauere Begründung dieses Widerspruchs als Klassen- oder als Rassenhaß, tut nichts zur Sache.'* (S.40). Natürlich kann das antisemitische Stereotyp auch in der Verkleidung 'Klassenhaß' erscheinen, und bleibt dabei dennoch antisemitisches Stereotyp. In der Substanz des Begriffes rekurriert 'Klassenhaß' aber gerade auf einen Widerspruch, der die Produktionssphäre durchzieht, und gerade nicht auf den Gegensatz Produktion-Zirkulation - die Vereinfachung der ISF ist hier einfach albern.

Die ISF nimmt weiter in ihre Thesen nicht auf, was Moishe Postone zur Theorie des modernen Antisemitismus beitrug. Postone erweitert den Ansatz Horkheimers/Adornos und sieht im Antisemitismus Juden nicht nur mit der abstrakten Seite des Geldes, sondern des Kapitals identifiziert. Dadurch wird besser erklärbar, warum Juden nicht nur für 'Ausbeutung', sondern für alle gesellschaftlichen Umbrüche, Revolutionen etc. verantwortlich gemacht werden.

Exkurs: 'Kritik und Krise' zu Moishe Postone

Postones Aufsatz ist in der 'Kritik und Krise' abgedruckt, eine Diskussion seiner Ausführungen soll in der Folgenummer veröffentlicht werden. Die ISF konnte sich indes anscheinend nicht verkneifen, einen Beitrag ('Theorie oder Kritik? Eine erkenntniskritische Anmerkung', von Manfred Dahlmann) schon in dieser Nummer anzuschließen - darin wird u.a. Postones *''Ausgewogenheit' in der Form der Darstellung'* kritisiert und angemerkt: *'Uns ist nicht bekannt, wie Postone heute, wo die von ihm angesprochenen Befürchtungen über einen latenten Antisemitismus auch und gerade innerhalb der Linken längst manifest geworden sind, über den linken Antisemitismus denkt. Es ist kaum anzunehmen, daß er sein Urteil mittlerweile nicht in einem schärferen, dem Gegenstand angemesseren Ton formulieren würde.'* (S.10) Tatsächlich waren Tendenzen zu 'linkem Antisemitismus' 1979, als Postone seinen Aufsatz schrieb, kaum anders zu beurteilen als heute. Der Unterschied scheint doch vielmehr darin zu liegen, daß Postone die dargestellten Ableitungen der ISF nicht zugrundelagen!
Der Text versucht weiter, Postone nach ISF-Art zu 'interpretieren': *'Da Postone alles wesentliche gesagt hat, scheint einem Kritiker eigentlich nur die Möglichkeit zu verbleiben, das von ihm bloß implizierte auch ausdrücklich hervorzuheben. So die nicht explizit vorgenommene Bestimmung des Finanzkapitals als eine spezifische und für den Kapitalismus notwendige Vermittlungsstation zwischen Produktion und Konsumtion, die als Geld zu heckendes Gelt, als - im Gegensatz zu seiner wirklichen, lediglich vermittelnden Funktion - Spitze der Ausbeutung erscheint.'* (S.10) Hier werden, scheint

mir, Werbekampagnen örtlicher Sparkassen mit einer Analyse des Spätkapitalismus verwechselt. Nach dieser These dienten Deutsche und Dresdner Bank ausschließlich der Geldvermittlung und übten keinerlei Rolle von Kontrolle und Steuerung der Wirtschaft und des produzierendes Kapitals aus. Ob Postone solche 'Analysen' teilen würde, kann kein Mensch sagen - der Artikel sucht aber offensichtlich und peinlich, zu vereinnahmen.
An einem dritten (Haupt-)Punkt übt Dahlmann übrigens Kritik an Postone: indem der seine Analysen als 'Erkenntnistheorie' definiere, verlasse er den theoretischen Standpunkt der kritischen Theorie... Eine Antwort Postones wäre spannend!

An anderer Stelle sucht Joachim Bruhn, Postones Forschungsansatz mit der Staatskritik der ISF zu verknüpfen (vgl. S.22, Anm.43). Der formulierte Vorwurf, Postone habe den 'reinen Staatsbürger' als *'Überschreitung des bürgerlichen Zustands'* begriffen, trifft aber nicht zu.

6. Einige Schlußfolgerungen

* Es ist für aktuelle Diskussionen um 'Selbstbestimmungsrecht von Nationen' wesentlich, staatskritische Analysen wie u.a. der ISF zugrundezulegen. Der bürgerliche Staat definiert nicht ein konkretes Individuum, sondern den abstrakten Staatsbürger einerseits, den völkisch-rassistisch definierten Angehörigen der Nation als scheinbar Konkretem andererseits. Da beides nur zwei Seiten desselben sind, verbietet sich z.B., die Rede von moderner 'Zivilgesellschaft', bei (Ex-) Linken in Mode gekommen, und Analysen zur Renaissance eines deutschen Nationalismus einfach nur entgegenzusetzen, als sei für die 'Zivilgesellschaft' 'Nationalismus' disfunktional. Über den Weg der 'Zivilgesellschaft' wird z.B. die taz-Linke vielmehr in den neuen nationalen Konsens integriert. 'Nationalismus' ist nicht die Übersteigerung eines 'normalen' Nationalgefühls, das 'in Maßen' der Zivilgesellschaft unterzuordnen ist, Nationalismus ist also nicht erst, wenn alte Junker in Stiefeln durch die Straßen marschieren - sondern der immanente Rassismus z.B. ist in anderen Formen (z.B. staatliche Abschiebepraxis) unter dem Deckmantel von 'Zivilgesellschaft' Teil eines deutschnationalen Konsenses. Die Praxis zeigt, daß der Deckmantel menschenrechtlicher Argumentationen die Relativierung der NS-Vergangenheit nicht beeinträchtigt, sondern vielmehr dazu dienen kann, z.B. in der Außenpolitik gegenüber Osteuropa Kontinuitäten des 4. Reichs gegenüber den vorangegangenen dreien zu verdecken.

* 'Nation' und 'nationale Selbstbestimmung' sind vor diesem Hintergrund grundsätzlich als Kategorien bürgerlicher Herrschaft zu begreifen. Sie als 'irgendwie' der leninistischen Linken angewachsen festzuschreiben - wie Kt. im letzten AK versucht - und nicht mehr auf ihren Wesensgehalt zu untersuchen, ist verheerend und führt in der Konsequenz tatsächlich zu der völkischen Linken, die die ISF kritisiert.

* Dagegen kann die Unterstützung 'nationaler Befreiungsbewegungen' nicht grundsätzlich verworfen werden. Diese Unterstützung bezieht sich aber immer auf die Befreiung von kultureller und sozialer Unterdrückung. Nur insofern ein solcher fortschrittlicher Gehalt erkennbar ist, kann auch ein linkes Eintreten für 'Selbstbestimmungrecht' sinnvoll sein.

* Die von der ISF vorgenommene Erklärung des Antisemitismus aus der Staatskritik ist ein sinnvoller theoretischer Ansatz, der jedoch nicht, wozu die ISF tendiert, verabsolutiert werden darf.

* Die Gründung Israels als Beispiel für bürgerliche Staatsgründungen, den Zionismus als Beispiel für eine Nationalbewegung zu sehen, ist einleuchtend. Die antisemitische Verfolgung läßt diese Bewegung tatsächlich als 'nationale Befreiungsbewegung' erscheinen, wobei die Gewalt sich hier bei den PalästinenserInnen allerdings nicht gegen die Unterdrücker richtet, und der Nation Israel in ihrer jüdischen Homogenisierungspraxis andererseits eine rassistische Struktur eingeschrieben ist.
Vor diesem Hintergrund scheint notwendig, die PLO-Charta deutlicher theoretisch zu kritisieren, als das wohl auch in der KB-Vergangenheit erfolgte. Denn die ISF hat m.E. recht, wenn sie die Argumentationen, die 'Juden' seien keine wirkliche Nation, die Eigenschaft, Palästinenser zu sein, sei aber erblich, als in völkisch-nationalistischem Denken befangen ablehnt.

* 'Antzionismus' müßte am Maßstab gemessen werden, ob er den immanenten Rassismus und die Politik der Nation Israel kritisiert, oder aber ob er in die antisemitische Stereotypie verfällt, die Juden als ewig umherschweifende Wesen zu begreifen, die unfähig bleiben müssen, eine Nation zu begründen. 'Antizionismus' kann, obwohl der Begriff zur Selbstdefinition wohl nicht verwendet werden sollte, aber nicht einfach als regelhaft 'antisemitisch' denunziert werden.

Mehr "Kritische Theorie"? - Sarte lesen!
Zwei Buchempfehlungen

Jean-Paul Sartre, Marxismus und Existentialismus, Reinbek b. Hamburg 1961;
Jean-Paul Sartre, Kritik der dialektischen Vernunft. Theorie der gesellschaftlichen Praxis, Reinbek b. Hamburg 1967

Vorweg eine Anmerkung: Sartre wird als Vertreter des Existentialismus in der Linken oftmals immer noch eher mit Husserl, oder Kierkegaard, oder - konträrer geht's kaum - mit Heidegger in eine Schublade gepackt, als daß er mit Marx assoziiert wird. Die Heidegger-Schublade gab's für ihn auch im KB. Als F. sich 1988 in zwei Artikeln an einer Kritik der Heidegger-Renaissance versuchte, fiel ihm dabei (nebenbei) gleich auch Sartre mit zum Opfer. Der französische Existantialismus wäre danach im wesentlichen nur eine sich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelnde Abart der in Deutschland bereits dominierenden existentialphilosophischen Strömung in der bürgerlichen Philosophie gewesen, mit Heidegger als *'Stichwortgeber'*. (vgl. ak 295, 39) Mit solcher Schematisierung, bei der die existentialistische Fragestellung, die philosophische Thematisierung der subjektiven einzelmenschlichen Existenz im Verhältnis zur objektiven äußeren Welt, gleich von vorneherein als *'bürgerliche Philosophie'* klassifiziert wird, kommen die wirklichen Widersprüche erst überhaupt nicht in den Blick. Weder interessiert dann noch, daß Sartre mit seinem Bemühen um die Authentizität des Individuums und dessen Verwirklichung in der Gesellschaft das genaue Gegenstück zu Heidegger ist, der das Heil im 'wir' der 'Gemeinschaft' suchte. Noch taucht auch nur die Ahnung eines Gedankens auf, daß Sartre vielleicht gar kein bürgerlicher Philosoph, sondern viel eher Existentialist und historischer Materialist war. Letztlich ist es im KB allein der Frankfurter Ortgruppe zu verdanken, und dort im wesentlichen einer ausgetretenen Genossin, daß Sartre im 'ak' überhaupt als Linker, als Existentialist und Marxist, positiv zur Kenntnis genommen werden konnte. (Vgl.: Sartre und die Politik (von E.), ak 255, 11.2.85; 'Den Menschen erfinden.' Sartre zum Kennenlernen (von t.), ak 270, 5.5.86; Welcher Sartre? - Der Sartre-Kongreß in Frankfurt/M. (von de.), ak 285, 24.8.87)

Aber auch für die Theoretiker der 'Kritischen Theorie' - was aktuell ja ganz interessant zu werden scheint -, ist Sartre immer nur der Autor von *'Das Sein und das Nichts'* geblieben. Weder Adorno (in der Negativen Dialektik) noch Marcuse (in seinem Aufsatz über den Existentialismus) haben in ihrer Sartre-Kritik *'Marxismus und Existentialismus'* (MuE) und die *'Kritik der dialektischen Vernunft'* (KdV) zur Kenntnis genommen.

Genau mit diesen beiden Werken hat Sartre aber den Existentialismus philosophisch in den Marxismus integriert, und damit gleichzeitig neu fundiert. Sartre erhoffte sich immer, darüber auch eine theoretische Debatte auszulösen. *'Marxismus und Existentialismus'* wurde 1957 als Essay für eine polnische Zeitschrift geschrieben und er hoffte so in einem marxistischen Land in die Debatte über die *'gegenwärtigen Widersprüche der Philosophie'* zu kommen. Die Einleitung zur *'Kritik...'* beendete er mit den Worten: *'Wenn diese ersten Untersuchungen es mir lediglich ermöglicht hätten, das Problem mit Hilfe von provisorischen Feststellungen zu präzisieren, die dazu da sind, bestritten und modifiziert zu werden, wenn sie eine Diskussion in Gang brächten und wenn diese Diskussion - was das beste wäre - in einigen Arbeitsgruppen kollektiv geführt würde, wäre ich zufrieden.'* (KdV, 42) Diese Diskussion, allemal in Arbeitsgruppen kollektiv geführt, steht im Grunde bis heute aus. Aber vielleicht stehen sie uns ja auch bevor.

Warum heute Sartre lesen? Ich habe den Eindruck, daß Sartre heute, angesichts der neu intensivierten theoretischen Spurensuche der Linken, speziell auch im Hinblick auf die starke Anziehungskraft, die dabei zur Zeit von der sogenannten 'Kritischen Theorie' ausgeht, von Interesse sein könnte. Joachim Bruhn und Robert Kurz, zwei (wenn auch im einzelnen wohl durchaus nicht über einen Kamm zu scherende) Vertreter solcher theoretischer Provenienz, fanden ja kürzlich mit ihren Thesen auch Eingang in den *'ak'*. (vgl. ak 331) Zumindest zu dieser Art 'kritischer Theorie', die nach meinem Verständnis einige im historischen Materialismus gerade erst auf die Füße gestellte philosophische Grundlagen geradewegs wieder auf den Kopf stellt, bezieht Sartre eine scharfe, historisch materialistische Gegenposition.

Entlang dreier Stichworte, an denen sich auch Sartres Denken relativ gut skizzieren läßt, möchte ich das versuchen deutlich zu machen: Objektivismus und Determinismus - Materialismus und Moral - und Geschichte und Fortschritt. Das kann hier natürlich nur angedeutet werden und soll eigentlich nur erstmal dazu dienen, ein bißchen Appetit auf Sartre zu machen.

Objektivismus und Determinismus

Ich denke, daß die Auseinandersetzung mit Bruhn oder Kurz in entscheidenden Fragen auf eine Kritik ihres Determinismus, der letztlich ein reiner Objektivismus ist, hinauslaufen muß. Das gilt für Bruhns Kritik des Herrschaftsbegriffs, wie auch für seine Ablehnung des viel umfassenderen Begriff Imperialismus als analytischen Begriff für die Linke.(vgl. ak 331) Daß Bruhn fast schon den intellektuellen Kollaps bekommt, wenn von *'den herrschenden imperialistischen Kreisen'* gesprochen wird, liegt ja an seiner Auffassung, daß nicht sein darf, daß

Kapitalbewegungen auch Ausdruck subjektiven Wollens und Handelns von Individuen sind. So wird von ihm letztlich auch Imperialismus als subjektivistischer Begriff abgelehnt und in seiner Analyse in die reine ökonomische Gesetzmäßigkeit und Eigendynamik von *'Weltmarkt und totaler Weltökonomie'* aufgelöst. Dazu hat Be. ja in der letzten Bahama schon was geschrieben. Das Ergebnis des Bruhn'schen Ansatzes ist im Grunde eine Analyse in der Subjekte nicht mehr auftauchen und das Handeln von Menschen in einem Schwefelsäurebad objektiver Notwendigkeit und Gesetzmäßigkeiten polit-ökonomischer Entwicklung aufgelöst wird.

So wie Sartre seine historisch materialistische Position in *'Marxismus und Existentialismus'* (MuE) und der *'Kritik der dialektischen Vernunft'* (KdV) entwickelt, ist der Kern des historischen Materialismus gerade nicht die Determination des menschlichen Seins durch die objektiven materiellen Verhältnisse, (zumindest so dahergesagt würde er das als *'vorschnelle Totalisierung'* bezeichnen), sondern dessen Dreh- und Angelpunkt ist die menschliche Praxis.

Diese Praxis ist natürlich auch für Sartre determiniert durch die materiellen Bedingungen, aber diese materiellen Bedingungen sind wiederum selbst Ergebnis menschlicher Praxis. D.h. das Denken bewegt sich hier in einem Zirkel, dessen Endpunkt immer gleich wieder einen neuen Ausgangspunkt beschreibt. Für den dialektischen Materialismus heißt das nach Sartre in der Konsequenz, daß er ein historischer Materialismus sein muß, oder wie Sartre sagt, *'ein Materialismus von innen: es ist ein und dasselbe, ihn zu schaffen und zu erleiden, ihn zu leben und zu erkennen.'* (KdV, 34)

Die Entwicklung des historischen Materialismus in Richtung eines reinen Objektivismus (die sich auf mechanistisch-vereinfachende Weise schon im Stalinismus zeigte) wird von Sartre in *'Marxismus und Existentialismus'* als ein *'Rückfall des Marxismus in Idealismus'* bezeichnet. Man könne nämlich *'auf zwei Arten in den Idealismus geraten: die eine besteht darin, daß man das Wirkliche in der Subjektivität auflöst, die andere darin, daß man alle eigentliche Subjektivität zugunsten der Objektivität leugnet.'* (MuE, 31) Das Problem läßt sich auch als ein erkenntnistheoretisches formulieren. Mit einem Materialismus der sich in reinem Objektivismus versucht, werde letztlich unterstellt, der Fragesteller könne sich als erkennendes Subjekt aus der Untersuchung ausgeklammern. In Wirklichkeit würde er sich so aber nur *'zum objektiven Weltauge'* machen. Und damit sei man dann wieder bei Hegel.

Marx hatte sich dem Problem in den Feuerbachthesen gestellt. Genau hierauf geht Sartre zurück, wenn er die Frage aufwirft: *'Wie soll man es sich erklären, daß der Mensch die Geschichte macht, wenn andererseits es doch gerade die Geschichte ist, die ihn macht?'* (MuE, 70) Marx hatte in den Feuerbachthesen gegen den reinen objektiven Materialismus betont: *'Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung... sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß.'* Als Lösung des Problems hatte er formuliert: *'Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.'* (MEW III, 533f)

In dieser Marx'schen Erkenntnis der Unzurückführbarkeit der menschlichen Praxis, was heißt, daß in der Zirkularität des Subjekt-Objekt-Problems das materialistische Movens für die dialektische Bewegung der Geschichte die Praxis ist, findet Sartre die materialistische Grundlegung für die Rekonstruktion des Existentialismus im Rahmen des Marxismus. Denn darin findet er wieder, was er in *'Das Sein und das Nichts'* noch rein existentialistisch als die Unzurückführbarkeit der *'menschlichen Existenz'* postulierte hatte. Die ganze *'Kritik der dialektischen Vernunft'* ist schließlich eine Entfaltung der Dialektik dieser *'Praxis'*.(1)

Anmerkungen:

1) Im Grunde ist Sartre damit auf einem ganz ähnlichen Weg zum historischen Materialismus gekommen wie Marx selbst. Denn Marx war in seiner Kritik an Hegel und seinem Bemühen dessen dialektische Philosophie auf die materialistischen Füsse zu stellen, am Anfang auch dabei gelandet, das unzurückführbare Movens der Geschichte im Subjekt ontologisch als Existenz zu bestimmen. Bei Hegel ist die Existenz der Prädikate das Subjekt. Marx Kritik lautete: *"Hegel verselbständigt die Prädikate, die Objekte, aber er verselbständigt sie getrennt von ihrer wirklichen Selbständigkeit, ihrem Subjekt. Nachher erscheint dann das wirkliche Subjekt als Resultat, während vom wirklichen Subjekt auszugehen und seine Objektivation zu betrachten ist. Zum wirklichen Subjekt wird daher die mystische Substanz, und das reele Subjekt erscheint als ein anderes, als ein Moment der mystischen Substanz. Eben weil Hegel von den Prädikaten der allgemeinen Bestimmung statt von dem reelen Ens (...) ausgeht, und doch ein Träger dieser Bestimmung da sein muß,*

Die entscheidende Differenz zum objektivistischen Materialismus liegt für meine Begriffe in diesem Punkt darin: mit der menschlichen Praxis wurde im historischen Materialismus, als Dreh- und Angelpunkt, von dem aus sich die Dialektik der Geschichte erklärt, ein Aktivitätsmoment entdeckt; -und zwar eines, das sich in der historischen Praxis als Kampf entfaltet. Ich denke, daß Sartre damit tatsächlich die richtige Seite im Marxismus anschlägt.(2) Im Unterschied zu Adorno, auf den wahrscheinlich Bruhn und Kurz rekurrieren, der im historischen Materialismus *'den Vorrang des Objekts'* betont. (vgl. Negative Dialektik, 193)

Nur mal so in Kladde gesagt: Irgendwie stellt sich für mich schon die Frage, ob es nicht einen Zusammenhang zwischen Philosophie und Praxis aufzeigt, wenn ich mir anschaue, welche immense politische Aktivität Sartre neben seinem Philosophieren entfaltet hat (Literat und Bohemien war er ja obendrein) und das mit der praktischen Apathie und Ohnmacht vergleiche, die Adorno an den Tag legte. (und in seinem Gefolge ja wohl anscheinend auch Brun und Kurz) Wie schrieb Adorno noch in der Negativen Dialektik? - *'Das Unheil liegt in den Verhältnissen, welche die Menschen zur Ohnmacht und Apathie verdammen.'* - Auch an dieses Gesetz hat Sartre sich nie gehalten. Er sah sich *'zur Freiheit verurteilt'*.

Kolonialismus als Praxis oder Prozeß

Die Erkenntnis der Praxis als Dreh- und Angelpunkt des historischen Materialismus ist Sartres philosophisch-logische Grundlegung dafür, daß er nicht wie Brun deterministisch in einen ökonomistischen Reduktionismus verfällt, bei dem Herrschaft und Imperialismus, als nicht in die Totalisierung von Weltmarkt und Weltökonomie aufgehende Kategorien, mit dem Verweis des Subjektivismus, eliminiert werden müssen.

In der *'Kritik der dialektischen Vernunft'* zeigt Sartre konkret am Beispiel des Kolonialismus - was ja vielleicht im nächsten Jahr für uns sehr aktuell werden wird - wie wenig dieser mit einer reinen, oder auch totalisierenden, ökonomischen Erklärung zu begreifen ist; und zwar weil diese immer in der Analyse passiver Prozeßhaftigkeit befangen bleibt und niemals die aktive menschliche Praxis in den Blick bekommt. Auch das soll hier nur angedeutet werden, um Sartres Gegenposition sichtbar zu machen. Ich denke, es könnte wirklich interessant sein, sich das genauer anzuschauen.

Das System des Kolonialismus kann nach Sartre in einer reinen Analyse des immanenten ökonomischen Prozesses nur völlig unzureichend begriffen werden, weil hier die ökonomische Unterdrückung und Ausplünderung überhaupt erst über die Herrschaft, über die militärische Gewalt der Kolonialarmee, hergestellt wird. D.h. der Kolonialismus ist über den ökonomischen Prozeß hinaus konstitutiv auch Herrschaft und Rassismus. Er ist also konkret organisierte menschliche Aktivität. Genauso wie natürlich auch die Ausbeutung nicht nur ein bestimmtes Resultat ist, als das sie vom Ökonomismus wahrgenommen wird, sondern als Resultat eben Ergebnis einer Praxis, die von einem Ausbeutungsplan gestützt wird. Das Entscheidende gegenüber der sogenannten 'Kritischen Theorie' ist aber wohl das Folgende. Gerade am Kolonialismus läßt sich nach Sartre weiterhin zeigen, daß auch im laufenden System der ökonomische Prozeß nie eine immanente Eigendynamik gewinnt, sondern, wenn man auf die Schlüsselbedingung des kolonialen Unternehmens, die niedrigen Löhne, stößt, sich immer wieder herausstellt, daß sie auf der Grundlage einer Unterdrückungspraxis immer wieder auf's neue bewußt geschaffen wurden. Das System des Kolonialismus und der darüber ingang gesetzte Prozeß der Überausbeutung wird in der konkreten Wirklichkeit *'in jeder Minute von der versteinerten Gewalt hervorgebracht, die die Anwesenheit der Armee darstellt.'* (KdV, 765) Der Rassismus ist dabei nicht nur die Ideologie sondern auch die *'tägliche Praxis'* in dem sich das Gewaltsystem austobt und immer auf's neue bestätigt.

Wenn das stimmt, ist die von Brun empfohlene Verabschiedung der Linken vom Herrschaftsbegriff, als einem der hohlen Begriffe aus dem *'Sack voll hohler Begriffe'* von denen sie sich verabschieden soll, eine ziemliche Gewähr dafür, daß die Linke auch im nächsten Jahr - wenn sie sich denn an eine Analyse des Kolonialismus machen sollte - wie im Golfkrieg nichts mehr begreift.

Materialismus und Moral

Die Linke hat ihre Probleme mit der Vereinbarkeit von Materialismus und Moral, nicht ganz zu Unrecht. Moral gilt weithin erstmal als

---

wird die mystische Idee dieser Träger. Es ist dies der Dualismus, daß Hegel das Allgemeine nicht als das wirkliche Wesen des Wirklich-Endlichen, d.i. Existierenden, Bestimmten betrachtet oder das wirkliche Ens nicht als das wahre Subjekt des Unendlichen." (MEW I, 224/225)

2) Der *"historische Materialismus"* hieß übrigens ursprünglich auch *"praktischer Materialismus"*. An der Stelle des Adjektives *"historisch"* steht im Kontext der Hegel-Kritk bei Marx immer das Adjektiv *"praktisch"*.

bürgerliche Kategorie. Ich wette sogar, daß Moral auch für die meisten Linken hiesiger Breitengrade in spontaner erster Assoziation, negativ natürlich, mit der "liebe-Deinen-Nächsten"-Christenpredigt verbunden wird. In diesem Sinne ist Moral dann ungefähr gleichbedeutend mit Verschleierung bürgerlicher Interessen, Verlogenheit, Opium für's Volk. Die bigotte Fürsorge, mit der christlicherseits seelig-machend für's Soziale gewedelt wird, in vorsorglicher Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Menschen ihren Umgang miteinander organisieren, kann von Linken in der Tat nur mit Verachtung begegnet werden.

Auf der anderen Seite hantiert die Linke wie selbstverständlich mit auch nicht gerade unmoralischen Kategorien: "Verantwortung", "Solidarität", "Freiheit", "Soziale Gerechtigkeit und Gleichheit", sind ja alles auch stark moralisch wertende/bewertete Begriffe, ebenso wie in negativer Wertung zum Beispiel der Begriff "Verrat". Werden diese Begriffe von der Linken nun auch moralisch benutzt, oder nur im objektiven Kontext ihrer politischen Rationalität?

Ich glaube die Frage stellt sich aktuell wieder und wir werden uns darüber ein Bewußtsein verschaffen müssen. Aufgeworfen wurde sie für mich ebenfalls von Brun im besagten Streitgespräch mit Thomas Ebermann. (vgl. "ak" 331) Auf die Frage eines Teilnehmers, der wissen wollte, *"ob die Behauptung von Brun, daß es keine Subjektivität im Weltmarkt gebe, auch bedeuten solle, daß alle von der kapitalistischen Weltökonomie Betroffenen, bzw. an ihr Beteiligten die gleiche Verantwortung trügen"*, antwortete Brun: *"Es gibt Metropolen und Peripherien. Es gibt natürlich ein Niveaugefälle im Weltmarkt, aber die Frage der Verantwortung stellt sich nicht, weil das Problem sich nicht mit moralischen Kategorien begreifen läßt."* Das möchte ich allerdings in Frage stellen!

Wie stellt sich Brun denn mit dieser Position zum Beispiel zu den NS-Nachfolgeprozessen gegen die deutsche Großindustrie? War das einfach ein absurdes, bürgerlich moralisches Spektakel, vor dem man im Bewußtsein der "kritischen Theorie" nur den Kopf schütteln kann? Oder soll das sogar heißen, daß die in diesen Prozessen (ja nur sehr milde) verurteilten (und vorzeitig begnadigten) Großindustriellen, Krupp, ter Meer, Flick und wie sie alle heißen, garnicht hätten zur Verantwortung gezogen werden sollen, weil sich die Frage der Verantwortung ja garnicht stellt? Das kann doch wohl nicht sein. - Wie stehen wir als Gruppe-K zu dieser Frage? Als KB-Minderheit hatte wir ja gerade entdeckt - siehe unsere Thesen (These VI.7) -, daß die Verbrechen des Faschismus nicht "nur" Massenverbrechen, sondern *"auch Verbrechen von Massen"* waren. Wie ist das mit der Verantwortung der *"Massen"*, wenn sie Verbrechen begangen haben?

Ich denke auch hierfür ist es ganz interessant, sich Sartres Position und Argumentation in der *"Kritik der dialektischen Vernunft"* anzusehen. Die Frage der Moral stellt sich, Sartre folgend, nur aus der Perspektive des handelnden Subjekts. In diesem Sinne ist Bruhn, wenn er die Frage der Verantwortung von vorneherein ausblendet, im Rahmen seines Denkens durchaus konsequent. Im reinen Objektivismus stellt sich die Frage der Moral tatsächlich garnicht. Wie Sartre sagen würde: *"Ein Gott oder ein Kieselstein"* stehen außerhalb der Moral. (KdV, 193) Sartre besteht allerdings darauf, daß Moral nicht nur subjektiv ist. Der Grund, daß sich die Frage der Moral auch im Materialismus letztlich doch immer wieder stellt, liegt für ihn in der Logik der politischen Praxis begründet. Hier, wie überhaupt in der lebendigen menschlichen Welt, ist die Frage des Standpunktes entscheidend. Jedes Handeln erhält darüber per se eine Dimension der Moral. Es wird gewertet und in Wertung unternommen. Ethik, d.h. die philosophische Reflektion auf Moral, ist mit Sartre gesprochen *"lediglich die Praxis, die sich auf der Basis gegebener Umstände selbst erklärt."* (KdV, 140)

Die entscheidende, die Moral auf die materialistischen Füße stellende Erkenntnis Sartres ist, denk ich, daß die Moral sich erst aus der *"Praxis"* konstituiert. Damit setzt er sich scharf von allen bürgerlich-idealistischen Morallehren ab, die Moral als ein Kennzeichen subjektiver Wesenheit der Menschen, oder als bestimmten ontologischen Seinsmodus definieren, um den Menschen als "gut", oder was die Regel ist, als "böse" (homo homini lupus) zu qualifizieren, bzw. die Menschen als moralisch zu adeln oder umgekehrt zu tadeln, wenn sie "Gutes" oder "Böses" tun, und so in jedem Fall die Problematik der gesellschaftlichen Verhältnisse, in denen die Menschen ihren Umgang organisieren, gerade aus dem Blick lassen. Für Sartre ist Moral demgegenüber gerade das, was sich in der Praxis der Menschen erst schafft, was sich in dieser Praxis als Wertesystem institutionalisiert verfestigt, aber solange sich die menschliche Praxis historisch in der antagonistischen Wechselseitigkeit als Kampf entfaltet, eben dieser antagonistischen Wechselseitigkeit unterworfen bleibt. D.h. es gibt auch einen Kampf um die Moral und die Linke täte im Sinne Sartres wohl gut daran, diesen Kampf, den sie eh führt, auch bewußt und entschieden zu führen. Sartre: *"Die Mehrdeutigkeit jeder bisherigen und gegenwärtigen Moral kommt dadurch zustande, daß die Freiheit, als menschliche Beziehung in der Welt der Ausbeutung und Unterdrückung, sich selbst gegen diese Welt und als Negation des Unmenschlichen vermittels der Werte entdeckt, aber daß sie sich in ihr als entfremdet entdeckt und sich in ihr verliert und daß sie, durch die Werte, trotz allem die unüberschreitbare Forderung verwirklicht, die ihr das*

praktisch-inerte Sein (das Klassen-Sein; rh) aufzwingt... Jedes Wertesystem fußt auf der Ausbeutung und der Unterdrückung, jedes Wertesystem negiert in Wirklichkeit die Ausbeutung und die Unterdrückung... Jedes Wertesystem bestätigt die Ausbeutung und die Unterdrückung... Jedes Wertesystem, insofern es durch eine gesellschaftliche Praxis erhalten wird, trägt direkt oder indirekt dazu bei, Einrichtungen und Apparate bereitzustellen, die im gegebenen Moment... die Negation dieser Unterdrückung und dieser Ausbeutung möglich machen. Jedes Wertesystem hört im Augenblick seiner revolutionären Wirksamkeit auf, ein System zu sein, und die Werte hören auf, Werte zu sein, denn sie hatten diesen Charakter von ihrer Unüberschreitbarkeit, und die Umstände, die die Strukturen, Institutionen und Forderungen umwälzen, verwandeln die Werte in überschrittene Bedeutungen.' (KdV, 265/266)

Um auf die Frage der Verantwortung zurückzukommen. Die Frage der Verantwortung stellt sich nach Sartre immer. Die Menschen sind in ihrer Praxis *'zur Freiheit verurteilt'* und das heißt, sie tragen auch die Verantwortung für ihre Praxis. Um das auf die Ebene der Politik zu bringen: Es gibt für Sartre keinen Gegensatz zwischen Politik und Freiheit. Es ließe sich auch sagen: die Menschen sind *'zur Politik verurteilt'*. Das Politische ist für Sartre *'eine Dimension der Person'*. Zur Politik verurteilt, können die Menschen darauf passiv oder aktiv reagieren, mit den Worten Sartres, sich *'vom Lauf der Dinge treiben'* lassen, oder *'ihm eine bestimmte Richtung zu geben'* versuchen; beide Verhaltensweisen sind politisch, beide implizieren Verantwortung.

Geschichte und Fortschritt

In diesem letzten Punkt macht sich die Aktualität Sartres für die laufende Debatte vor allem an dem Geschichtsverständnis und dem Fortschrittsbegriff fest, das Robert Kurz, in seinem 1988 vorgelegten *'Manifest für die Erneuerung revolutionärer Theorie'*, präsentiert. Robert Kurz kommt über die Analyse der Wertform und die Bestimmung des Wertes als *'die bewußtlose Bewegungsform'* der kapitalistischen Gesellschaft, zu einem ganz ähnlichen Determinismus wie Brun. Bei ihm werden die kämpfenden Klassensubjekte in ihrem Handeln, wie an einen unsichtbaren Faden hängend, vollkommen durch den Wert als das *'automatische Subjekt'* ökonomisch außengesteuert. Die Politik der revolutionären Linken hat in diesem Denken eigentlich nur noch die Aufgabe, die Bewegung dieses Fadens zu analysieren, sie vorauszusehen und ihr so schließlich zuvorzukommen. Womit die Frage auftaucht, was die Revolution dann eigentlich revolutionieren soll? Letzlich verbirgt sich dahinter ein absolut ungebrochen positiver Begriff von Fortschritt (Sozialismus = Vergesellschaftung der Produktionsmittel + Computerisierung?). Diese *'materialistische Analyse'*, die sich an der aktuellen Metamorphose der Wertform entlanghangelt und über deren Weisheit letzter Schluß, die *'flexibilisierte Arbeiterklasse'*, als den neuen *'sozialen Träger'* der Revolution, herausanalysierten, führt am Ende in den puren Idealismus und die Beschimpfung des gerade entdeckten, revolutionären Subjekts. Denn diese flexibilisierte Arbeiterklasse gebärdet sich garnicht revolutionär, sondern schlägt sich, wie Kurz pikiert feststellt, um die *'Rückkehr in ein gesichertes, gesettletes, korporativ eingebundenes Dasein in den alten Berufs- und Sozial-Strukturen'*... *'Die flexibilisierten Lohnarbeiter betrachten sich individuell eher noch als Versager oder Außenseiter, statt sich als neue aufsteigende und souveräne, zum bisherigen starren sozialen Dasein überlegen distanzierte Kraft selbst produktiv zu begreifen.'* Worin liegt also das Problem? Für Kurz darin, *'daß das neue Dasein noch gar nicht positiv angenommen'* wurde...! Es fehlt der Revolution also an 'positive-thinking' - nach dem Motto: es ist so schön flexibilisiert zu sein! Diese *'neue Bewußtwerdung kann nur über das 'ZÜnden der Ideen-Bombe' entfesselt werden'*. - Und dieser Knaller heißt Kurz! - Zu erwerben über Verlag Marxistische Kritik (vmk), Postfach 2111, D-8520 Erlangen.

Auch dazu hätte Sartre einiges zu sagen. Der Widerspruch zu Kurz liegt, denk ich, schon im Ansatz begründet. Sartre erschloß sich den Marxismus, vom Existentialismus kommend, sehr stark über die Subjekt-Seite. Sein Ausgangspunkt sind das Individuum und dessen Bedürfnisse, sein Thema ist dessen totale Entfremdung und die Beschreibung dieses Entfremdungsprozesses in bezug auf die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Genau das, die Enfremdung des Individuums im kapitalistischen Prozeß, ist für Kurz offensichtlich überhaupt kein Problem, wenn er seinem neuen revolutionären Subjekt auch noch die Flexibilisierung, den allerneuesten Schlager in diesem Prozeß, positiv andienen will! In seinem ganzen Manifest taucht der Begriff Entfremdung - da ist er konsequent - kein einziges Mal auf. Für Sartre ist es das zentrale Thema seines Philosophierens.

Diese Analyse des Entfremdungsprozesses, für die er bei Marx die entscheidenden Anknüpfungspunkte findet, treibt Sartre meiner Meinung nach gleichzeitig über Marx hinaus. Was den geschichtsphilosophischen Fortschrittsoptimismus angeht ist er in der Konsequenz dieser Analyse weit zurückhaltender als Marx und betont sehr viel stärker die jeweils gegenläufigen Tendenzen. Was nicht heißen soll, daß Marx einen ungebrochenen Fortschrittsoptimismus hatte. Den hatte er sicher nicht, wie wir ja schon in der Ökologie-Debatte Ende der 70er herausgearbeitet haben. (vgl. Droht der gemeinsame Untergang? Marxismus und Ökologie, Buntbuch, Hamburg 1980) Aber man muß die Brüche bei ihm schon stärker

suchen als bei Sartre, so daß sie mitunter eben bis heute nicht gefunden werden. Bei Sartre springen sie ins Auge. Der zentrale Begriff in der *"Kritik der dialektischen Vernunft"*, der das zum Ausdruck bringt, lautet: *"Gegen-Finalität"*.

Marx und Engels genügte zum Verständnis von Geschichte die Erkenntnis, daß Geschichte - fortlaufende Negation der einen Klasse durch die andere -, d.h. eine Geschichte von Klassenkämpfen ist. Das ist es, worauf auch Sartre, gegenüber dem objektivistischen Determinismus, die Betonung legt. In der *"Kritik der dialektischen Vernunft"* fordert er aber dazu auf, noch darüber hinauszugehen und, wie er sagt, auch die *"Ausgangsnegation"* dieser Negationen zu bestimmen.

Diese *"Ausgangsnegation"* ist nach Sartre fortwährend die *"Herrschaft des Mangels"*, und das ist gleichzeitig der Punkt, in dem er den Ursprung der *"Gegen-Finalität"* entdeckt: *"jenen verfluchten Aspekt der menschlichen Geschichte..., unter dem der Mensch in jedem Moment zusehen muß, wie ihm seine Aktion durch die Umwelt, in die er sie einprägt, entzogen und vollständig deformiert wird."* (KdV, 159f)

Sartre betont, daß er mit dieser Wiederentdeckung des Mangels *"der marxistischen Theorie absolut nicht widersprechen, noch sie ergänzen will."* (KdV, 162) Schon garnicht wolle er damit zum *"Gemeinplatz der klassischen Nationalökonomie"* zurückkehren. Er glaube vielmehr, daß auch Marx, der sehr wenig über den Mangel sage, sich einfach deshalb nicht mit diesem auseinandersetzte, weil er ihn *"für bewiesen"* hielt und sich so gleich direkt, - wie Sartre betont, *"ganz zu Recht, denn darin besteht der Marxismus - mit der Arbeit"* beschäftigte. Erklärlich auch durch die Nah-Erwartung der Revolution. (KdV, 156/157)

Mittlerweile ist, so denke ich, das was Sartre unter der *"Gegen-Finalität"* aufgrund des *"Mangels als negative Einheit durch die Materie"* beschreibt, nicht mehr zu leugnen, allenfalls ist es noch in dogmatischer Verbohrtheit zu ignorieren. Es tauchte in der Ökologie-Debatte der 70er Jahre bereits auf und ich denke, auch die Deformation und der schließliche Zusammenbruch des realen Sozialismus ließen sich so, als gigantischer, von *"Gegen-Finalität"* geprägter Kampf gegen den Mangel, (wie Sartre sagen würde) *"intelligibel"* und ohne Zwangsläufigkeit, analysieren und erklären. Natürlich entbehrt das keiner konkreten Untersuchung. Im Gegenteil, erst in dieser würde der Prozeß konkret erklärbar. Nur verhinderte das vielleicht, daß die konkrete Analyse mit deterministischen Zwangsvorstellungen im Hinterkopf zurechtgebogen wird.

Bei Sartre kommt nämlich auch die *"Gegen-Finalität"* erst durch die menschliche Praxis in die Geschichte. Indem sich die menschliche Praxis in die Materie, d.h. in die den Menschen materiell umgebenden Verhältnisse, einprägt, stellt diese sich im grunde letzlich immer wieder aufs neue sich selbst gegenüber; wird, wie Sartre zugespitzt formuliert, ihre eigene *"permanente Gegen-Praxis"*, und damit der *"ursprüngliche Entfremdungstyp"*. (KdV, 132) Die Erkenntnis des historischen Materialismus war ja gerade, daß es nicht nur darauf ankommt, die Welt verschieden zu interpretieren, sondern sie zu verändern, und das heißt eben, daß die menschliche Praxis versuchen muß, sich als materielle Gewalt in der bearbeiteten Materie, immer neu zu materialisieren. Aber die passive Einwirkung dieser Materialität auf die Menschen und ihre Geschichte als solche wurde dabei bisher kaum untersucht. Nach Sartre ist die Wirkung eben dieser Materialität, wie er es in einem anderen Bild ausdrückt, daß sie den Menschen *"eine gestohlene Praxis in Form einer Gegen-Finalität zurückschickt"*. D.h. die Materialität wirkt in einer die menschliche Praxis stets unterlaufenden und ihr entgegenwirkenden Finalität. (KdV, 132)

Sartre demonstriert die *"Gegen-Finalität"* einmal konkret an einem Beispiel, das für die dialektisch materialistische Fundierung der Ökologie-Debatte in den 70ern gepaßt hätte, am Beispiel der Entwaldung in China. Die menschliche Praxis der Abholzung, die positiv der Bodengewinnung zum landwirtschaftlichen Anbau von Hirse diente, schlägt hier negativ in den furchtbaren Überschwemmungen der Flüsse auf die Menschen der chinesischen Gesellschaft zurück, weil diese Praxis *"gegen-final"* die Erosion und die Ablagerung der weggetragenen Erde in den Flüssen bewirkt, was diese an den Mündungen wie ein Korken verstopft und in dieser Folge über die Ufer treten ließ. (KdV, 171ff)

Er demonstriert sie aber auch und vor allem am Prozeß der Entfremdung des Menschen im kapitalistischen Produktionsprozesses selbst. Wie Sartre sagen würde, ist die in den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen eingeprägte vergangene Praxis, in ihrer Trägheit - wenn die Menschen sich ihr in ihrer aktiven Praxis nicht gegenüberstellen -, schon immer *"die geronnene Drohung der Zukunft"*. (KdV, 195) Wenn sich die Menschen nicht aus ihrem entfremdeten passiven Klassen-Sein reißen, verwirklicht sich nur, was in den unmenschlichen, von Trägheit infizierten Verhältnissen an *"Gegen-Finalität"* schon angelegt ist. (KdV, bes. 243ff)

Aber nicht nur die kapitalistischen Verhältnisse, auch die inneren Strukturen der organisierten gemeinsamen Praxis, die Menschen sich schaffen, um z.B. zu ihrer Überwindung anzutreten, entwickeln nach Sartre ein Trägheit, die ständig dazu tendiert, diese Strukturen zum Selbstzweck zu machen, und läßt diese geradewegs *"gegen-final"* wirken. (KdV, 644ff)

Die Differenz zu Robert Kurz läßt sich glaub ich, im entscheidenden Punkt, so zusammenfassen: Kurz setzt an dem Marx'schen Gedanken aus dem Kommunistischen Manifest an, daß

die Bourgeoisie mit dem *'Fortschritt der Industrie... ihre eigenen Totengräber'* produziere. Sein wesentlich neuer Gedanke ist nur, daß er sagt: Zu Zeiten Marx' war die Entwicklung einfach noch nicht weit genug fortgeschritten für eine revolutionäre Aufhebung des Kapitalismus; festgemacht an der Entwicklung der Wertform. Die Arbeiterklasse hätte garnicht das 'revolutionäre Subjekt' (Kurz spricht nie vom Subjekt, sondern konsequent vom 'sozialen Träger der Revolution') sein können, da die Wertform noch nicht voll entfaltet gewesen wäre. Das geschehe erst heute und so bringe der jüngste *'Fortschritt der Industrie'* auch erst heute den wahren *'soziale Träger'* der Revolution hervor, nämlich die *'flexibilisierte Arbeiterklasse'*.

Genau das würde Sartre als einen klassischen *'Rückfall in den Idealismus'* bezeichnen, nämlich in die pure hegelianische Dialektik, mit der dem Marx'schen Gedanken gerade der letzte Rest an materialistisch-praktischer Plausibilität ausgeblasen würde. So wie der Marx-Satz von Kurz (aber nicht nur von ihm, da waren wir oftmals nicht besser!) gebraucht wird, ist er um den entscheidenden Passus, dem der ihm überhaupt erst materialistisch eine praktische Plausibilität gibt, verkürzt. Zum *'Totengräber'* der Bourgeoisie hätte die Arbeiterklasse für Marx nämlich nur deshalb werden können, weil der *'Fortschritt der Industrie'* hin zur Großproduktion die Möglichkeit schuf *'an die Stelle der Isolierung der Arbeiter durch die Konkurrenz ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation'* zu setzten, d.h. über Organisierung die in der Lohnarbeit angelegte *'Konkurrenz der Arbeiter unter sich'* auszuhebeln. Was bleibt denn davon in der Flexibilisierung übrig? Sie zerschlägt doch hier gerade die letzten Ansatzpunkte nocheinmal. (Der ganze Satz ist im Original nachzulesen in: MEW, Ausgewählte Schriften I, 37) Es ist schon grausam, aber so wie die deutsche Linke diesen Marx'schen Satz aus dem Kommunistischen Manifest in der Regel verkürzt rezipierte, verkürzte sie ihn zielsicher auf den hegelianischen Schrott und diesen betete sie dann in Idealismus, oder soll man sagen Gläubigkeit, nach.

Sartre und wir - ein Fazit

Ich denke, daß Sartre auch für unsere Position, vom Leninismus kommend, eine Herausforderung ist, wobei Sartre zu Lenin - wie ich es sehe -, weniger konträr steht, als daß er an bestimmten Punkten, an denen der Leninismus heute neu zu diskutieren und zu überprüfen wäre, die Akzente graduell anders setzt. Was den ersten Punkt Determinismus und Objektivismus angeht, wäre dabei das Verhältnis von *'Praxis'* und dem, was Lenin als *'objektiver Wahrheit'* definiert, zu diskutieren. Hier dürfte Sartre bezüglich solcher *'objektiver Wahrheiten'*, abgesehen davon, daß er sie nicht *'objektiv'* nennen würde, weit skeptischer sein und dagegen der *'Praxis'* im historischen Materialismus eine weit größere Bedeutung zumessen. *'Praxis'* ist für ihn nicht nur Kriterium der *'objektiven Wahrheit'*, wie für Lenin, sondern wie ausgeführt, Dreh- und Angelpunkt des historischen Materialismus. Zu diskutieren wäre Sartre hier mit Lenins Ausführungen in *'Materialismus und Empiriokritizismus'* insbesondere die Kapitel *'Gibt es eine objektive Wahrheit?'*, *'Absolute und relative Wahrheit...'*, *'Das Kriterium der Praxis in der Erkenntnistheorie'* (in der Ausgabe Peking 1976, S. 151-182). Ich würde in diesem Punkt derzeit Sartre den Zuschlag geben. Vielleicht ist das ja ein Anreiz in eine Debatte einzusteigen.

Auch in der Frage der Moral dürfte Sartre eine für den Leninismus Herausforderung sein. Lenin hat ja einmal geschrieben: *'Ein Revolutionär... hat keine Moral, weil sein Ziel konkret ist und seine Verpflichtungen sich durch den Zweck anzeigen lassen, den er sich setzt.'* Das komplizierte an einer Diskussion Sartre - Lenin ist aber auch hier, daß Sartre diesem Satz - so zumindest mein bisheriger Eindruck -, nicht direkt widersprechen würde. Denn gerade in diesem Satz drückt sich auch genau das aus, was Sartre in seinen Entwürfen zur Moral herausarbeitet, daß es keine abstrakte Moral gibt, sondern Moral sich erst in der Praxis schafft. Mit dem sehr stark von objektiven Ziel-Zweck-Nutzenkalkülen geprägten Denken Lenins hätte er aber wohl einige Probleme. Genau da stellt sich, denk ich aber auch die Frage, ob wir hier noch mit der objektiven Gewißheit Lenins agieren können.

War Lenins Stärke die tagespolitische revolutionäre Praxis, ist Sartre der Theoretiker der gesellschaftlichen Praxis. Ich denke, er füllt mit der *'Kritik der dialektischen Vernunft'* eine echte Lücke im Marxismus, die philosophische Grundlegung der Praxis. Marx Arbeit war die Grundlegung der Kritik der politischen Ökonomie. Sartres Leistung und Verdienst ist es, mit der *'Kritik'* die menschliche Praxis als das zentrale Moment im historischen Materialismus neu freigelegt und in ihrer dialektischen Bewegung durchdacht zu haben. Wir sollten ihn lesen und diskutieren.

rh.

P.S.: Buchempfehlung

Das Problem bei dieser Buchempfehlung ist, es läßt sich eigentlich keine Kaufempfehlung geben. Die *'Kritik der dialektischen Vernunft'*, ist nur in gebundener Form im Handel und kostet satte 78 D-Mark. Selbst im Antiquaritat wird man wohl in der Regel, wenn es denn dort mal aufzustöbern ist, an die 50 Märker hinlegen müssen. Da hilft eigentlich nur Klau-mich. *'Marxismus und Existentialismus'* ist nur noch antiquarisch zu bekommen. Aber es gibt natürlich auch Bibliotheken.

Europa:

ein Kontinent - zwei Welten

Die Länder Osteuropas sind europäische Peripherie. Das war zu Anfang unseres Jahrhunderts bereits so, und jeder heutige Lokalaugenschein bestätigt dies. Eine simple Weisheit also. Und doch kein einfacher, sondern ein komplizierter Tatbestand.

Die industriell hochentwickelte Tschechoslowakei kann man mit den übrigen osteuropäischen Ländern nicht vergleichen, sagen die einen. In den nordböhmischen Industrieruinen zwischen Pilsen und Ustí n.L. haben zwei Drittel aller Jugendlichen keine Chance auf einen Arbeitsplatz, sagen die anderen. Recht haben beide.

In der Bukarester Innenstadt begegnen einem herumstreunende, ausgemergelte Kinder auf der Suche nach Brot und Lei. Die Szene erinnert an Mexico-City oder São Paulo. Ganz anders wiederum Budapest. Die Vaci utca im Zentrum der Donaumetropole gleicht den noblen Einkaufsstraßen Wiens. Im Vorort Ujpest allerdings sieht's eher wie im Liverpooler Schwarzenghetto Toxteth aus. Von Gleichmacherei im ehemaligen Ostblock jedenfalls keine Spur.

"Dritte Welt" in Osteuropa? Die Verschuldungszahlen Bulgariens, Ungarns und Polens sprechen dafür. Über zwei Drittel der jährlichen Exporteinnahmen müssen in diesen Ländern allein für den *Schuldendienst* (Zinszahlungen und Amortisationen) aufgebracht werden. Rumänien und die UdSSR stehen zwar statistisch, keinesfalls jedoch tatsächlich besser da. Für die These der Peripherisierung spricht auch die nach 1989 schnell vor sich gehende Herausbildung einer *schmalen Oberschicht*, die - ähnlich wie in Lateinamerika und Südostasien - Brückenkopffunktionen für die (west)europäischen Zentrumsinteressen wahrnimmt.

Im "Paris des Ostens", wie Bukarest in den 30er Jahren genannt wurde, gemahnen noch heute ganze Stadtviertel an den Reichtum der ca. eine Million starken "kreolischen" Oberschicht - der Verwalter der Erdöl- und Agrarkolonie -, die nach der kommunistischen Machtübernahme vertrieben bzw. beim Bau des Schwarzmeerkanals vernichtet wurde.

Der vor dem 2. Weltkrieg protzig zur Schau gestellte Reichtum basierte auf dem krassen sozialen Gegensatz von "Kreolen" und landarbeitender Bevölkerung. Heute, nach dem Ende der rumänischen "Entwicklungsdiktatur" kehren Teile der damals geflüchteten Oberschicht heim. In den Oppositionsparteien und in der Wirtschaft führen Exilrumänen wie Campeanu, Ratiu und Dragan das große Wort. Die unterdessen alphabetisierten und proletarisierten Bauern stehen dem Lebensstil der alten und neuen Oberschicht verständnislos und skeptisch gegenüber. Ihre ausweglose sozial Situation - das ahnen sie - wird im neuen Rumänien kein Thema mehr sein. Ihr Schicksal ist ungewiß. Wird es jenem der Slumbewohner in Lateinamerika, Südasien und Afrika gleichen oder eher jenen Ghettoisierten in Brixton (London), Handsworth (Birmingham) oder Santas Martas (Lissabon).

Der Hunger ist rumänische Alltäglichkeit geworden. Bilder von bis auf die Knochen abgemagerten Kindern flimmern über die westeuropäischen Fernsehschirme. Man sieht zumindest zweimal hin; denn in einem unterscheiden sich die Erbärmlichen von den gewohnten Reportagen aus der "Dritten Welt": Die rumänischen Kinder sind weiß.

Keine Favela in Rio, kein Slum in Nairobi ist mit Weißen bevölkert. Auch in den Ghettos der (west-)europäischen Metropolen wohnen - fast - keine Weißen: Westinder in London, Afrikaner in Paris oder Lissabon ... sie alle haben eine schwarze Hautfarbe. Nicht so die hungernden Kinder in Rumänien. Ein unterschwelliger Rassismus, der europäische TV-Konsumenten die physische Not von Millionen von Schwarzen besser"verkraften" läßt, greift bei den Bildern über das Elend Weißer nicht. Dennoch, so hat es den Anschein, treten im Falle Rumäniens ähnliche Reaktionsmuster in Kraft, wie wir sie von Hilfsprogrammen für Äthiopien, Mittelamerika oder Indien kennen. Der unter dem Stichwort "Humanismus" stattfindende Eingriff reicht vom Entwicklungshilfeprojekt über karitative Spendenaktionen bis zum "Freikauf" einzelner Waisenkinder.

Ein neuer Rassismus teilt unseren Kontinent in Europa und Asien. Europa, das sind die weißen Zentrumsbewohner abzüglich der "nicht europareifen" Randgebiete und der Ghettos in den Großstädten. Knapp hinter Slowenien bzw. Kroatien, Budapest, Mähren und der Oder/Neiße-Linie hört Europa auf. Dort beginnt Asien. Wo die Massen der in der Verwertungslogik Unbrauchbaren leben, wird Europa für beendet erklärt. Serben, Zigeuner, Polen, Rumänen, Bulgaren, Russen werden in der Diktion der modernen Rassisten zu Asiaten im Dienste des aufstrebenden (west-)europäischen Imperialismus.

Der Osten Europas macht es dem Zentrum zusätzlich leicht, aus dem ökonomischen Überlegenheitsgefühl ein kulturelles und schließlich rassistisches zu entwickeln. Völkerhaß bestimmt zunehmend die Politik jenseits der oben beschriebenen Grenze. Ultranationalistische Parteien und Bewegungen werden allerorts stärker, im Baltikum, in Moldawien und Kroatien haben sie bereits die politische Macht übernommen. Die Balten sehen sich als nordische, blonde Herrenrasse - den Russen überlegen. Die Kroaten und Slowenen blicken auf alle südlicheren slawischen Völker mit Verachtung. Die Polen betrachten die weißrussischen Nachbarn als bedrohliche Horden, selbst in Böhmen und Mähren ist Abschätziges über die slowakischen MitbürgerInnen zu hören. Nationalismus erlebt eine neue, gefährliche Hochblüte. Mit dem Ausbruch des slowenisch-jugoslawischen Krieges steht Osteuropa erst am Beginn nationalistischer Konfrontationen, die nur scheinbar einen Ausweg aus der tiefen ökonomischen Krise bieten.

Das als asiatisch deklarierte Elend wird zwar als Bedrohung im Zentrum wahrgenommen - ähnlich wie die völkerwanderungsfreudigen Millionen aus Afrika, Südasien und Lateinamerika - die politische und moralische Zuständigkeit dafür jedoch wird negiert. Die neue europäische Welt hat sich ein Vorbild an "Amerika" genommen. Dort wird schon seit Generationen der Name des ganzen Kontinents von den - meist - weißen Medien und Politikern für den nordamerikanischen Zentralraum in Anspruch genommen. Die Neudefinition von Europa, die geografisch - noch - keine Entsprechung gefunden hat, folgt letztlich dem Ziel, eine ideologische Grundlage für die *Trennung von Wohlstand und Elend*, von Zentrum und Peripherie zu schaffen. Ein Vorhaben, das mit dem Ende der - "Sozialismus" genannten - Zweiten Welt dringend erforderlich geworden ist.

Bis 1989 wurde die Aufgabe der sauberen Trennung in zwei Welten von den Propagandafachleuten Osteuropas bewerkstelligt. Sie waren es, die dem Modell nachholender ökonomischer Entwicklung, wie es die osteuropäischen Kommunisten seit 1948/49 betrieben haben, das Etikett "Sozialismus" verpaßt hatten. Für den (west-)europäischen Zentralraum bildete dies eine ideale Möglichkeit, sich ideologisch vom Osten abzugrenzen. Selbst wirtschafts- und sozialpolitisch kam die sogenannte Nomenklatura für die Kosten der Trennung auf. Mauer und "Eiserner Vorhang" schieden seit ihrer Aufstellung das europäische Zentrum von seiner Peripherie. *Die Wurzeln der europäischen Teilung reichen weit in die Geschichte zurück.*

"Die Neudefinition von Europa folgt letztlich dem Ziel, eine ideologische Grundlage für die Trennung von Wohlstand und Elend zu schaffen."

Fotos: Ralf Blasius

Die Ausnahme sind Böhmen und Mähren, beides Regionen, die bereits vor dem 1. Weltkrieg industriell entwickelt waren. Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien waren agrarisch geprägte Gesellschaften. Daran änderte sich auch in der Zwischenkriegszeit wenig. 1938 wies die damalige Tschechoslowakei (CSR) einschließlich des industriell unterentwickelten slowakischen Teils ein mehr als doppelt so hohes Pro-Kopf-Einkommen wie Bulgarien und Rumänien auf. Auch gegenüber Polen und Ungarn war der Abstand beträchtlich. Deutschlands Pro-Kopf-Einkommen betrug im selben Jahr 337 US-$, fast doppelt so viel wie das der CSR (176 US-$). Wenn auch diese Zahlen nichts über Glück und Elend einer Gesellschaft aussagen, so stellen sie doch einen Indikator für den Grad der industriellen Entwicklung dar.

Wie elend die Mehrheit der landarbeitenden bzw. bäuerlichen Bevölkerung im Osten Europas noch zu Zeiten unserer Großeltern gelebt hat, illustrieren ausgewählte soziale Indikatoren. In den 1930er Jahren betrug die durchschnittliche Lebenserwartung in Rumänien 42 Jahre (1980: 70 Jahre). Die auf dem gefürchteten Bojarenhof als Leibeigene gehaltenen Landarbeiter/Innen waren durchweg Analphabeten. Nur die Stadtbevölkerung - Verwalter der balkanischen Agrar- und Erdölkolonie -, die sich zu 80 Prozent aus Ungarn, Juden und Deutschen zusammensetzte, konnte lesen und schreiben. Die Menschen auf dem Land lebten wie Tiere, viele von ihnen in Erdlöchern, von der Mangelkrankheit Pellagra geschwächt. In Polen war die soziale Lage zwar ein wenig besser, mit Westeuropa, das in der Zwischenkriegszeit weder Analphabetimus noch Mangelkrankheiten kannte, freilich nicht vergleichbar. 54 Jahre alt wurde der/die durchschnittliche Pole/in damals (1980: 72 Jahre). 60 Prozent der Bevölkerung war des Lesens und Schreibens unkundig.

Wirtschaftlich wurden die Länder Osteuropas nach dem 1. Weltkrieg zum Tummelplatz westeuropäischen Kapitals. Nach der Befreiung der Tschechen, Slowaken, Ungarn, Polen, Ukrainer, Kroaten und Slowenen aus dem "Völkerkerker" der österreichisch-ungarischen Monarchie wandten sich die meisten der neuen Staaten an England und Frankreich, in der Hoffnung auf rasche und effiziente wirtschaftliche Unterstützung. Die Geschichte wiederholt sich. Schon nach 1918 klappte die ökonomische Sanierung nicht. Französische und britische Bankhäuser (Banque des Pays de'l Europe Centrale, Bank of England) sowie Großindustrielle (z.B. Schneider-Creusot's Beteiligung an Skoda) pickten sich die Rosinen aus dem osteuropäischen Industriekuchen. Einzig in Böhmen und Mähren waren ausländische Beteilungen weit gestreut.

In den Jahren 1944/45 kam die Rote Armee. Und mit ihr nationale kommunistische Parteien, die zwischen 1944 und 1948 die Macht übernahmen. Außer in der sowjetischen Zone Deutschlands und in der CSR verfügten die neuen politischen Verwalter nirgends über eine Massenbasis. Der Frontverlauf bei Kriegsende und alliierte Abkommen bestimmten den zukünftigen politischen und wirtschaftlichen Kurs. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß ausgerechnet jene beiden späteren Ostblockstaaten, die eine starke Arbeiterbewegung besaßen - die DDR und die CSSR - in der Periode des "Sozialismus" einen wirtschaftlichen Rückfall erlitten, während die ehemaligen Agrarländer Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien den Entwicklungsrückstand zu Westeuropa verringern konnten - zumindest bis Mitte der 70er Jahre.

Die sozial fortschrittliche Utopie, von der manch kommunistischer Funktonär nach dem Ende des 2. Weltkrieges geträumt

nologische Revolution verschlafen, derentwegen sie die Kredite aufgenommen hatten. Die in den 70er Jahren aufgebaute Exportindustrie konnte schon kurze Zeit später mit den High-tech-Entwicklungen des Westens nicht mehr Schritt halten. Wieder war man im Osten konkurrenzunfähig . . . und saß zu allem Überdruß noch auf einem wachsenden Schuldenberg. 1980 waren Polen, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn de facto zahlungsunfähig. Der IWF trat auf den Plan. Anstatt pervertierter Sozialpartnerschaft ohne politische Beteiligung war nun harte Sanierung angesagt. In Polen führte das im Jahre 1981 zu den ersten IWF-Riots, die nur mit Hilfe eines Generals (Jaruzelski) und des Kriegsrechts unter Kontrolle gebracht werden konnten. Streiks und Gewerkschaften (auch die kommunistische) wurden verboten, Aufruhr in der Werft und im Fleischerladen militärisch unterdrückt.

In Rumänien begann Ceausescu päpstlicher zu agieren als der Papst. Er übernahm persönlich die Rolle des IWF-Sanierers und preßte in einem historisch einmaligen Akt binnen acht Jahren einen Schuldentitel von 10 Mrd. US-$ mit Zins und Zinseszins aus seinem Volk. Im April 1989 konnte er auf dem Parteitag der rumänischen KP strahlend verkünden: Rumänien ist schuldenfrei. Zu spät, denn mittlerweile begann sich ringsum der osteuropäische Wirtschaftsraum aufzulösen. Der Wende konnte Ceausescu allein nicht entgegentreten.

An die Stelle der sozialen Befriedungsstrategie, wie sie - in den einzelnen Ländern unterschiedlich - bis Anfang der 80er Jahre vorherrschte, traten nun vereinzelt soziale Kämpfe. Das Ende des Modells nachholender Entwicklung war gekommen, und mit ihm das Ende der Partei, die dafür das Wort "Sozialismus" mißbraucht hatte.

Mit dem Zuschnappen der Schuldenfalle war für die KP-Machthaber auch der Kredit in der eigenen Bevölkerung dahin. Zwischen 1945 und 1980 hatten sie sich von Krisenmanagern zu Befriedungsstrategen gemausert. Jetzt war ihr Scheitern offensichtlich.

Der politische Zusammenbruch im Jahre 1989 kann weniger als Revolution bezeichnet werden. Er war vielmehr Ausdruck einer stufenweise vor sich gehenden gesellschaftlichen Erosion, die nur den Schlußpunkt einer Ära markiert, der schon mindestens zehn Jahre lang jeder gesellschaftliche Konsens fehlte.

Die Frage, ob die wirtschaftlich, sozial und politisch destabilisierten Staaten Osteuropas in Richtung Erste oder "Dritte Welt" unterwegs sind, ist durch den historischen Exkurs bereits beantwortet. In dem Moment nämlich, in dem das Projekt nachholender Entwicklung gescheitert war, waren die positiven wirtschaftlichen Indikatoren, die für die RGW-Staaten bis Mitte der 70er Jahre charakteristisch waren, wertlos. Der westlichen Konkurrenz schutzlos ausgeliefert, brechen die - mehr quantitativen- wirtschaftlichen und sozialen Erfolge in sich zusammen. *Einzelne Zentralräume mögen den Anschluß an die technologisch weit fortgeschrittenen westlichen Dienstleistungsgesellschaften finden.* Prag, Budapest, und Ljubliana können zu Subzentren (west)europäischer Investitionstätigkeit werden. *Der Rest bleibt Peripherie.* Wie vor den beiden Weltkriegen.

Mit dem Andocken Osteuropas an die Prinzipien der Marktwirtschaft haben die neuen Entscheidungsträger das Primat der Politik, wie es 40 Jahre lang zum Prinzip des sogenannten Ostblocks gehörte, aufgegeben. Nun herrscht auch dort, wie fast überall sonst auf der Welt, das Primat der Ökonomie. Periphere Gesellschaften ohne politisches Primat sind nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch instabil. Da in Osteuropa mit dem Scheitern des "Sozialismus" genannten Systems die soziale Frage als ganzes diskrediert ist, droht sich der politische Handlungsspielraum zwischen liberaler und nationalistischer Ideologie einzuengen. Dementsprechend werden sich nationalistische Populisten, klerikale Konservative, liberale Hayek-Jünger und diverse Generäle die Klinken der Regierungspaläste in die Hand geben. Das voraussehbare permanente Scheitern an der strukturellen Krise wird zu rasch aufeinanderfolgenden Regierungswechseln führen. An der Nichtkonvertibilität der nationalen Währungen werden neue Regierungen ebenso zerbrechen wie an der auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähigen, technologisch zurückgebliebenen Industrie und Landwirtschaft und den trotz Exportsteigerungen steigenden Schulden (z.Zt. vor allem in der CSFR und Rumänien.

Ganze zwei Mrd. US-$ sind bis Ende 1990 vom Westen in Osteuropa investiert worden, nicht einmal die Hälfte der allein von der Firma Siemens in Westeuropa, den USA und Japan investierten Summe. Und die neugegründete Ost-West-Bank schätzt, daß sie in den nächsten fünf Jahren einen Kreditrahmen von 5 Mrd. US-$ zur Verfügung stellen kann. Angesichts der Schuldtitel, mit denen allein Ungarn (20 Mrd. US-$) und Polen (41 Mrd. US-$, ohne die in Aussicht gestellte partielle Schuldenstreichung) zu kämpfen haben, eine ziemlich geringe Summe. Schon deshalb, weil - erstmals in der Geschichte des internationalen Bankwesens - auch politische Konditionen für Kreditvergabe eingefordert werden. Parlamentarische Demokratie als Voraussetzung für Kreditwürdigkeit ist vor allem in jenen Ländern zynisch, in denen Millionen von RentnerInnen und ArbeiterInnen in Staatsbetrieben der Inflation zum Opfer fallen. Die in der kapitalistischen Verwertungslogik Unbrauchbaren werden es auch sein, die die jeweiligen Regierungen unter Druck setzen. Denn mit dem Abbau des Subventions- und Betriebsstützungssystems stellt sich heraus, daß hinter den abgebauten Subventionen *kein soziales Netz* existiert. Millionen RumänenInnen, BulgarenInnen, PolenInnen, aber auch UngarnInnen und SlowakerInnen stürzen von einem Monat zum nächsten ins blanke Elend. Durchschnittliche Monatslöhne von 30-40 US-$ in Rumänien und 60-80 US-$ in Polen reichen nicht zum Überleben, vor allem dann nicht, wenn immer mehr Preise westeuropäisches Niveau erreichen.

Der Leiter der Europaratsabteilung für sozioökonomische Fragen, Jean-Claude Chesnais, hat Ende Jänner 1991 auf der Wiener Ost-West-Wanderungs-Konferenz Schreckensszenarien an die Wand gemalt. Demnach haben 50 Prozent der Ost- Jugendlichen zwischen 15 u. 25 Jahren keine Chance auf einen Arbeitsplatz. Für das zukünftige Polen hat Chesnais fünf Millionen Arbeitslose errechnet, für die Sowjetunion gar 40 Millionen.

Vor diesen Menschen fürchtet sich auch Westeuropa. Der drohenden Völkerwanderung -begegnet man hier - vorläufig noch - mit zwei verschiedenen Strategien: Abschottung und Grenzöffnung. Abschottung gegenüber den Ärmsten der Armen in Rumänien und Bulgarien, Grenzöffnung für die CSFR, Ungarn und - teilweise - Polen. Der Kompromiß im - vermeintlichen - Ideologienstreit von Ausländerhassern und Freunden der multikulturellen Gesellschaft ist bereits in Sicht. Sein *Zauberwort: Quotierung:* Integration für eine festgesetzte Anzahl von jungen, qualifizierten Arbeitswilligen, Festung Europa gegen den Rest. Im so kontrollierten Liberalismus findet beides seinen Platz: Ausländerhaß und liberale Integrationspolitik.

Für Osteuropa bedeutet der vom Westen dirigierte Abzug menschlicher Ressourcen nicht nur Erniedrigung, sondern massiven Verlust an qualifizierten Arbeitskräften und gleichzeitig steigende soziale Kosten für Alte, Kranke und Arbeitslose. Staatlich kontrollierter Liberalismus im Westen bewirkt somit letztlich staatlich unkontrollierbares Elend im Osten.

Hannes Hofbauer

. . . Millionen von RentnerInnen und ArbeiterInnen fallen der Inflation zum Opfer.

haben mag, wich bald einer wirtschaftlichen Notlösung. Geblieben ist nur der Name: Sozialismus. Spätestens mit dem einsetzen des European Recovery Program (vulgo: Marshallplan) im Jahre 1948 und der Erstellung der ersten Cocom-Listen im Jahre 1947 war aus der sozialistischen Zukunft in Osteuropa eine Gegenwart des Krisenmanagements geworden. Die Länder Westeuropas, bis 1939 wichtige Wirtschaftspartner der osteuropäischen Nationalstaaten, wurden via Marshallplan zur Einhaltung der Cocom-Verbotslisten und damit zur Embargopolitik gegenüber dem Osten verpflichtet. Die Sowjetunion und ihre osteuropäischen Verbündeten versuchten, aus der Not eine Tugend zu machen. Die Stalinsche Autarkiepolitik war weniger ein freiwilliger Akt, als eine Folge des Westembargos. Erst die Ideologisierung dieser Politik der Abschottung bildete dann für Länder wie Ungarn, Polen, Bulgarien und Rumänien die Grundlage ihrer Industriepolitik. Alle Kraft wurde in einen nationalstaatlichen schwerindustriellen Aufbau gesteckt, um die vor 1939 getätigten Westimporte substituieren zu können. Diese Phase der Importsubstitution erinnert ökonomisch an Brasilien zu Zeiten von Vargas und Argentinien zur Zeit Perons. Dort allerdings stand der nationale Wirtschaftsaufbau im Dienste der lokalen Bourgeoisien, während die Nachkriegsregime zwischen Berlin und dem Balkan eben diese ausschalteten.

Die planmäßige wirtschaftliche Dynamisierung zeigte - unterbrochen durch eine Krise Mitte der 50er Jahre - bis Ende der 60er Jahre Erfolg. Rumänien und Bulgarien konnten zwischen 1955 und 1970 das Pro-Kopf-Einkommen ihrer ProletarierInnen vervierfachen, in Ungarn und Polen verdreifachte es sich, während in der BRD, der Schweiz und Österreich das Pro-Kopf-Einkommen im selben Zeitraum um 250 Prozent anstieg. Die Schere zwischen West- und Osteuropa wurde kleiner.

Gleichzeitig riefen die ProduzentInnen des kleinen osteuropäischen Wirtschaftswunders nach mehr Konsum und Freiheit. Kohle und Stahl konnte man nicht essen, die Zeitungen nicht lesen. Von Land zu Land unterschiedlich begannen die Ökonomen auf eine Reform der Schwerindustrie-orientierten Planwirtschaft zu setzen. Ungarn ging am weitesten. Dort gab es ab dem Jahre 1968 keine Fünf-Jahres-Pläne mehr. Komplizierte Eigentumsformen, die sowohl dem Staat, wie auch den ArbeiterInnen des jeweiligen Betriebes Einfluß zubilligten, sollten einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung bringen. Das Ziel von Kadar, Gierek und Dubcek war es, die Massen der ProduzentInnen am Wohlstand zu beteiligen. Die politische Macht wollte sich - außer der tschechoslowakischen KP bis August 1968 - niemand streitig machen lassen. Das Ende des Prager Frühlings war dann das Signal für eine spezifisch osteuropäische Form der Sozialpartnerschaft, wie sie vor allem in Polen, Ungarn, aber auch in Bulgarien und - zeitweise - in Rumänien Fuß faßte: *Unbestrittene Parteiherrschaft bei gleichzeitiger sozialer Befriedung des Volkes.*

Kadarismus hieß der Idealtypus dieser Herrschaftsform, die in der DDR zur biedermeierlichen "Nischengesellschaft" führte, in Polen zum Kleinkapitalismus, in Ungarn zum "Gulaschkommunismus" und auch auf dem Balkan zu einer politisch entrechteten, aber wirtschaftlich satten Bevölkerung.

Neben den ökonomischen Modernisierungserfordernissen war es nicht zuletzt die soziale Erwartungshaltung, die die Staats- und Parteiführungen dazu verleitete, ab Anfang der 70er Jahre billiges Geld auf dem Weltkapitalmarkt aufzunehmen. Die Hoffnung ähnelte jener in Brasilien, Argentinien und Mexiko. Mit billigen Krediten wollte man auf dem Weltmarkt konkurrenzfähige Wirtschaftszweige aufbauen, um die Nachfrage nach westlichen Konsum- und Produktionsgütern durch eigene Erzeugung zu ersetzen. Die Kredite sollten durch vermehrte Westexporte zurückgezahlt werden, die erwarteten Gewinne hoffte man - im Falle Osteuropas - zum weiteren Ausbau des spezifisch sozialpartnerschaftlichen Konsummodells verwenden zu können.

Längst wissen wir, daß zehn Jahre später die Schuldenfalle zugeschnappt ist. Geld wurde, unter anderem wegen des "militärischen Keynesianismus" in den USA, teuer. Die Planer im Osten hatten die tech-

In Mark und Pfennig BMZ-Topf wird für Osteuropa aufgestockt

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) will zusätzlich zur Förderung der "traditionellen Entwicklungsländer" finanzielle Mittel zur Unterstützung der Reformstaaten in Osteuropa zur Verfügung stellen.

Für 1990 wurden 10 Mio. Mark für Projekte in Ungarn und Polen bereitgestellt. Um die Arbeit längerfristig zu sichern, stehen zur Projektbetreuung bis 1993 weitere 45 Mio. Mark bereit.

Im Haushalt 1991, über den jetzt im Bundestag debattiert wird, sollen mit 19,8 Mio. Mark neben den Ländern, die sich schon 1990 zu radikalen Reformen bereit erklärt haben, auch die CSFR, Rumänien und Bulgarien bedacht werden.

Ziel des BMZ-Programms: die Förderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung in den Ländern Osteuropas, in denen bereits konkrete Schritte zur Strukturanpassung durch die EG, IWF und Weltbank gefördert werden.

Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung wurden 1990 mit rund 1,5 Mio. Mark gefördert. Die Seminare richteten sich nur an leitende Angestellte oder Personen, die in der Management-Ebene osteuropäischer Unternehmen beschäftigt sind. Maßnahmen zur Verbesserung der Lehrlingsausbildung in Polen und Ungarn wurden "aus Mangel an Mitteln" (Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage von Bündnis 90/ Die GRÜNEN) im Etat nicht berücksichtigt.

Von der Qualitätssicherung im Maschinenbau bis zum Umweltschutz in der Industrie - durchgeführt werden diese Seminare unter anderem vom TÜV Rheinland, dem Verein unabhängig beratender Ingenieure (VubI) oder der Deutschen Stiftung für Entwicklung (DSE).

Zur Förderung der Sozialstruktur wurden 1990 ebenfalls 1,5 Mio. Mark bereitgestellt. Über die Regenbogenstiftung wird so zum Beispiel der polnische ECOLAND-Verband gefördert, der "zukunftsweisende Ernährungskonzepte vertritt und in Fragen des ökologischen Landbaus" beraten möchte. Daneben fördert der Regenbogen-Stiftungsverband das Warschauer Büro einer bislang unbekannten Gefangenenhilfsorganisation PATRONAT.

Ganz anders die übrigen Parteistiftungen, die den Löwenanteil von 3,5 Mio. Mark aus dem 90er BMZ-Topf erhielten. Während die Hans-Seidel-Stiftung der CSU und die Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU sich ihre Kontakte zur konservativen Regierungspartei Ungarisch-Demokratisches Forum (UDF) fördern lassen, berät die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP in Sachen Wirtschaftspolitik und betreibt mit dem Danziger Forschungsinstitut für Marktwirtschaft und Eigentumsrechte ganz praktische Entwicklungshilfe in Sachen Deregulierung, Arbeitslosigkeit und Verelendung.

Den letzten großen Posten 1990 erhielten deutsch-ungarische Handwerkskammer-Patenschaften. Mit mehr als 2 Mio. Mark sollen über diese Kontakte privatwirtschaftlich Strukturen in dem ungarischen Partnerland gefördert werden.

hh

Dokumentation

ERKLÄRUNG

" Morgens hörst du die Nachrichten: "Bundesinnenminister Schäuble schlägt vor, daß die west- und osteuropäischen Länder eine abgestimmte und umfassende Abwehrstrategie gegen die Einreise von Flüchtlingen entwickeln sollen."

Du gehst beim Bäcker vorbei. Im Laden hörst du, wie die Verkäuferin zur Kundin sagt: "Da muß man aufpassen, die klauen doch immer." Sie meint einen Mann mit schwarzer Hautfarbe, der vor dem Ladenregal steht.

Mittags schlägst du die Zeitung auf und liest die Überschrift:

"Brandanschlag auf Flüchtlingswohnheim. Einige BewohnerInnen wurden mit Rauchverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert."

Du fährst in die Stadt. Unterwegs triffst du eine kurdische Genossin. Sie erzählt dir, daß ihre vor einer Woche abgeschobene Freundin in der Türkei festgenommen wurde. Sie haben sie mehrere Tage gefoltert. Abends gehst du in deine Szene-Kneipe. Dort hängt ein Plakat: "Internationales Fest für Völkerverständigung mit ausländischem Essen und afrikanischer Trommelmusik."

Dies ist sicherlich nur ein Ausschnitt von dem, was wir täglich hören, lesen und sehen. Beispiele für den alltäglichen Rassismus und Vernichtungswillen, dem die hier lebenden Flüchtlinge und ImmigrantInnen permanent ausgesetzt sind.Situationen, die auch bei uns Wut und Haß gegen die dafür Verantwortlichen hervorrufen.

Doch durch unsere politische Arbeit wissen wir, daß Betroffenheit alleine keine ausreichende Grundlage für kontinuierliches politisches Handeln ist. Denn erst das Analysieren der Herrschaftsverhältnisse, daß z.b. Rassismus ein integraler Bestandteil der imperialistischen Ausbeutung ist und da diese durch die rassistische Sozialisation jeder und jedes einzelnen gesellschaftlich abgesichert wird, macht es uns möglich, Ansatzpunkte für revolutionären Widerstand zu finden. Hinzu kommt, daß Betroffenheit alleine dazu führen kann, in Flüchtlingen und Immigrant/inn/en nur die Opfer zu sehen, anstatt auch ihren tagtäglichen Widerstand gegen die hier bestehenden Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse wahrzunehmen.

Es ist notwendig, daß wir unsere rassistische Sichtweise ablegen und unseren Blickwinkel erweitern: Ob in überfüllten Sammellagern oder auf Dörfern in der Ex-DDR, ob auf Ämtern oder auf der Straße - überall kämpfen sie gegen ihre Diskriminierung und für ein menschenwürdiges Leben. Sie organisieren sich und machen Demonstrationen, Besetzungen, Hungerstreiks und andere Protestaktionen.

HERRSCHAFTSABSICHERUNG AUF UNTERSTER EBENE

Die Ausländerbehörde spielt für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en eine zentrale Rolle. Permanent sind sie mit dem institutionalisierten Rassismus dieser Behörde konfrontiert.

Auf der Grundlage des Ausländergesetzes und anderer Sondergesetze wird hier über Aufenthaltsstatus, Arbeitserlaubnis oder Ausweisung entschieden. Neben diesem in Gesetze gegossenem Rassismus treffen Flüchtlinge und Immigrant/inn/en auf den Rassismus der Schreibtischtäter/innen und müssen sich gegen deren Willkür, Schikanen und Erniedrigungen zur Wehr setzen. Die Beamt/inn/en spielen in vielen Fällen ihre Macht aus, z.B. wenn sie Flüchtlingen die notwendige Erlaubnis zum Besuch von Familienangehörigen in einem anderen Landkreis verwehren. Immer bleibt Flüchtlingen und Immigrant/inn/en das Gefühl, hier nicht erwünscht zu sein, den herrschenden Normen in den Metropolen nicht zu entsprechen, weil sie bestimmte Kriterien nicht erfüllen: sei es die richtige Hautfarbe oder das richtige Geschlecht, sei es ausreichender Wohnraum oder die angepaßte politische Überzeugung, sei es die falsche Kultur oder Religion, sei es die unbrauchbare Arbeitskraft oder die Herkunft aus dem Trikont. Die Mechanismen zur Absicherung der imperialistischen, rassistischen, patriarchalen Herrschaft greifen auf unterster Ebene: Die Beamt/inn/en selektieren Flüchtlinge und Immigrant/inn/en nach deren Verwertbarkeit. Die Beamt/inn/en kontrollieren deren Alltag und politische Aktivitäten. Die Beamt/inn/en leiten die Abschiebung ein, wenn Flüchtlinge und Immigrant/inn/en nicht oder nicht mehr verwertbar sind. Auch einzelne, sozial eingestellte Beamt/inn/en ändern nichts an der Tatsache, daß sie Handlanger/innen der imperialistischen Migrationspolitik sind.

DAS UNRECHT IST NICHT ANONYM. ES HAT EINEN NAMEN UND EINE ADRESSE. (BRECHT)

Z.B. das Ausländeramt in der Steinbeisstraße in Böblingen.Am 22.8.91. haben wir bei diesem Amt einen Sprengsatz gezündet.

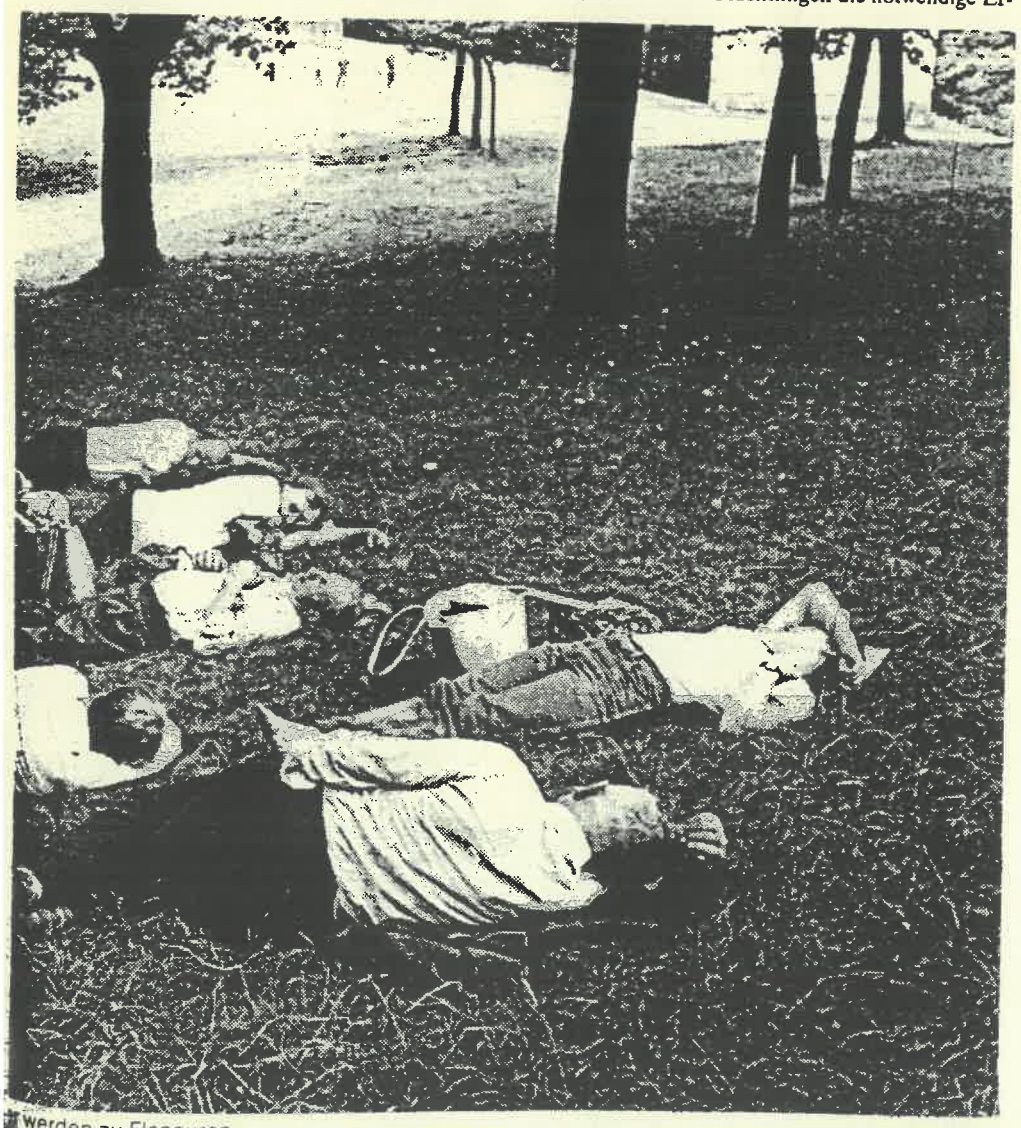
Mit der Einführung des neuen Ausländergesetzes am 1.1.91 eröffneten die Herrschenden in der BRD eine neue Etappe gegen die Menschen aus Nicht-EG-Ländern. Es ist die Gründlage für die am 3.Mai auf der Innenministerkoferenz beschlossenen Abschiebungen von De-Facto-Flüchtlingen. Über 50.000 Menschen, die bisher "wegen der besonderen Lage im Heimatland" aus humanitären Gründen in der BRD geduldet wurden, sollen jetzt wieder der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt werden. Gegen die angekündigten Massenabschiebungen regte sich überwiegend aus dem humanistisch-christlichen Spektrum Protest, der dazu beigetragen hat, daß es am 15.Juli zu einer erneuten Innenministerkonferenz kam. Die Herrschenden änderten die Modalitäten der Abschiebungen und einigten sich auf eine Salamitaktik. Der bisher praktizierte generelle Abschiebestopp für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern wurde beseitigt. Flüchtlinge sollen, je nach Herkunftsland, zeitlich versetzt abgeschoben werden. Daß diese Politik jetzt nur noch die ab dem 1.1.89 eingereisten De-Facto-Flüchtlinge betreffen soll, ändert nichts am Zynismus der BRD, Menschen überhaupt in Krisen- und Kriegsgebiete abzuschieben. Diese aktuelle Regelung entspricht voll und ganz den bürokratischen und organisatorischen Möglichkeiten der Abschiebebehörden. Wir sehen dahinter das Ziel, das reformistische und christliche Spektrum zu beruhigen und den gemeinsamen solidarischen Widerstand der Betroffenen zu spalten und zu isolieren. Den von Abschiebung bedrohten De-Facto-Flüchtlingen bleibt nur noch die Möglichkeit der Einzelfallprüfung. Etliche wissen, daß dieser Weg aussichtslos ist und reisen stattdessen "freiwillig" aus, bzw. versuchen illegal in ein anderes Land zu kommen.

KRIEG GEGEN DIE IMMIGRANT/INN/EN UND FLÜCHTLINGE

ABSCHOTTUNG UND SELEKTION

Innerhalb der EG wird es für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en schon vor dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens (1) zunehmend schwerer, sicher zu leben. So will z.B. Frankreich rigoros gegen legale und illegale Flüchtlinge vorgehen und über 70.000 von ihnen abschieben. Ein französischer Regierungssprecher nennt diese Politik gegen die illegalen Immigrant/inn/en konsequenterweise Krieg.

Es ist ein Krieg in Italien, der mit brutalster Härte gegen albanische Flüchtlinge geführt wird. Die italienischen Behörden schrecken nicht davor zurück, tausende von Menschen im Stadion von Bari zu internieren, um sie dann zu deportieren. Durch die absichtliche ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln, die miserable ärztliche Betreuung und den Einsatz von Waffen, haben sie Verletz



werden zu Flaneuren

te und Tote in Kauf genommen.

Es ist ein Krieg, der Flüchtlinge oft schon umbringt, wenn sie z.B. aus dem Maghreb unter lebensgefährlichen Bedingungen übers Meer nach Spanien fliehen müssen. An den Grenzlinien zwischen Nord und Süd wird der Krieg bald die Form des Krieges der USA annehmen, die schon jahrelang am Rio Grande auf die Immigrant/inn/en aus dem Süden schießen.

Inzwischen ist überall in den Metropolenstaaten offensichtlich, wie dieser Spezialkrieg aussieht und sich entwickeln wird. Die bürgerlichen Medien verbreiten im Sinn der Herrschenden das Schreckensszenario von einer "Flüchtlingsflut", als ob nicht bekannt wäre, daß die Mehrheit der Migrant/inn/en (80% davon sind Frauen und Kinder) innerhalb des Trikonts selbst flüchten. Nur ein geringer Teil der Menschen, die auf der Flucht sind, kommen bis nach Europa. Genauso bekannt ist, daß die imperialistische, patriarchale und rassistische Ausbeutungspolitik der Metropolenländer zur massiven Zerstörung der Subsistenzwirtschaft im Trikont beiträgt. Das ist eine der Hauptursachen für die weltweite Migrationsbewegung.

Die Folgen dieser Zerstörung treffen Frauen und Männer unterschiedlich. Frauen haben im Gegensatz zu Männern weit weniger die Möglichkeit zu Lohnarbeit in weiter entfernten Ländern oder anderen Kontinenten. Sie sind weniger mobil, weil sie die Versorgung der Familie leisten müssen. Wenn sie flüchten, flüchten sie zumeist in Nachbarregionen oder in angrenzende Länder, vegetieren in Flüchtlingslagern dahin oder versuchen ihr nacktes Überleben in den Großstadtslums zu organisieren. "Bestenfalls" werden die jüngsten und gesündesten von ihnen in den Weltmarktfabriken vernutzt. Vielen Frauen bleibt oft nichts anderes übrig als sich als Prostituierte über Wasser zu halten. Nicht selten müssen sie sich an weiße Sextouristen verkaufen.

Erst in den letzten Jahren kommen aus bestimmten Trikontländern und Osteuropa mehr Frauen als früher in die reichen Metropolen. Hier erwartet sie eine patriarchale Gesetzgebung, die sie zum rechtlosen Anhängsel der (Ehe-)Männer macht, und ein sexistisches Klima, das sie zwingt, sich und ihren Körper für die rassistisch-sexistischen Interessen weißer Männer zu prostituieren. Die Frauen haben auch in den Metropolen die Aufgabe, "ihre" Männer zu reproduzieren. Frauenspezifische Fluchtgründe werden im Asylverfahren nicht anerkannt. Als Ehefrauen erhalten sie kein eigenständiges, gesichertes Aufenthaltsrecht.

Nur wenige Frauen und Männer haben das oft zweifelhafte Glück, den Weg in den reichen Norden zu schaffen. Sie sind die sinnlich erfahrbare Rückwirkung (2) der Folgen der imperialistischen Ausplünderung, der ökologischen Zerstörung und der dadurch entstehenden Kriege und Befreiungskämpfe.

Dazu schreiben Immigrant/inn/en:"Heute, wo fast 20 Millionen ImmigrantInnen in den europäischen Staaten leben, kann niemand mehr die Realität verdrängen, daß aus der Armut eine Völkerwanderung stattfindet: zu dem Reichtum.

Ursachen für diese Völkerwanderung sind 500jährige Kolonialgeschichte, neue kolonialistische und gegenwärtige Export- und Kriegswirtschaft. Aufgrund dieser jahrhundertelangen kolonialistischen und imperialistischen Ausbeutungspolitik herrscht im größten Teil der Welt Hunger und Armut. Und aufgrund dieser Politik sind die in den Metropolen lebenden Menschen privilegiert und leben im Wohlstand. Deshalb sind die Menschen, die aus der Armut zu dem Reichtum immigrieren, berechtigt, hierzubleiben. EGAL, AUS WELCHEM GRUND SIE DA SIND. Diese Migration ist als eine Art Kriegsführung zu verstehen. Gegenüber den Armutsverursachern und als eine Art Manöver, um vorzuzeigen, daß sie berechtigterweise Anspruch auf die jahrhundertelang geraubten Güter geltend machen werden." (aus: radikal 142)

Diese alte "neue" Weltordnung, die jetzt gegenüber den Flüchtlingen und Immigrant/inn/en die letzten Masken fallen läßt, zeigt offenkundig für jede/n, die und der es sehen will, wie der imperialistische Weg als globales Modell faktisch funktioniert. Der Status quo kann in den reichen, relativ befriedeten Metropolen nur abgesichert werden, wenn 3/4 der Welt abgehängt werden. Systematische Verelendung und Vernichtung sind das Prinzip. Daß hierbei inzwischen etliche Länder und halbe Kontinente als Ausschuß betrachtet und abgeschrieben werden, juckt die wenigsten Metropolenbürger/innen.

In Europa setzt die BRD-Politik den Maßstab für den Abwehrkrieg, den andere europäische Staaten übernehmen müssen. Die Herrschenden bereiten sich darauf vor: rechtlich, politisch, ideologisch, militärisch.

Sie werden sich die menschlichen Rosinen, sprich (aus-)gebildete, leicht integrierbare Menschen aus dem Trikont und zukünftig auch aus der Sowjetunion und Osteuropa herauspicken und den Rest, sofern nicht kurzfristig verwertbar, abschieben.

Reuter von Daimler-Benz und Geißler von der CDU sind sich gegenüber der deutschen und europäischen Rechten einig: "Einwanderung im richtigen Maße" ist die Zukunftsparole. Welches Maß das ist, können wir uns denken. Flüchtlinge und Immigrant/inn/en sind dann kein Problem, wenn sie sich kontrolliert für die Absicherung des "Beutemachenden-Lebensstils" einsetzen lassen. Ob als billige nicht aufmuckende Hamburgerproduzent/in/en bei McDonalds, ob als tschechslowakische oder polnische Saisonarbeiter/inn/en in Bauwesen, Landwirtschaft und Gastronomie, ob als zwangsarbeitende Flüchtlinge für 2,50 DM die Stunde im bayerischen Wald, ob als erotisch-exotische Prostituierte und/oder Hausfrauen oder ob sie als Unterhaltungskünstler/innen den öden deutschen Alltag bereichern, so sind sie willkommen.

Der Selektionskatalog ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Abschottungs- und Abschiebepolitik. Europaweit werden Flüchtlinge und Immigrant/inn/en aussortiert, gezielt eingesetzt, geschlechtsspezifisch vernutzt, ausgetauscht und kontrolliert. Es ist wichtig, daß ihre potentielle Verwertbarkeit schnell genug herausgefunden werden kann - die europäischen Selektionsexpert/inn/en stehen schon bereit.

Wer aussortiert wird, wie z.B. die Roma, gelangt in Zukunft kaum wieder in die reichen europäischen Metropolenländer. Roma sind immer die letzten, die hier gebraucht werden und erwünscht sind, und sie sind immer die ersten, die abgeschoben werden.

So funktioniert neben dem Sexismus ein sich multikulturell gebender, aber knallhart kalkulierender Rassismus als Herrschaftsinstrument.

DIE HILFLOSIGKEIT DER LINKEN

Immigrant/inn/en und Flüchtlinge, die hierher kommen, handeln im Sinne der Wiederaneignung ihrer Lebenschancen, ihrer Gesundheit und ihrer Würde. Das ist den Herrschenden, im Gegensatz zur metropolitanen Linken, längst klar. Dazu schreiben die Immigrant/inn/en:"Aber leider kann der größte Teil der antiimperialistisch und antikapitalistisch gesinnten Linken in diesem Land diesen antiimperialistischen Ansatz nicht verstehen. Dieser Migrationsprozeß, der aus der Vertreibung und Entwurzelung von Millionen resultiert, der auch als Rache der Enterbten und als Kampfansage gegen das Kapital verstanden werden soll, läßt die deutsche Linke in Hilflosigkeit und Lähmung fallen." (aus: radikal Nr. 142)

Wenn sich die Linke "nur" über die Abschiebeseite der Migrationspolitik entrüstet und die Seite der selektiven Verwertung in ihrem postmodernen Lebensstil ausblendet, trägt sie damit ihren Teil zur Zementierung der globalen Ausbeutungsverhältnisse bei. Der "Gewinn", der immer noch abfällt, korrumpiert und vernebelt den Blick gegenüber den patriarchalen, rassistischen und imperialistischen Interessen. Er läßt den Protest gegen Abschiebungen als Krokodilstränen daherkullern und lähmt die Entwicklung eigener radikaler Handlungsansätze.

WAS TUN? WAS TUN!

Die Entscheidung, der herrschenden imperialistischen Flüchtlingspolitik Widerstand entgegenzusetzen, ist eine praktische Konsequenz aus unserem antiimperialistischen Verständnis. Denn die Solidarität endet nicht bei der Unterstützung von Befreiungsbewegungen, sondern zeigt sich auch in unserer praktischen Solidarität mit den Flüchtlingen und Immigrant/inn/en hier. Sie findet ihren notwendigen Ausdruck im Angriff auf die Verantwortlichen für die Ausländergesetze, auf die Schreibtischtäter/innen, Abschiebeschweine und Gesetzesvollstrecker/innen mit weißen Kragen.

Antiimperialismus hat zwar immer eine wesentliche Rolle in linker Theorie und Praxis gespielt, aber die patriarchalen und rassistischen Grundlagen der weltweiten Ausbeutungsverhältnisse sind erst in den letzten Jahren ansatzweise Bestandteil im linksradikalen Spektrum geworden.

Wir kämpfen für eine herrschaftsfreie Gesellschaft. Dazu müssen wir die verschiedenen Unterdrückungsformen und die gesellschaftlichen Widersprüche benennen, die wir abschaffen wollen. Mit Freiheit verbinden wir die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen weltweit und das Ende aller patriarchalen und rassistischen Gewaltverhältnisse.

Wir werden hier als weißer Zusammenhang für antirassistische Lebensvorstellungen kämpfen und das in einer eigenständigen Auseinandersetzung und politischen Praxis umsetzen. Dabei gibt es für uns nach wie vor mehr Fragen als fertige Antworten. Unser Ausgangspunkt, unser politisches Ziel und unsere politische (Alltags-)Praxis müssen sich deshalb immer wieder der Diskussion stellen und hinterfragen lassen. Unsere Glaubwürdigkeit ergibt sich nicht nur aus Schreibtischanalysen sondern entscheidend auch aus unserer Praxis.

Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen und Immigrant/inn/en und beziehen dabei Position. Fehler und Widersprüche werden sich immer wieder herausstellen.

Wir kämpfen nicht stellvertretend für Flüchtlinge und Immigrant/inn/en, doch wir haben die Hoffnung, daß wir perspektivisch eine politische Kraft entwickeln, gemeinsam mit ihnen, genauso wie mit anderen gesellschaftlichen Gruppen.

Eigenständige Organisierung und Praxis sehen wir als Basis für diese Perspektive. Wie die Zusammenarbeit aussehen kann, ob in Bündnissen oder in gemischten Zusammenhängen, wird sich zeigen. Für uns stellt sich die Frage, was wir dazu beitragen können, und welche Voraussetzungen wir von unserer Seite aus schaffen müssen. Als weiße Linke und als weiße Feministinnen profitieren wir von rassistischer Unterdrückung und wir wissen, daß es nicht ausreicht, die Vorteile, die uns dieses System bietet, zurückzuweisen und so zu tun, als ob wir uns einfach auf die andere Seite stellen könnten. Als weiße Männer und Frauen müssen wir uns bewußt machen, daß wir in einer langen Geschichte von kolonialistischer und imperialistischer Ausplünderung der Welt und dem vielfältigen Widerstand der Menschen dagegen stehen.

Wir sehen die schwierige, aber unumgängliche Aufgabe, und dieses historische Erbe genau aus unserer Situation als metropolitane Linke aufzuarbeiten und kritisch anzueignen.

Es ist ein theoretischer und praktischer Prozeß, der nicht individuell, glatt und platt gelingen kann, sondern mit Menschen aus dem antiimperialistischen Widerstand, mit Flüchtlingen und Immigrant/inn/en allmählich erarbeitet werden muß. So kann internationale Solidarität lebendig werden und indem sie praktisch wird, können wir sie gegen die Verantwortlichen für die imperialistische Zerstörung richten, ohne unsere metropolitane Geschichte zu verleugnen.

Aus diesem internationalistischen Verständnis heraus verstehen und erleben wir die Abschaffung rassistischer Spaltungs-, Ausbeutungs- und Herrschaftsmechanismen als Teil unserer eigenen Befreiung und als Teil der Befreiung von sämtlichen Machtstrukturen. Es wird ein langer widerspruchsvoller Weg sein, zu dem es keine Alternative gibt.

Es geht darum, die alltägliche Gewöhnung an rassistische und sexistische Übergriffe zu durchbrechen, uns zu sensibilisieren und schlagkräftig zu werden auf allen politischen Ebenen. Das bedeutet, auch die ausländerbehördliche Praxis vor Ort aus dem Schatten der Anonymität zu reißen, die Orte des rassistischen Alltags, der vielen Flüchtlingen und Immigrant/inn/en gerade dort begegnet, ans Licht zu bringen und anzugreifen. Die Arbeit der Abschiebeschweine muß be- und verhindert werden, wo es uns möglich ist. Wir wissen, daß sich im Moment nur wenige Menschen hier in den Metropolen mit Flüchtlingen und Immigrant/inn/en solidarisieren.

Doch unser Kampf hat zum Ziel, genau diese Solidarität zu entwickeln, um damit den Herrschenden ihre Spaltungs- und Ausbeutungswerkzeuge zu entreißen.

RZ" 22.08.91

Anmerkungen der Redaktion:

1. Das Schengener Abkommen wurde am 14.Juni 1990 von der BRD, Frankreich, Belgien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet.

2. Flüchtlinge als eine für MetropolenbürgerInnen "sinnlich erfahrbare Rückwirkung" zu bezeichnen, erscheint uns rassistisch.

Listen 24, 1991

Listen 24, 1991

24

„Der militante Neofaschist Michael Kühnen trainiert im Frankfurter Stadtwald ein ‚internationales Freiheitskorps' für den Kampf an der Seite Iraks ‚gegen den US-Imperialismus'." So steht es auf Seite 137 des bei Tiamat erschienenen Sammelbandes *Liebesgrüße aus Bagdad*, der den „edlen Seelen der Friedensbewegung" heimleuchten will, heim ins innere Reich, wo sich Friedensfreunde und Neonazis Gutenacht sagen.

Zu dem Zeitpunkt, an dem das Buch in den Buchhandel kam, hatte nicht nur der Irak die schweren Waffen gestreckt, auch der Kampfgefährte Kühnen lag bereits unterm Rasen, gestorben an Aids. Ob er kurz vor seinem Tod noch in der Lage war, mit seinen Kumpanen im Wald zu trainieren, weiß ich nicht; ich bin kein Spezialist für die Neonazi-Szene, wußte aber irgendwoher schon seit langem, daß Kühnen an Aids erkrankt war, und sah deshalb im Fernsehen zu Beginn des Golfkriegs anstelle des wilden Irakkämpfers einen Toten auf Urlaub. Daß er in diesem Buch weiterlebt und sich ungebrochener Kampfeskraft erfreut, scheint mir nicht nur ein unglücklicher Zufall zu sein, der mit der langsamen Buchproduktion zusammenhängt; es erhellt den kuriosen Anachronismus, der in dieser Buchveröffentlichung steckt.

Jean-François Kahn, der Herausgeber des Pariser Wochenmagazins *L'événement du Jeudi*, das die Beteiligung Frankreichs am Golfkrieg befürwortete, hat sich gleich nach dem Waffenstillstand bei seinen Lesern entschuldigt: Man habe ihnen, gestützt auf Informationen der Militärs, ein falsches, die öffentliche Meinung manipulierendes, weit übertriebenes Bild von der irakischen Schlagkraft vermittelt. In dem Band *Liebesgrüße aus Bagdad* gleichen die Iraker immer noch unverändert den Deutschen von 1938 bis 1945, „äußern Millionen von Arabern den Wunsch, für Saddam Hussein zu sterben". Für die Buchveröffentlichung hat Enzensberger seinem berühmten *Spiegel*-Essay ein Postscriptum angefügt, in dem er noch einmal bekräftigt, daß die Gleichsetzung Saddam Husseins mit Hitler völlig gerechtfertigt ist. Kein Wort über die am Ende des Golfkriegs unübersehbare Tatsache, daß sich das Gros der irakischen Soldaten in der Anomalität dieses Krieges viel normaler verhalten hat, als Enzensbergers Theorie in Übereinstimmung mit der irakischen Propaganda vermuten ließ, daß es weit mehr dem Selbsterhaltungstrieb gehorchte als todessüchtigem Fanatismus. Der Krieg geht hier weiter, die Neonazis sind immer noch damit beschäftigt, den Friedensbewegten beizuspringen, und können sich weniger um Asylbewerber und Polen kümmern.

So wie sich Deutschland im Angesicht des Golfkriegs gedreht und gewendet hat, sei es „in vieler Hinsicht kein westliches Land", schreibt Cora Stephan und ist sich mit anderen Autoren darüber einig, daß sich hinter der deutschen Ablehnung der Kriegführung am Golf Rancune gegen die von den westlichen Verbündeten verkörperten Traditionen verbirgt. Ich frage mich nur, was für ein Nachdenken mit dieser Kritik in Gang gebracht werden soll, wenn ihre Form selbst aus jener Zivilisation des „Westens" herausfällt, an der sie sich aufzurichten glaubt. Statt mit der Bereitschaft zur Selbstkorrektur ein Beispiel intellektueller „Zivilität" zu geben, halten die Autoren stur an der einmal zu Papier gebrachten Entrüstung fest, offensichtlich davon überzeugt, daß keine sich verändernde Tatsachenlage auf ihre Prinzipienfestigkeit Einfluß haben kann. In ihrer Polemik ist es jedoch das dogmatisch Prinzipielle der anderen, das sich so düster deutsch von der beweglichen Rationalität „des Westens" abhebt.

Mit Schaum vor dem Mund und entsprechend großzügig im Umgang mit historischen Fakten hält Jörg Friedrich noch einmal eine Lektion in Sachen Appeasement und Münchner Abkommen. Der „Pazifismus der Appeaser", doziert er, mit Fingern auf die Appeaser von heute zeigend, habe zusammen mit Hitlers Vernichtungswut „mehr Menschenleben gekostet als alle vorigen Kriege zusammen". Was fällt einem Kommentator aus dem französischen Nachbarland ein, wenn er am Ende des Golfkriegs an München 1938 denkt? Er weiß unter anderem, weil er die Memoiren Edouard Daladiers gelesen hat, daß Hitlers Verhandlungspartner kein Pazifist gewesen ist. Er fragt sich hingegen, ob François Mitterrand im Blick auf seine während des Golfkriegs steil ansteigende Popularitätskurve nicht manchmal an Daladier gedacht hat, der „bei seiner Rückkehr aus München, vom Beifall der Pariser Massen empfangen, zwischen den Zähnen hervorstieß: „‚Ach, die Arschlöcher'. Frankreich wird zweifellos weniger Zeit brauchen als 1938, um zu begreifen, daß es in diesem Krieg die Rolle des Düpierten spielte." (Jérôme Lindon in *Le Monde*, 3.5.1991)

Ein Nach-Denken der um den Golfkrieg entbrannten Kontroverse verkneift sich der Band *Liebesgrüße aus Bagdad*, obwohl nichts dringender gebraucht würde als ein Denkanstoß, der die zwischen Aufschrei und Verstummen verdeckten Verkrampfungen lösen hilft. Der Krieg ist in ihm auch insofern nicht zu Ende, als nur eine einzige Seite im Recht ist, die eigene. Spricht etwas für die Wiederveröffentlichung dieses Dutzends Artikel in Buchform außer dem praktischen Gesichtspunkt, daß man jetzt ein paar *Spiegel*-Nummern und fliegende Zeitungsblätter endlich in den Papiercontainer stecken kann? Seine Publikation erscheint mir dennoch nicht überflüssig, weil der Band dazu anregen kann, aus der Distanz ein paar der Nachfragen zu stellen, die sich die selbstsicheren Autoren selbst ersparen.

Über das Für und Wider des Golfkriegs ist überall gestritten worden — wie aber erklärt sich die gnadenlose, vor keiner moralischen Verdächtigung zurückschreckende Heftigkeit, mit der die Kontrahenten in Deutschland aufeinander einschlugen, so daß es aussah, als stünde ihnen selbst der Krieg ins Haus? Hinter dem Streit zwischen dem, was das Medienetikett verfälschend „Pazifismus" und „Bellizismus" nannte, tobte in der Tat ein Kampf: nicht um Krieg und Frieden, sondern um die raison d'être, von der die nach dem Zweiten Weltkrieg aufgewachsene Generation in scheinbarer Eintracht politisch gelebt hat. Der Schwur der befreiten Buchenwaldhäftlinge: „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" war ihre Grundformel, auch wenn der „Faschismus" im Westen Deutschlands vielfach durch „Auschwitz" abgelöst wurde, das politisch irreduzible Symbol des reinen Vernichtungsverbrechens.

Die Raketenangriffe des Irak auf Israel wurden in Deutschland deshalb als Attacke auf die eigene raison d'être empfunden und, je nach dem, entweder heruntergespielt oder in ihrer Bedeutung maßlos aufgebläht, weil sie die Einheit der antifaschistischen Formel in Frage stellten. Die aus „nie wieder Auschwitz" zu ziehenden Folgerungen konnten auf einmal zu „nie wieder Krieg" in Widerspruch geraten. Solange die Möglichkeit nicht auszuschließen war, daß Saddam Hussein in Israel mit Giftgas ein Desaster anrichtet (dem dann allerdings nicht nur israelische Juden, sondern auch israelische Araber zum Opfer gefallen wären), zerriß die Verbindung zwischen den beiden Grundelementen des antifaschistischen Nachkriegsbewußtseins. Die Verhinderung einer Wiederholung von Auschwitz konnte auf einmal verlangen, die absolute Kriegsgegnerschaft hintanzustellen. In einer lange Zeit für völlig eindeutig gehaltenen Lektion wurde eine irritierende Ambivalenz sichtbar.

Daß darüber ein derart erbitterter Streit entbrannte, hängt, glaube ich, mit der Unfähigkeit zusammen, diese Ambivalenz anzuerkennen. Sie teilte sich alsbald in zweierlei Eindeutigkeiten auf, um die sich die entsprechenden Lager scharten. Jedes verdächtigte das andere des Verrats an der gemeinsamen Tradition. Das in *Liebesgrüße aus Bagdad* versammelte Lager hält sich selbstverständlich für moralisch wertvoller und historisch gewitzter als das Lager der Kriegsgegner, begeht aber den für Leute, die ihr überlegenes historisches Wissen ausspielen, schwer verzeihlichen Fehler, die Wahl *ihrer* Eindeutigkeit rückwirkend der Geschichte aufzunötigen. Eine Alternative zwischen Krieg und Auschwitz hat es zwischen 1939 und 1945 niemals gegeben, wohl aber einen realen Bedingungszusammenhang. Ohne den Nebel, den der Zweite Weltkrieg in Europa erzeugte und den der Eingriff der Alliierten ja nicht verscheuchte, hätte aus dem Rassenwahn der Nazis niemals die europaweit organisierte Ermordung der Juden werden können. Insofern besteht geschichtlich die enge Verbindung zwischen den beiden Teilen des Buchenwaldschwurs fort: Die Frage ist nur, inwieweit sein doppelter Imperativ noch dazu taugt, gegenüber einem derart komplexen Konflikt wie dem am Golf und darüberhinaus als universalisierbare Handlungsanweisung zu dienen.

Unendlich hilfreicher als die verdachtspsychologisch operierenden Rechthabereien von Henryk M. Broder, Eike Geisel und anderen (seltsamerweise ist der dem Verlag Tiamat verbundene Chefankläger Pohrt in dem Band nicht vertreten), erscheinen mir die Überlegungen, die Thomas Rothschild (in der Luchterhand-Flugschrift zum Golfkrieg) angestellt hat. Rothschild weist darauf hin, daß der Streit zwischen der einen und der anderen Option abstrakt moralisch nicht entscheidbar ist, sofern beide unterschiedlichen historischen Erfahrungen entsprechen. „Die Perspektive der nicht-jüdischen Deutschen ist die der angreifenden Großmacht", schreibt er. „Der Pazifismus ist das exakte Gegenbild des Militarismus, als dessen Negierung dialektisch mit ihm verknüpft und den gleichen Voraussetzungen verpflichtet." Die Perspektive der Juden dagegen ist „die der Schwächeren, die sich ihres Lebens erwehren müssen. Die historische Erfahrung der Juden ist es, daß es militärischer Aktionen bedurfte, damit sie nicht allesamt vernichtet wurden."

Warum hat es zwischen Günter Grass und dem israelischen Schriftsteller Yoram Kaniuk keinen Dialog gegeben? Weil Grass als Deutscher argumentiert, der aus seinen Erfahrungen den Schluß gezogen hat, daß er sein Land nie wieder als Militärmacht erleben will, und weil Kaniuk als jüdischer Israeli spricht, der miterlebt hat, daß sein Land militärischen Aktionen das Überleben verdankt, und sich eine Alternative dazu nicht vorstellen kann. Eine absolute Wahrheit gibt es nicht, es kann nur die Anstrengung geben, sich [illegible] der Erfahrungswelt der anderen hineinzuversetzen, daß ihre Einstellung von daher erklärbar wird und nicht als bloß verabscheuenswerte Geistesverwirrung erscheint.

Was sich während des Golfkriegs als Friedensbewegung in Deutschland zu Wort gemeldet hat, ließ wenig Bereitschaft erkennen, sich in historische Erfahrungen hineinzudenken, die sich von den Tätererfahrungen der Deutschen unterscheiden. Das hat die Option gegen den Krieg am Golf, für die es gute Gründe gab und nachträglich immer bessere gibt, so angreifbar gemacht. Die Autoren von *Liebesgrüße aus Bagdad* treffen dort etwas Richtiges, wo sie den Kriegsgegnern vorwerfen, sich als die einzig Guten und Anständigen darzustellen, die der ganzen Welt ein nachahmenswertes Beispiel zu bieten haben. Die Kritik trägt nur nicht weit, weil sie selbst dem deutschen Drang nach Anstand erliegt. In Eike Geisel, Jörg Friedrich, Cora Stephan und anderen begegnen uns nicht einfach bessere Deutsche, sondern die besten Deutschen, die es je gegeben hat, und die deutschen Besten.

Mit der vorausgegangenen Generation haben sie selbstverständlich nicht mehr das geringste gemein. Während die Nazigeneration, sofern sie nicht selbst an der Tat beteiligt war, die Juden gleichgültig ihrem Schicksal überließ, machen sie jetzt mit dem Vorsatz ernst, beim nächsten Mal entschlossen einzugreifen. Schützend stellen sie sich vor die Juden Israels, im aufgerüsteten Kopf die SCUDs abwehrend, die der zu Hitlers Wiedergänger erklärte Saddam Hussein abfeuern läßt. Aber nicht nur von den älteren Deutschen heben sie sich glänzend ab, sondern auch von den jüngeren. Wenn man ihren Worten Glauben schenken darf, sind das sogar die schlimmeren. Die Älteren bekannten sich wenigstens offen zu ihrem Judenhaß, die Jüngeren dagegen sind so feige, daß sie ihren Antisemitismus verstohlen hinter harmlos wirkender Friedensliebe verstecken. Kein Wort ist ihnen hart genug, um die Generation ihrer Kinder abwechselnd als einen Haufen Irrer oder als Bande von Geistesverbrechern zu behandeln. Woher nur diese auftrumpfende Gnadenlosigkeit, die jeden Ausdruck von Erschrecken und jeden falschen Zungenschlag als kriminelle Akte verfolgt? Von welcher göttlichen Instanz fühlen sich die deutschen Autoren des Bandes beauftragt, einen Gerichtstag zu halten, bei dem sie am Ende als die einzig Gerechten, Demokraten, westlich sozialisierten Europäer dastehen?

Die Kritik, die sich in *Liebesgrüße aus Bagdad* austobt, scheint mir selbst Teil des Symptoms zu sein, für dessen Analyse sie sich hält. Sie steht im Bann des gleichen Katastrophismus, den sie den Kritisierten um die Ohren haut. Was Enzensberger der „astronomische Preis" ist, den die Entfernung Saddam Husseins von der Erdoberfläche kostet, und die Aussicht auf das von den Habenichtsen des Orients entfesselte atomare Inferno, ist vielen Gegnern des Golfkriegs die Angst vor der ökologischen Katastrophe. Die Öko-Katastrophe wurde vor vielen Jahren schon im *Kursbuch* abgehandelt, sie gibt nicht mehr viel her; an ihre Stelle ist abwechslungshalber Auschwitz getreten. Weil sich am Tag des Kriegsausbruchs der Himmel über Frankfurt nicht verfinstert hat, kann Cora Stephan über eine Klimakatastrophe im Gefolge des Golfkriegs nur lachen. Mit Auschwitz aber ist es ernst, mit Auschwitz zwischen Tel Aviv und Jerusalem. Jeder Katastrophismus hat für mich etwas Obszönes. Daß jetzt aber Auschwitz und der Antisemitismus dazu herhalten müssen, ihm eine neue Variante zu verschaffen, finde ich unerträglich.

Das beste, das diesen *Liebesgrüßen* widerfahren kann, ist das Schicksal, das auch anderen Liebesgrüßen winkt: das gnädige Vergessen. Danach, wenn Kühnen endgültig aufgehört hat, unter dem Beifall von kerzenhaltenden Friedensdemonstranten für Bagdad zu trainieren, kann vielleicht ernsthaft diskutiert werden.

Lothar Baier

Klaus Bittermann u.a., Liebesgrüße aus Bagdad. Die „edlen Seelen" der Friedensbewegung. Edition Tiamat 1991. 160 S., DM 20,-

Das ursprüngliche „Recht auf Lostrennung"

Europas neue Staaten

Zwei Republiken Jugoslawiens – Slowenien und Kroatien – und mehrere der UdSSR beanspruchen seit längerer Zeit einen staatlichen Sonderweg. Die drei baltischen Republiken haben inzwischen den Durchbruch zur internationalen Anerkennung geschafft. Wie will die PDS mit diesen Veränderungen der Landkarte umgehen?

Wir schlagen vor, zur Souveränität der neu proklamierten Republiken eine akzeptierende, unter Umständen auch unterstützende Haltung einzunehmen. Es sollte von der PDS deutlich gesagt werden, daß keine Nation in einem Staatsverband gehalten werden sollte, in dem sie nicht freiwillig, nach dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung, bleiben will. Freiwillig werden Nationen in einem Staatsverband bleiben, solange sie sich davon mehr Vorteile als Nachteile versprechen. Wenn dieser Nutzen entfällt oder wenn er nicht mehr gesehen wird, kann der Staatsverband nur noch durch Druck und Gewalt aufrechterhalten werden. Je mehr die repressive Gewalt gesteigert wird, umso weniger wird den betroffenen Nationen noch ein freiwillig zu akzeptierender Nutzen des Staatsverbandes vor Augen stehen.

Schon die latente Drohung mit zentralstaatlicher Gewalt beschleunigt die Tendenz zu Sonderwegen. Die langjährige Weigerung der sowjetischen Zentralmacht, auch unter Gorbatschow, die Union mit allen praktischen Konsequenzen als freiwilligen Zusammenschluß mit Austrittsrecht der Republiken zu konzipieren, hat die Tendenz zur Desintegration vorangetrieben. Umgekehrt wäre eine prinzipielle Akzeptanz der Sonderwege einzelner Republiken und Nationen vermutlich die beste Ausgangsbasis gewesen, um künftig noch eine sinnvolle Kooperation zu realisieren.

Den auf staatliche Unabhängigkeit bestehenden Republiken die Anerkennung zu versagen, macht nur Sinn, wenn man den Zentralmächten (in Moskau und Belgrad) die Fähigkeit zutraut, diese Republiken in absehbarer Zeit irgendwie wieder zu integrieren. Dieses „irgendwie" schließt aber die Anwendung repressiver und militärischer Gewalt Mittel ein. Davor sollte nach der eskalierenden Verwicklung der jugoslawischen Armee in die Kriegsführung gegen Kroatien und nach dem Putschversuch in der UdSSR niemand mehr die Augen verschließen.

Der Zusammenbruch des „sozialistischen Weltlagers" ist nicht zuletzt auch das Scheitern des Versuchs, bestehende Verhältnisse gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit mit repressiven Mitteln aufrechtzuerhalten. Die PDS ist aus einer Partei hervorgegangen, die im Bereich der DDR die zentrale Trägerin dieses gescheiterten Versuchs war. Sie sollte im Interesse ihrer Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit an ihrer prinzipiellen Akzeptanz gegenüber dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht, einschließlich des Rechts von Nationen auf Eigenstaatlichkeit, keine Zweifel bestehen lassen. Das schließt Kritik an der praktischen Ausgestaltung dieses Rechts überhaupt nicht aus, insbesondere selbstverständlich dort nicht, wo es auf Kosten anderer Nationen zu gehen droht.

Ein zentrales Problem scheint sich aus dem übergeordneten Interesse am Erhalt der „internationalen Stabilität" zu ergeben. Einerseits eine realpolitisch verständliche Position, gerade mit Blick auf die nicht zu überblickenden enormen Risiken und Gefahren, die sich aus der Destabilisierung ergeben, die wir seit 1989 erleben. Andererseits für Sozialisten eine sehr problematische Position: Das Interesse an der Erhaltung der globalen Kräfteverhältnisse und damit des Friedens wurde allzulange ausgespielt gegen das Verlangen von Menschen, ihre Lebensumstände tiefgreifend zu verändern. Vom Standpunkt der „internationalen Stabilität" aus erschien es von zentraler Bedeutung, den Bestand der DDR als Schlüsselposition der europäischen Nachkriegsordnung um jeden Preis zu sichern, auch mit Mauer, MfS und Wahlfälschung. Wie relativ aber letztlich eine solche gewaltsam aufrechterhaltene „Stabilität" war, haben wir gesehen.

In der Debatte der PDS wurde ein wichtiger Umstand bisher meist übergangen: Die „abtrünnigen" Republiken der UdSSR und Jugoslawiens nehmen mit ihrer Entscheidung für Eigenstaatlichkeit das verfassungsmäßige „Recht auf Lostrennung" wahr. Dieses Recht wurde ursprünglich von Sozialisten bewußt als ein über das bestehende Recht in und zwischen bürgerlichen Staaten hinausgehendes Recht proklamiert. Daß gerade die UdSSR und Jugoslawien in ihren Verfassungen das „Recht auf Lostrennung" verankert haben, hängt auch damit zusammen, daß sich beide Staaten bei ihrer Gründung bewußt auf die Freiwilligkeit des Zusammenschlusses berufen wollten. Das ergab sich vor allem aus den negativen Erfahrungen ihrer eigenen Geschichte.

Man könnte dennoch geneigt sein, in der verfassungsmäßigen Fixierung des „Rechts auf Lostrennung" eine bedauerliche Fehlkonstruktion zu sehen, die diese Staaten für separatistische Tendenzen von vornherein anfälliger macht. Andererseits sollten wir sehen, daß die Fixierung dieses Rechts Teil des im Prinzip zu unterstützenden utopischen Anliegens war, eine ganz andere Art von Gesellschaft und eine ganz andere Art von Staat zu schaffen als die bestehenden bürgerlichen. Wie es heute scheint, wird es vielleicht gerade dieses utopische Anliegen des Sozialismus sein, das überleben wird, während seine real existierenden Ausgestaltungen erst einmal zu Grunde gehen.

Für die PDS könnte das ein Anlaß sein, das „Recht auf Lostrennung" nicht mehr mit dem besorgten Blick auf die Interessen der UdSSR zu betrachten, sondern sich die Diskussionen anzueignen, die unter maßgeblicher Beteiligung Lenins vor 1917 sowie in der Entstehungsphase der Union geführt wurden.

ANDREA LEDERER, Bonn,
KNUT MELLENTHIN, Hamburg

AMI GO HOME

Wird's dem Kohl zu wohl, geht er als Hilfssheriff an den Golf. Wenn Sie die Kriecherei einiger deutscher Politiker und Journalisten vor ihren amerikanischen Herren anwidert, sollten Sie sich einige unserer **Ami Go Home** Klebefolien zulegen (schwarz-rot-gold, Industriequalität). Sie sind ein bewährtes Mittel, den Blutdruck staatstragender Kreaturen in lebensbedrohliche Höhen zu treiben. Für's Auto, den Stahlhelm oder den Gummiknüppel. Unser Sonderangebot zur deutschen Wiederauferstehung: 4 Stück für 10 DM (Bar oder Postanweisung, Absender nicht vergessen) solange der Vorrat reicht. Ein Angebot der POlitischen WERbeagentur - POWER, Postfach 62, 7425 Hohenstein. POWER to the people - right on

aus: Libertär, 158, 15 8
91

EINLADUNG ZUM BUNDESWEITEN TREFFEN FÜR EINE STARKE MOBILISIERUNG DES REVOLUTIONÄREN WIDERSTANDS GEGEN DEN WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL 92 IN MÜNCHEN

Treff: KOMM in Nürnberg (gegenüber Hauptbahnhof)
Anreise: Freitag, den 28.09., Abends Volxküche im Cafe Molotov, KOMM Nürnberg mit Schlafplatzvermittlung
Samstag, den 29.09., 13 Uhr Plenum im Komm, wenn sinnvoll am Sonntag Arbeitsgruppen

Liebe Genossinnen und Genossen!
Die Staatschefs der sieben reichsten imperialistischen Staaten treffen sich vom 6.-8.7.92 in der High-Tech-Bonzenstadt München, um als Handlanger der Konzerne und Banken in aller Ruhe ihr Propagandaspektakel der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Aber auch in München wird es diese Ruhe nicht geben, denn wir empfehlen: AUF ZUM GIPFELSTÜRMEN NACH MÜNCHEN!
Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Kampagne "500 Jahre Kolonialismus", den EG-Binnenmarkt 92 und die "Festung Europa", um die neue Rolle der imperialistischen Großmacht BRD und ihrer Expansionspläne nach Osten nach der Annexion der DDR, um die eskalierende rassistische und sexistische Gewalt, und vorallem auch um die Fragen, die die revolutionäre Linke sich im Zuge der veränderten Situation stellen muß, halten wir es für richtig, gemeinsam praktisch zu intervenieren.
Also kein neues Thema, sondern unsere Kräfte und Initiativen zu bündeln, die Auseinandersetzungen in einen gemeinsamen Rahmen zu stellen.
Von verhaltenem bis starkem Interesse aber auch großes Skepsis, ob angesichts der Ratlosigkeit bzw. Perspektivlosigkeit vielerorts gerade das Draufstürzen auf eine Kampagnenmobilisierung das Richtige wäre, haben wir allerlei Meinungen und Fragen zu unseren Überlegungen einer starken bundesweiten/internationalen Mobilisierung mitbekommen.
Nach einer Phase von Diskussionen in München, ersten Kontakten mit anderen Städten und vorallem auch vielen Fragen von auswärts, was "wir" uns denn jetzt vorstellen, wollen wir eine überregionale Auseinandersetzung über die Vorstellungen für eine inhaltliche und vorallem praktische Mobilisierung führen.
Dazu halten wir es für wichtig, daß vor dem überregionalen Treffen in allen Städten bereits Diskussionen und Treffen stattfinden.
Auf dem überregionalen Treffen wollen wir:
- unsere Diskussionen zur "Mobilisierung gegen den WWG" vorstellen und die Initiative begründen
- anhand der Berichte aus den jeweiligen Städten über Situation, Stimmung und Meinungen zu einer gemeinsamen Mobilisierung, in die Diskussion einsteigen

Wir wollen eine Diskussion über Sinn, Bestimmung, inhaltliche und praktische Schwerpunkte einer gemeinsamen Mobilisierung. Desweiteren halten wir eine Auseinandersetzung über Vorstellungen einer überregionalen Arbeitsstruktur für notwendig. Und vorallem auch zum Verhältnis von dezentralen und zentralen Aktivitäten: Unsere Initiative für eine starke kämpferische Demonstration in München.

AUFRUF: DAS PAPIER AN ALLE GRUPPEN WEITERGEBEN
Schickt bitte alle Diskussionspapiere, Materialien, Recherchen, die es bei euch in den Städten zu den inhaltlichen Schwerpunkten einer Mobilisierung gegen den Weltwirtschaftsgipfel gibt, nach München:
AK WWG
c/o Infoladen München
Breisacherstr. 12
8000 München 80

WICHTIG:
Wir müssen wissen, ob 20/200 oder 2000 kommen, also meldet euch bei uns!

ACHTUNG!!!!

Es gibt eine eigenständige Organisierung! Das erste überregionale Plenum findet am Samstag, den 16. November um 13 Uhr im KOMM Nürnberg (gegenüber Hauptbahnhof) statt. Eine eigene Einladung dazu kommt demnächst. Unsere neue und endgültige Postadresse ist:
Koordinierungsbüro
c/o Werkhaus
Leonrodstr. 19;
8000 München 19

VON DER SYMBOLKRAFT DER MILKAKUH, ODER WAS DIE LEDERHOSE MIT DEM WWG 92 ZU TUN HAT

Jetzt sitzen wir schon seit zwei Wochen allein oder alle zusammen und martern unsere Hirne, um ihnen ein paar glorreiche Sätze zu entlocken, die dazu imstande wären, die Genossen/Innen in den entfernten Städten dafür zu begeistern, sich aus der allseits herrschenden defensiven Ratlosigkeit aufzuraffen und die Kräfte der Diskussion und Praxis gemeinsam zu einer starken powervollen Mobilisierung der revolutionären Linken gegen den WWG 92 zu bündeln.
Dann schwirren wieder die tausend "objektiv guten " Gründe durch den Raum: endlich mal wieder zu sagen, es reicht, jetzt sind wir dran, uns zu organisieren. Aber dann klingeln auch schon wieder die zahllosen Fragezeichen in den Ohren, ob und wenn dann wie und warum denn überhaupt gerade da und Kampagne, wo's doch im Alltag vorne und hinten danebenläuft; und überhaupt in München, wo selbst die Interim, oder vielleicht gerade die, nur an Milka-Kühe und Lederhosen denkt?
Nichts als Fragen, die mit dem entsprechenden Pep zu beantworten uns schwer fallen. Trotz allem fangen wir an:

In München. Bayern-Bild. Mythos. - Die bayerischen Bullen, das USK, die Devensive bereits im Kopf -

Sinnvoller wäre es doch, München als High-Tech-Zentrum als durchkapitalisiertes, umstrukturiertes Vorzeigeprojekt einer befriedeten Metropolenzukunft zu begreifen und zu bekämpfen. Wir halten einen produktiven Austausch über Erfahrungen und Widersprüche, die vielleicht in der einen oder anderen Art und Weise demnächst woanders zum Tragen kommen, für angebrachter, als im selbstgenügsamen Mief noch vorhandener Freiräume ganze Regionen abzuschreiben.
Einen schönen Gruß an alle GenossInnen, die in den letzten Jahren gen Norden gezogen sind. Falls ihr aufgrund eurer vielleicht noch vorhandenen Erinnerung an den Süden jeweils ein Dutzend FreundInnen für eine Auseinandersetzung mobilisiert, könnts eine ganz powervolle Sache werden:
Zu zeigen, daß auch in ruhiggestellter und klinischer Atmosphäre einer durchstrukturierten Lebenswelt Widerstand möglich ist.Eine Auseinandersetzung um Methoden der Herrschaft, um die modernen Tendenzen der Metropolengesellschaft zu zeigen und zu führen.

Also verhindern wir den Weltwirtschaftsgipfel?
Diese Zielsetzung bzw. Parole der IWF-Mobilisierung wäre offensichtlich aufgesetzt angesichts der Situation der revolutionären Linken in der BRD und hier in München. Wir fänden sie aber auch deshalb schwierig, weil 88 damit oft die Vorstellung verbunden war, eine Verhinderung des Kongresses wäre tatsächlich eine Verhinderung im Sinne von "Blockade" der Weltwirtschaft.
Wir denken, daß es nicht darum geht zu sagen, weil der WWG so wichtig ist, müssen wir was dagegen machen - am Besten verhindern. Das wäre die bekannte Fremdbestimmung durch gesetzte Termine - die Politik des Reagierens. Dem ist auch nicht dadurch auszukommen, daß mensch wie beim IWF 88 die Kampagne zum Auftakt einer langanhaltenden strategischen Organisierung der revolutionären Linken erklärt.
Was eine Kampagne sein kann ist die inhaltliche und praktische Bündelung unserer Kräfte, das Zusammenwirken vieler Menschen aus den unterschiedlichen Teilbereichen, eine starke gemeinsame Intervention, die Einzelaktionen und Kämpfe durch einen gemeinsamen Rahmen verschärft, die inhaltliche Auseinandersetzung vorantreibt, Menschen mobilisiert.
In diesem Sinne sind Kampagnen gegen den WWG 85 und den IWF 88 auch nicht spurlos verpufft. Die Erfolge drücken sich nicht unbedingt unmittelbar aus, werden aber immer wieder sichtbar. Hätte es ohne die inhaltlichen Debatten und die praktischen Erfahrungen in der Mobilisierung gegen den WWG 85 die IWF-Kampagne gegeben, oder noch anders, auf welchem Niveau wären die autonomen Auseinandersetzungen im Alltag ohne die Bündelung unserer Kräfte und Diskussionen zum IWF?
Daß sich nach den Höhepunkten solcher Kampagnen bei den Einzelnen das uns wohlbekannte schwarze Loch auftut, der ganze Streß nichts an der eigenen konkreten Situation verändert hat, nur Kraft reingesteckt und keine bei rausgekommen, liegt entscheidend an der Herangehensweise und den Erwartungen an die Kampagne:
Die grundsätzlichen Probleme revolutionärer Strategie und Organisierung werden nicht in einer Kampagne gelöst, bestenfalls können die darin stattfindenden Diskussionen und Aktionen längerfristig dazu beitragen. Also, das Problem autonomer Politik, sich von einem Brennpunkt zum nächsten Modethema zu hangeln, löst sich nicht durch ein Kampagnenverbot sondern durch das Bewußtsein, daß der subjektiven Entscheidung für eine revolutionäre Organisierung durch eine Kampagne weder ausgewichen noch dadurch ersetzt werden kann.

Wir wollen eine inhaltliche und praktische Bündelung unserer Kräfte zum WWG 92
- weil wir DIE PROPAGANDA VON MARKTWIRTSCHAFT UND DEMOKRATIE, DAS BILD DES MAKELLOSEN DEUTSCHEN IMPERIALISMUS MÖGLICHST DEUTLICH UND INTERNATIONAL SICHTBAR ZERSTÖREN WOLLEN
- weil wir eine internationale Diskussion um revolutionäre Strategien und Perspektiven wollen: Die Auseinandersetzung mit Menschen und Organisationen aus anderen Ländern, die sich in einer gemeinsamen praktischen Intervention ausdrückt.

weil wir gegen die Festung Europa, die zunehmende Asyl- AusländerInnenpolitik der EG für freies Fluten kämpfen wollen.
- weil, über Befreiung und Widerstand reden zu wollen, heißt uns auch über die Realität und die Gründe des Scheiterns der Gesellschaftskonzepte von realsozialistischen Staaten auseinanderzusetzen
- weil wir innerhalb dieser Diskussionen die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Sexismus, Rassismus, Kapitalismus, um Nationalismus und nationalem Befreiungskampf weiterentwickeln wollen.
- weil wir dazu aus unserer Situation und Entwicklung heraus eine grundsätzlich antipatriarchale Orientierung vorantreiben wollen
- weil sich dies in Form und Inhalt der Mobilisierung ausdrücken soll. Wir stellen uns zum Beispiel als Ziel aller beteiligten Menschen vor, daß sexistische Anmache und patriarchales Verhalten in der gesamten Mobilisierung keinen Platz haben.
- weil wir die revolutionären Gefangenen international als wesentlichen Bestandteil der Mobilisierung in die Diskussion mit einbeziehen und dafür die Voraussetzungen schaffen wollen:
- für die Zusammenlegung und gegen den Staatsschutzterror der letzten Monate
- gegen die europäische Vereinheitlichung der Aufstandbekämpfung
- gegen den Export des "BRD-Systems" z.B. gegen den kurdischen und türkischen Befreiungskampf (Anti-Terror-Gesetz incl. Isolationshaft in Hochsicherheitstrakten)
- Diskussion über die Initiative schwarzer GenossInnen aus den USA für ein internationales Netzwerk zur Situation von politischen Gefangenen

und noch einiges mehr.

Wir sind noch nicht sehr viele, die sich für die Mobilisierung entschieden haben und wollen uns in dem Widerspruch zwischen Kampagne und alltäglicher Arbeit bewegen, ohne im Organisationscheck unterzugehen. Die gemischte autonome Szene hat in Folge der unabhänigen Organisierung von Frauen einen Männerüberschuß, der die Notwendigkeit einer antipatriarchalen Orientierung nur noch deutlicher macht. Wir wollen hier nicht die WWG-Macker spielen, sagen die Männer, auch wenn das nicht ganz einfach sein wird.

Wir können uns im Juli 92 eine große zentrale Demo in München, eingebunden in Aktionstage, vorstellen. Und davor viele Veranstaltungen, Diskussionen und Aktionen in den Städten. Wie vielfältig und stark die Mobilisierung sein wird, hängt sehr von eurer Beteiligung und Initiative ab. D.h. ausgehend von der Situation der revolutionären Linken überhaupt, und der hier in der Stadt, ist in weit stärkerem Maße als z.B. beim IWF 88 eine gemeinsame Mobilisierung (im Gegensatz zu: Da fahren wir mal hin) notwendig, sowohl inhaltlich, wie organisatorisch und praktisch.

Die folgenden Diskussionesfragmente sind weder als "Aufrufplattform" noch als ausdikutiertes Konsenspapier zu verstehen. Sinn und Zweck ist trotz Ungenauigkeit Diskussionen anzustoßen. Es werden weitere folgen:

INHALTLICHE ANSÄTZE UND PERSPEKTIVEN DER WWG-MOBILISIERUNG

Wir sehen in den Diskussionen und Auseinandersetzungen um den WWG eine weitgehende antiimperialistische Ausrichtung, die nicht im reformistischen Minimalkonsens der Forderung nach sofortiger Schuldenstreichung stehenbleibt. Es geht tatsächlich ums Ganze oder wie Rudi Dutschke etwas genauer sagte: "Jede radikale Opposition gegen das bestehende System, das uns mit allen Mitteln daran hindern will, Verhältnisse einzuführen, unter denen Menschen ein schöpferisches Leben ohne Krieg, Hunger und repressive Arbeit führen können, muß heute notwendigerweise global sein."

Das gilt für uns heute mehr als vor 23 Jahren. Hintergrund des G7 Treffens ist die von den USA propagierte und seit der Auflösung des Warschauer Paktes (und RWG usw.), der damit einhergehenden Unterwerfung der ehemals (real-) sozialistischen Länder in den kapitalistischen Weltmarkt und dem Golfkrieg deutlich werdende "neue Weltordnung". Nicht nur, daß die sieben reichsten imperialistischen Länder auf ihrem jährlichen Turnustreffen die bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse festschreiben und ihre Politik aufeinander abstimmen und den weltweiten Veränderungen entsprechend anpassen, sie wollen ihre imperialistische Strategie auch noch ideologisch als finale Lösung der Menschheitsprobleme verkaufen. Hinter der trauten Fassade inszenierter Einheit verbergen sich aber klare Interessenskonflikte. Nicht zuletzt "forciert die EG mit dem Projekt Binnenmarkt 1992 ihren Ausbau zur imperialistischen Weltmacht in Konkurrenz zu den USA und Japan" (Papier der Anti-EG-Gruppe Köln) und fordert ihren Anspruch bei der Aufteilung der osteuropäischen Wirtschaftsmärkte. Die USA dagegen wendet sich scheints wieder ihrem alten Hinterhof zu und projektiert entsprechend dem ER-Modell eine amerikanische Freihandelszone von Alaska bis Panama (oder bis Patagonien).

Um ihre ökonomischen und politischen Machtpositionen weiter ausdehnen zu können, ist ein weltweit etabliertes System der Aufstandsbekämpfung von Nöten, um die existierenden und die weiter zu erwartenden Kämpfe der Unterdrückten und Marginalisierten regulieren zu können. Das von Pentagon-Strategen für die 80er Jahre entworfene Modell des Low-Intesitiy-Conflict (von einem guatemaltekischen General treffend als "Politik ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln" definiert) wird den heutigen Kämpfen im Trikont nicht mehr gerecht und wurde z.B. in El Salvador offiziell als gescheitert erklärt.

Das neue Zauberwort heißt "Demokratisierung" und ist längst in aller Munde. Ob es nun um die Befriedung nationaler bzw. regionaler bewaffneter Befreiungskämpfe in Lateinamerika oder Kurdistan, oder die Umstrukturierung Osteuropas zum kapitalistischen Verwertungsobjekt geht, die Demokratisierungspropaganda muß als Deckmantel herhalten. Dabei spielt die UNO als globales Kontrollorgan der mächtigen Industrienationen eine immer größere Rolle. Aber zur Sicherung ihrer Profitraten brauchen die Banken und transnationalen Konzerne auch die Ruhe im eigenen Land, hier in der Metropole. Die mit der Konstruktion des Binnenmarktes einhergehende Schließung der Grenzen für Asylsuchende und ArbeitsimmigrantInnen, die Nivillierung von ArbeiterInnen- und Sozialrechten, die Verbesserung der Kapitalbedingungen für die europäischen Multis, die Anpassung der metropolitanen Arbeit an das Niveau des Weltarbeitsmarktes werden auch hier auf Widerstand stoßen.

Wir sehen daher in der Mobilisierung zum WWG eine (notwendige) Fortführung der mit der IWF-Kampagne begonnenen Diskussion um einen neuen Internationalismus / Antiimperialismus, der Verbindungslinien zwischen den trikontinentalen, den Kämpfen in den ehemals realsozialistischen Ländern und den hiesigen Kämpfen sucht.

Dabei geht es nicht darum, wie es einige Teile der Solibewegung seit Jahren betreiben, "einer orientierungslosen Linken Hoffnungsträger und Bezugspunkte im Trikont zu liefern" (wobei die Auswahl immer schwieriger wird), sondern zu einer gemeinsamen Diskussion mit verschiedensten RevolutionärInnen zu kommen, über die Bedingungen und Perspektiven revolutionärer Bewegungen, über Geschlechterfrage und Patriarchatskritik, über Organisations- und Klassenfrage, über Formen und Mittel des Kampfes und über Möglichkeiten gemeinsamen Austausches und gemeinsamen Handelns.

Auf diese Fragen die sich RevolutionärInnen weltweit so oder ähnlich stellen, werden wir zwangsläufig nicht die gleichen Antworten finden. Wir kommen also nicht drumherum, wie es Shafik Handal von der FMLN kürzlich sagte, "zu lernen, unseren eigenen Kopf zu gebrauchen". Was wir aber wollen, ist mit Linken und RevolutionärInnen international unsere Erfahrungen und Kenntnisse auszutauschen und unsere Solidarität konkret werden zu lassen.

An diesem Punkt setzt auch die Kampagne "500 Jahre Kolonialismus und Widerstand" an, die bislang aber noch etwas in der Luft hängt. Wir glauben, daß wir nicht nur von der Arbeit, die Gruppen und Organisationen in diesem Bereich bereits geleistet haben, profitieren können, sondern daß die Mobilisierung zum WWG der Kampagne die nötige Zielorientierung und den Bezug liefern kann.

Das vor 500 Jahren mit der europäischen Kolonialisierung weltweit installierte imperialistische Ausbeutungsverhältnis, der Beginn der internationalen Arbeitsteilung, die Konstituierung des europäischen patriarchalen Herrschaftssystems in den Kolonien, die Entstehung von Klassengesellschaften entlang rassistischer, sexistischer und ökonomischer Unterdrückung sind Voraussetzungen unseres heute bestehenden Weltwirtschaftssystems. Der gerade beendete iberoamerikanische Gipfel in Mexico zeigt nur allzu deutlich die europäischen Bestrebungen, auch noch die letzten sozialistischen Länder wie Kuba in den Weltmarkt zu zwingen.

Aufgrund der Tendenz zu einem kapitalistischem Weltmarkt wird der Handlungsspielraum revolutionärer Befreiungsbewegungen im Trikont noch weiter eingeengt. Die Fragen nach dem Kräfteverhältnis und den Veränderungsmöglichkeiten in den Metropolen stellt sich noch schärfer.

Speziell in der BRD hat sich dieses Verhältnis seit der Annexion der DDR wesentlich verschoben. Brachte die Wiedervereinigung für die westdeutsche Rechte und bürgerlichen Kräfte einen enormen politischen Konsolidierungsschub, drohen ihnen die Widersprüche in der ehemaligen DDR über die Köpfe zu wachsen.

Die in Gang gebrachte Abwicklung der ex-volkseigenen Betriebe, die Neuregulierung des Arbeitsmarktes in Warteschleifen oder Arbeitslosigkeit, die Streiks der EisenbahnerInnen und bei Interflug, Preisanpassungen an das westdeutsche Niveau und die sich verschärfende soziale Polarisierung setzten einen widersprüchlichen und hochexplosiven gesellschaftlichen Prozeß in Gang.

"Je weiter die Übernahme durch das BRD-Wirtschaftsprograsmm voranschreitet, desto stärker wächst die Verarmung. Der lange als `Erlöser' herbeigesehnte Kapitalismus kommt - weil nicht sein kann, was nicht sein darf - als Ursache nicht in Frage (...). Der allgemeine Verarmungsprozeß, der sich in der Wohnungsnot oder dem Sozialabbau zeigt, wird in der rassistischen Sublimierung den Asylantinnen und `Wirtschaftsflüchtlingen' zugeschrieben, die es nur auf `unseren' Wohlstand abgesehen hätten, um ihn `den Deutschen' wegzunehmen." (Michi, Bernhard, Ali aus Aktualität des Antisemitismus)

Die rassistische und sexistische Mobilisierung, die sich zunehmend in pogromartigen Übergriffen organisierter Faschogruppen gegen AsylantInnen- und AusländerInnenwohnheime, Schwule und Lesben sowie Linke ausdrückt, entwickelt sich immermehr, verstärkt von einer passiven Tolerierung staatlicher Organe, zu einem institutionalisierten Gewaltverhältnis. Von privaten Kaufhausketten in Leipzig, die sich rühmen, mittels eigener Sicherheitskräfte die Umgegend ihrer Warenhäuser von "asozialen Gesindel" gereinigt zu haben, über Treibjagden organisierter Faschisten auf vietnamesische Zigarettenverkäuferinnen, die mit der Übergabe in Handschellen an die Polizei enden, bis zur staatlichen Verschärfung der AusländerInnengesetze, die dichte Grenzen und für diejenigen, die durchschlüpfen konnten, eine schnelle Abschiebung vorsieht, bestehen mittlerweile fließende Übergänge.

An diesen Punkten wäre eine Intervention linker Kräfte notwendig. Ein Zusammenwirken mit Linken aus der DDR erweist sich aber aufgrund jahrelanger Ignoranz der Westlinken gegenüber den Verhältnissen in der DDR als schwierig.

BEMERKUNGEN ZUR MÄCHTEKONSTELLATION

Infolge des Zersetzungsprozesses des Warschauer Paktes und des Zusammenbruchs der realsozialistischen Staaten befindet sich das kapitalistische System, propagandistisch als Demokratie und Freiheit auf der Grundlage einer stabilen Marktwirtschaft angepriesen, weltweit auf dem Durchmarsch.
Bei der Verteilung der neuen Absatzmärkte und dem Kampf um ökonomische und politische Hegonomie existiert unter den drei imperialistischen Blöcken USA/Japan/Brd und EG kein harmonisches, sondern vielmehr ein Konkurrenzverhältnis.

DIE BRD ALS FÜHRUNGSMACHT

Als stärkste Wirtschaftsmacht in Europa dominiert die BRD das Projekt "EG-Binnenmarkt 92". Die als "Wiedervereinigung" deklarierte Annexion der DDR hat ihre Position zusätzlich gestärkt: Die DM ist die dominierende Währung in der EG. Ein Viertel des Sozialproduktes wie der Exporte und ein Drittel der Währungsreserven entfallen im EG-Bereich auf die BRD. Unter der 20 größten Konzernen und 20 größten Banken in der EG haben jeweils sieben ihren Sitz in der BRD. Brd-Konzerne sind vorallem führend in Schlüsselindustrien wie Chemie, Elektro, Maschinenbau, Automobilbau und Rüstung. "Die Weltmärkte werden neu aufgeteilt und wir wollen dabei sein", heißt die Devise von Edzard Reuter, dem Chef des größten deutschen (Rüstungs-) Konzerns Daimler. "Wir wollen mit unseren Geschäftspartnern neue Segmente auf den Weltmärkten erobern und sichern."
Als Welt-Exportnation Nr.1 ist die BRD wirtschaftlich längst eine führende Weltmacht und rückte im letzten Jahr an die 2. Stelle innerhalb des IWF. Direkt hinter den USA ist sie damit hauptverantwortlich für die Verelendungspolitik, die der IWF mit seinen Zwangsmaßnahmen in allen Teilen des Trikont durchsetzt.
Die BRD will Hegomonialmacht in einem wirtschaftlichen und politischen Raum werden, der nicht weniger als 5oo Millionen Menschen umfaßt. Für Ungarn oder Polen ist dabei offensichtlich ein Lebensstandard wie in Portugal vorgesehen. Die Einverleibung der DDR soll die Basismasse dieses Machtkonglomerats so stärken, daß der Abstand zu den europäischen Konkurrenzmächten groß genug ist, um sie zu dominieren.
Gleichzeitig werden die Fühler in Richtung UdSSR ausgestreckt, um dort die Einführung kapitalistischer Strukturen voranzubringen, ohne das der Zerfall der UdSSR chaotische, für das großdeutsche Projekt gefährliche und unkalkulierbare Züge annimmt. Der Gorbatschov-Besuch am Ende des G7 Treffens im Juli in London ist maßgeblich durch den Druck der BRD zustandegekommen. Ein größerer Erfolg in der BRD ist die Zustimmung der UdSSR zur Einrichtung einer Freihandelszone um "Königsberg", speziell um BRD-Kapital anzulocken.
Die osteuropäischen Länder wickeln schon heute fast ein Drittel ihres gesamten Westhandels mit der BRD ab und auch die hohen Schulden dieser Länder sind als Außenstände bei den BRD-Banken verbucht. Die Länder Osteuropas drohen zu neuen Wirtschaftskolonien der EG und damit vorallem der BRD zu werden.
Bei ihrem Hegmonieprojekt muß sich die BRD beständig bedroht sehen. In dem Maße, in dem die Kriege (nationale, religiöse, bündnistaktische Schlächtereien) wieder nach Europa kommen, wird das Thema wirtschaftlich ein Riese, militärisch aber ein Zwerg an Bedeutung gewinnen. Vor diesem Hintergrund sind denn auch die Versuche zu bewerten, mit Hilfe der EG (WEU/schnelle Eingreiftruppen) und der Debatte um eine Grundgesetzänderung weltweite Bundeswehreinsätze zu ermöglichen und damit auch politisch und militärisch eine dominierende Weltmachtstellung einzunehmen.
Tatsächlich ist BRD den Weltmachtträumen noch nie so nahe gewesen. Nicht nur, daß sie sich innerhalb der EG als unbestrittene wirtschaftliche Führungsmacht etabliert hat und somit auch der EG-Binnenmarkt unter BRD-Hegomonie durchgesetzt wird. Bei der Dominierung des Kapitalisierungsprozesses der osteuropäischen Staaten spielt die "staatlich einverleibte Beute" DDR eine besondere Rolle. Das strategische Ziel aus der Sicht eines Wirtschaftskapitäns stellt der AEG-Boss Dürr in einem Interview so dar: "Für unsere Investitionen stehen nicht die niedrigen Lohnkosten in der DDR im Vordergrund (...). Wenn es darum ginge, wären die Investitionen in Ungarn und Polen, aber auch in Portugal sinnvoller. Es geht vorallem um die Möglichkeiten, die der Markt der DDR für den osteuropäischen Raum spielt (...), daß dieser Wirtschaftsraum enorme, ungenutzte Ressourcen bietet."
"Während sich die Herren in Politik und Wirtschaft noch darüber zanken, welches der erfolgreichste Weg ist, um die westliche Hegomonie auf Osteuropa auszudehnen und dieses neue Jagdrevier für den Weltmarkt zu erschließen, funktioniert ein Marktzweig bereits ebenso reibungslos wie unauffällig: Der Handel mit der Ware Frau. Unverblümt wird diese Ware im Annoncenteil bundesdeutscher Zeitungen angeboten und die Nachfrage vorallem im ländlichen Raum scheint zu steigen." (Ingrid Strobl)
Schon lange ist es für deutsche Männer möglich und billig, gen Osten zu starten, wo für harte DM Champagner, Kaviar und die Ware Frau zu kaufen sind. Die Affinität von Kapitalisierung und Pornographisierug der Gesellschaft war am offensichtlichsten in Budapest, der "reformfreudigsten" Stadt des Ostens

VERÄNDERUNGEN IM INTERNATIONALEN KRÄFTEVERHÄLTNIS

Der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten hat in erster Linie zur Folge, daß auf Weltebene in internationalen Gremien wie z.B. der UNO den imperialistischen Westmächten kein realer Faktor entgegensteht.
Durch die Abhängigkeit vom Weltmarkt und ökonomische Verschuldung gefesselt, lassen sich unangenehme Fraktionsbildungen von Trikontstaaten durch die G7 leicht spalten. So werden im Zweifelsfalle Stimmen gekauft, um dieser ganzen Tragödie eine formal demokratische Inszenierung zu verpassen. So wurde die UNO im Golfkrieg vollends zur Marionette der USA (die in diesem Fall die Triebkraft des Krieges war).
Zunehmend werden internationalen Gremien neue weltordnungspolitische Funktionen zugewiesen, wobei bei dieser Show der sog. Völkergemeinschaft für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, die westliche Hegemonie immer offensichtlicher wird. Der WWG, schon als Wirtschaftsgipfel der Welt tituliert, ein zynischer Machtausdruck der Ausbeuter- und Unterdrückerstaaten, erhält wie in London geschehen, zunehmend die Aufgabe, die Interessen der G7 als weltweit legitimes Krisenbewältigungsgremium zu sanktionieren. Dort ein Wort zur Jugoslawienkrise, da ein Machtwort zur Golfregion. Natürlich verläuft dieser Prozeß auch als Konkurrenzkampf der westlichen Imperialisten untereinander.
Die immer deutlicher werdende Funktionalisierung weltweiter Gremien für die Interessen der G7 erscheint in der öffentlichen Debatte oftmals als zivilisatorische Fortentwicklung zu einer friedlichen Welt, in der das Gute in Form der Weltgremien gegen das Böse kämpft.
Damit wollen sich die imperialistischen Staaten die grundsätzliche Legitimation zum weltweiten Eingreifen schaffen.
Nach dem Motto: Ein uneinsichtiges Kuba muß demokratisiert werden, Terroristen in Kurdistan bekämpft werden, da sie die "Demokratisierung der Türkei" sabotieren.

ZUR PATRIARCHATSDEBATTE VON MÄNNERN

Seit der Druck der autonomen Frauenbewegung Mitte der 80er Jahre eine weitere Nichtbeachtung des patriarchalen Gewaltverhältnisses unmöglich machte, wird von Männern der obligatorische Anspruch formuliert, antipatriarchale Positionen beziehen zu wollen. Was seitdem von Männern gemacht, geschrieben, gesagt und diskutiert wurde, nimmt sich dagegen eher mager aus.
Eine Zeitlang stand unter jedem Flugblatt eben auch noch antipatriarchal. Es ist schwierig zu beurteilen, ob die Tatsache, saß sich mittlerweile selbst dieser Zustand wiedér zu verflüchtigen scheint, als bedauerlich oder ehrlich zu beurteilen ist.
Was ist das Patriarchat? Worauf ist es zurückzuführen? Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen patriarchalen und kapitalistischen Herrschaftsstrukturen? Auch wir haben in unserem Diskussionsprozeß oftmals endlose Debatten darüber geführt, die meist in Ratlosigkeit endeten. Sicherlich war es sinnvoll, Definitionen zu finden, unsere bisherigen politischen Positionen mit feministischen Analysen zu konfrontieren. Unsere subjektive Situation blieb jedoch schizophren: Auf der einen Seite immer mehr durchzublicken, auf der anderen Seite real in patriarchalen Denk- und Verhaltensstrukturen verhaftet zu bleiben. Männer produzieren Gewalt, mit der Frauen konfrontiert sind. Sie profitieren als Männer insgesamt immer von diesem Gewaltverhältnis.
Als revolutionäre Linke kritisieren wir jeglichen biologistischen Erklärungsansatz. Aber wie sieht denn dann die spezifische männliche Position und Situation im Patriarchat aus? Haben wir wirklich ein eigenes Interesse an der Abschaffung des Patriarchats oder können Männer lediglich über ein emanzipatives Bewußtsein den sozialen Willen zur Veränderung entwickeln, wobei es dann noch mehr auf die Macht der Frauen bei der Veränderung ankäme.
Wir glauben, daß Männer sich endlich die Mühe machen müssen, den "patriarchalen Mann" und ihre "Geschlechterrollennormierung" benennen und zur Diskussion stellen zu können, von der eigenen patriarchalen Deformation auszugehen.
Wir wollen versuchen, die Problematik zu konkretisieren und vorallem aufzuhören, die Patriarchatsdebatte permanent als Extrathema zu behandeln, sondern vielmehr die Einbettung aller Themen in den patriarchalen Herrschaftszusammenhang zu analysieren: Pornographie, das männliche Frauenbild, männliche Sozialisation, die Strukturierung der männlichen Geschlechtsidentität, Heterosexualität und Homosexualität, was ist überhaupt Sexualität, die Koppelung von Sexualität-Macht-Herrschaft, das autonome Individuum, Konstituierung des männlichen Subjekts, Reproduktionsarbeit.
Zu diesen Themen halten wir eine Auseinandersetzung von und mit Männern für wichtig. Ebenso Diskussionen über eine antipatriarchale Praxis von Männern: Wie kann eine solche zum jetzigen Zeitpunkt aussehen, was hat sie zu berücksichtigen?

Arbeitskonferenz

Radikale Linke Berlin

Vorschlag zur Arbeitskonferenz "Ein Jahr Großdeutschland"

Auf der Konferenz der Radikalen Linken am 22./23. Juni in Frankfurt wurde beschlossen, Ende des Jahres in Berlin eine Arbeitskonferenz zum Thema "Ein Jahr Großdeutschland" abzuhalten. Auf ihr soll die Entwicklung der BRD seit der Vereinigung bilanziert und analysiert werden und - unter selbstkritischer Betrachtung unserer und anderer radikaler linker Positionen - der Versuch unternommen werden, theoretische Perspektiven einer zukünftigen Arbeit zu entwickeln. Die Berliner RL-Gruppe hatte die Aufgabe übernommen, ein inhaltliches Gerüst für den Ablauf der Konferenz zu erarbeiten. Dieses liegt hiermit vor. Wir erwarten von Euch massenhaft Beiträge zu den folgenden Punkten:

A. Staat

Wiedervereinigungsgegner vertraten noch vor einem Jahr, daß mit der Einheit Deutschlands eine neue Weltmacht entsteht, die in der Lage wäre, mit den USA um die Vorherrschaft als führende Industriemacht zu konkurrieren. Prägnant formulierte man anläßlich der "Nie-wieder-Deutschland-Demo" in Frankfurt:"Ein ökonomischer und politischer Koloß in der Mitte Europas, der sich auf seine Identität mit dem deutschen Nationalstaat zwischen 1871 und 1945 beruft, ist ein Viertes Reich." Wenn diese These zutreffen sollte, müßten sich qualitative Veränderungen zur bisherigen BRD-Politik zeigen lassen. Geklärt werden sollte also:

- Machtpolitik der BRD zeichnete sich bisher dadurch aus, daß BRD-Interessen eher ökonomisch als militärisch durchgesetzt wurden (Stichwort: "Zivile Weltmacht"). Mit dem Golfkrieg und der Krise in Jugoslawien setzte eine Diskussion darüber ein, ob die BRD nicht auch international "militärische Verantwortung" übernehmen müsse. Die Frage lautet hier: Läßt sich aus der Diskussion über Blauhelme, schnelle Eingreiftruppen etc. auf ein verändertes machtpolitisches Konzept der BRD als Stützpfeiler der "Neuen Weltordnung" schließen?

- Lassen sich Anhaltspunkte dafür finden, daß die BRD ein anderes Verhältnis zu ihren machtpolitischen Konkurrenten gefunden hat? Wie ist es zu erklären; daß diese der deutschen Wiedervereinigung fast nichts entgegenzusetzen hatten? Warum waren die "Vier Mächte" ohne Zögern bereit, der BRD(neu) Souveränität zu gewähren?

- Wiedervereinigungsgegner stellten sich das Objekt ihrer Kritik in der Regel als geplanten Coup vor. Tatsächlich stellte sich die Wiedervereinigung als kaum beherrschbarer Prozeß dar. Regelmäßig wurden regierungsamtliche Konzepte über kurz oder lang über den Haufen geworfen (man denke an Kohls "Zehn-Punkte-Plan"). Kann man in diesem Zusammenhang also wirklich von einer absichtsvoll geplanten Vereinigung sprechen?

- Äußerlich betrachtet könnte der Prozeß der Wiedervereinigung so erscheinen, als ob die Regierenden immer nur das vollzogen, was "das Volk" wollte. Das kann nach linken Vorstellungen über die Politik aber nicht sein. Läßt sich daraus schließen, daß politische Rationalität und "Wille des Volkes" im Widerspruch standen und letzterer sich durchsetzte und die deutsche Politik damit - zumindest vorübergehend - eine irrationale Komponente bekam, und was folgt daraus?

→

B. Ökonomie.

Prophezeihungen über die ökonomische Zukunft des neuen Deutschland sagten eine wirtschaftliche Supermacht mit weiter ausgebauter hegemonialer Stellung in Europa voraus. Das ist bislang - und wohl auch zumindest mittelfristig - offenlichtlich nicht der Fall. Im Gegenteil stellt die ökonomische Bewältigung der Vereinigung die BRD vor große Probleme. Die zusammenfassende Frage lautet hier sicher: Hat sich die Einheit gelohnt? Genauer gefragt:

- Die Hoffnung, die DDR-Wirtschaft produktiv in Besitz zu nehmen, hat sich nicht erfüllt. Ebenso sind Fantasien einer modernen Infrastruktur auf dem Gebiet der blühenden neuen Bundesländer diskreditiert. Die Notwendigkeit, die dortigen Produktionsmittel und Arbeitskräfte auf Weststandard zu bringen, wird immense Kosten verursachen. Maschinen können verrotten oder durch effektivere ersetzt werden, Arbeitskräfte müssen aber nach Maßgabe der Sozialgesetzgebung erhalten werden. Wie wird die Einheit angesichts dieser Probleme finanziert werden?

- Ein, in letzter Zeit immer wieder erwarteter Weg führt durch die Notenpresse mit der daraus resultierenden inflationären Entwicklung. Konsequenzen wären: Ein durch die Hochzinspolitik (um der Geldentwertung gegenzusteuern) verstärkter Konkurrenzdruck auf den (inter-)nationalen Kapitalmärkten und Kaufkraftverluste der Bevölkerung.

- Mit dem Anschluß der DDR waren große, ideologisch unterfütterte Hoffnungen verbunden, die osteuropäischen Märkte zu erschließen. In dieser Hinsicht leitete die "Währungsunion" die letzte Runde des Endes der DDR-Ökonomie ein, indem sie die DDR aus dem sozialistischen Wirtschaftsraum ausgliederte und kapitalistischen Verwertungsbedingungen unterwarf. Unter diesen Bedingungen entpuppte sich ihr Produktionsapparat als Schrotthaufen. Hinzu kam das Ende des RGW und das daraus folgende Ende der osteuropäischen Nationalökonomien unter Weltmarktbedingungen.

- Wie unter dem Punkt Staat stellt sich also auch bei der Ökonomie die Frage, inwieweit Staat und Kapital rational im Sinne des Systems handelten. Die Linke erwartete das Schlimmste, unterstellte mit der These vom machtpolitischen und ökonomischen Koloß, der da kommen werde, eine durchdachte strategische Planung. Nun stellt sich aber die Frage, wer und ob überhaupt jemand als Subjekt in diesem Prozeß agierte bzw. welchen Gesetzmäßigkeiten der Anschlußprozeß zuwiderlief.

C. Gesellschaft

Auf gesellschaftlicher Ebene ließ sich u.a. die Radikale Linke durch die Welle nationaler Begeisterung im Herbst 1989 dazu verleiten, aufstrebenden Nationalismus, Chauvinismus oder gar Faschismus vorauszusagen. Nach völkisch-nationaler Begeisterung für Großdeutschland muß Ende 1991 bereits etwas länger gefahndet werden. Was gegenwärtig abläuft, geschieht nicht mit Pauken und Trompeten, sondern vollzieht sich alltäglich. Die Vorhersagen der Radikalen Linken trafen nicht ein. Westler mosern fast lieber über die dummen Ossis als über Ausländer, während sich Ostler von den Besserwessis genervt fühlen. Grob vereinfacht läßt sich außerdem feststellen, daß der Ex-DDRler eher zu völkisch-nationaler Abgrenzung neigt, während der Alt-BRDler von der Angst um den Besitzstand durchdrungen ist. Lassen wir uns vom Alltag verleiten, wenn wir fragen?:

→

- Wird das Massenbewußtsein der vereinigten Deutschen eher von der "deutsch-nationalen Identität" oder von dem aus der BRD überliefertem demokratisch-sozialstaatlichem Integrationsmodell bestimmt sein? Inwieweit ergänzen sich beide Varianten über die Ideologie des nationalen Wohlfahrtsstaates. Interessant scheint uns, diesen Punkt an der unsäglichen Berlin-Bonn-Farce zu rekonstruieren, denn dort sind die "Argumente" vom üblen Bonner Geldrechner bis zur "Vision deutsche Metropole" zu haben. Im übrigen halten wir es für ein Versäumnis, daß sich die Linke gerade hier herausgehalten hat, denn wo sonst strozten in letzter Zeit ideologische Bekenntnisse vergleichbarer Art?

- Ist Nationalismus eigentlich funktional für die "Zivilgesell-schaft"? Wie ist in diesem Zusammenhang der massenhafte militante Rechtsradikalismus und Rassismus im Anschlußgebiet zu werten?

- Ist der 1989er Nationalismus mit dem von 1914 identisch? Wie läßt es sich erklären, daß die Öffentlichkeit auf den Rechtstrend im Anschlußgebiet eher tolerant, verständnisvoll und letztlich affirmativ reagiert?

- Kann davon gesprochen werden, daß der neue deutsche Großstaat seit einem Jahr auf dem Weg in die Faschisierung ist?

- Auffällig ist auf jeden Fall, daß die Sensibilität gegenüber der deutschen Geschichte - soweit sie vorhanden war - im Begriff ist, zu schwinden. Preußische Könige ausgraben, geht wieder. Kritik daran gibt es nur an der Art und Weise der Vollstreckung, die der König so nicht gewollt hat. Angesichts der Kranzniederlegung für die Opfer des Stalinismus in Buchenwald und der vollkommen ausgebliebenen öffentlichen Reaktion darauf darf getrost von einer Bitburgisierung der Vergangenheitsverdrängung gesprochen werden.

- Dazu paßt auch die (neu-?)erwachte Kommunistenhatz, die zwar ohne die eigentlichen Haß-Objekte auskommen muß, dafür aber umso ersprießlicher gegen alles hetzen kann, was nach links riecht. Dazu dient auch die StaSi-Hetze, die außerdem auch noch für die Ex-DDR-Bevölkerung die Möglichkeit schafft, ihre DDR-Vergangenheit zu entsorgen. (Am Punkt der Indienstnahme der StaSi-Hetze des Staates für seine höchst eigenen Interessen gibt es einen i.A. nicht zu kittenden Dissenz in der Berliner RL-Gruppe, der sich exemplarisch an der Frage verdeutlichen läßt, ob die Veröffentlichung der StaSi-Listen auf dem Alexanderplatz durch "taz" und andere einer notwendigen linksradikalen Auseinandersetzung mit dem StaSi-Komplex dient oder vielmehr der Funktionalisierung des Themas seitens der Herrschenden in die Hände arbeitet.)

- Klar scheint für Ost und West und auch Rechts und Links zu sein, daß es aufwärts gehen muß in Deutschland. Antikapitalistische Opposition scheint es nicht mehr zu geben, bestenfalls bessere Marktmodelle. Alle überlegen, wie der Ossi mehr in die Lohntüte kriegt und der Wessi nicht weniger. Die CDU weiß wie's geht, die SPD weiß, daß es die CDU weiß, die FDP wünscht einen Schluck weniger Dirigismus, die Grünen wissen, daß alle, aber nur irgendwie recht oder unrecht haben - die Radikale Linke ... lacht?

➔

Arbeitskonferenz

30

Organisatorisches

Der Termin für die Arbeitskonferenz wurde festgelegt auf:

Freitag, 22.11.1991 (abends) bis Sonntag, 24.11.1991 (mittags)

Zur weiteren Vorbereitung erwarten wir nicht nur zahlreiche Beiträge und Vorschläge, sondern auch die Teilnahme an einer bundesweiten Vorbereitungsgruppe, die über die endgültige Form und den Inhalt der Tagung entscheiden soll. Ein erstes Treffen soll auf jeden Fall noch in der ersten Hälfte des Septembers stattfinden. Wir haben dafür bewußt keinen Termin festgelegt; wir erwarten stattdessen Eure **telefonischen Interessensbekundungen bis Ende August.** Danach werden wir mit Euch einen möglichst günstigen Termin absprechen.

Kontaktadresse: Gabi Buck, Werftstraße 3, W-1000 Berlin 21

Kontakttelefone: Gabi Tel. 030/3931633 und
Klaus Tel. 030/7912678 (nicht vom 14. bis 28.9.)

Welches aktuelle und aufsehenerregende Ereignis hat den „Jägermeister der Woche" als nächstes verdient und warum? Schicken Sie Ihren Vorschlag mit Begründung an Jägermeister, 3340 Wolfenbüttel.

Der **Jägermeister der Woche** geht an Boris Jelzin und die ihn stützenden Patrioten, weil sie der Sowjetunion den Weg in Richtung Freiheit und Demokratie gewiesen haben.

Jägermeister. Einer für alle.

O.T. 23/ Febr. 91 (AG) - zur Konstituierung d. PDS

STEINE

Die Demo ging zu Ende
mit tralala und rumtata.
Da kam's, daß ich schon wütend schlendre,
denn Bullen war'n so viele da.

Die Massen strömten in den Bahnhof
und ich, ich fand, das sei doch Mist,
da fehlt mit den Bullen noch so'n schöner Zoff
und da fiel auch schon, was ein Stein ist.

Der Bullenwagen ging zu Bruch,
die Fensterscheiben klirrten.
Es geschah so schön mit Wucht,
daß fast die Leute sich verirrten.

Doch leider hatte ich Kumpels dabei,
die zogen vom Platze schnell mich fort.
Hätte gern einen Stein geworfen in's Bullenkonterfei,
doch sie hielten mich fest an sicherem Ort.

Warum bin ich für Gewalt?

Eine Zeit lang habe ich gedacht, man könnte mit Demos etwas ändern. Doch wahrscheinlich war das höchstens noch im November '89 bis März '90 möglich. Schon die „De Maiziere-Regierung" hat sich einen Dreck darum geschert, ob vor der Volkskammer nun die Bauern, Studenten, Müllfahrer oder sonst wer demonstrieren. Viel wichtiger waren Kleinigkeiten (erinnert sei an die Entscheidung, das DDR-Emblem von allen öffentlichen Gebäuden zu entfernen). Die Interessen der „Otto-Normalverbraucher" waren denen doch egal.

Nun, ist es jetzt anders? Nein, im Gegenteil. Wo sich im November '89 die Opposition aufregte, daß ein Wasserwerfer 'rumstand, da ist dies jetzt manchmal schon fast Normalität (siehe Mainzer Straße). Eine Demo, wo oftmals mehr „Bullen" als Demonstranten vorhanden sind, ist ebenfalls normal. Nun kann man dagegenhalten, die „Bullen" sichern die „normalen" Bürger. Sind wir aber unnormal? Was ist für die eigentlich normal? Soll **normal** bedeuten, daß man sich allen bürgerlichen Normen anpaßt? Sobald man diese NORMEN bricht oder übergeht, ist man unnormal, oder was?

Und doch ist es so, daß mich schon der Anblick eines „Bullen" reizt. Ist total egal, ob er was tut oder nicht. Schon die Anwesenheit ist provozierend, wenn ich davon ausgehe, daß genau die „Bullen" die Reps, Skins oder Faschos schützen. – Ja, es ist okay, es ist ihr Beruf, könntet ihr sagen. Aber wer in diesem Job arbeitet, muß rechts sein, denn wäre er links, könnte er nicht „Bulle" werden, weil er sonst in die Situation kommen könnte, seine eigenen Genossen zu verprügeln.

Darum stimme ich zu, wenn die „Bullen" mit Steinen beschmissen werden.

Doch leider sind die „Bullen" nur die kleinen. Richtig verprügeln müßte man die Bonzen, die jetzt auch den Krieg am Golf mitfinanzieren und die Bundesregierung, die dem zustimmt. Doch an die kommt man ohne weiteres nicht 'ran. Die kann man doch nur so darauf aufmerksam machen, daß hier doch nicht alle zufrieden sind mit diesem Scheiß-System und daß viele (wobei ich mich nicht ausschließe) keinen anderen Ausweg mehr wissen, wie man dieses System verändern könnte.

Sicher ist Steine schmeißen streitbar. Aber für mich ist es zur Zeit die einzige Alternative. *Anette, AG Hohenschönhausen*

(Für diesen Artikel ist die Red. nicht verantwortlich und kann sich meinetwegen auch davon distanzieren.)

Die Berliner Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS löst sich zum zweiten Parteitag im Januar 1991 auf.

AUFLÖSUNGSERKLÄRUNG

DER ARBEITSGRUPPE RADIKALE LINKE IN DER PDS ZUM 2.PARTEITAG DER PDS IM JANUAR 1991

1. DIE AG RADIKALE LINKE IN DER PDS

In der AG Radikale Linke hatten sich GenossInnen aus der Hauptstadt der DDR und aus Westberlin zusammengefunden, die zum Teil schon der SED angehörten und zum Teil im Rahmen der Öffnung der PDS vor den Volkskammerwahlen im Frühling '89 zur Partei gefunden haben. Als sich nach den Wahlen eine Rekonsolodierung des Apparats und das Stocken des Erneuerungsprozesses, nicht zuletzt durch den von der Mehrheit der PDS mit Priorität belegten Wahlmarathon, abzeichneten, suchten wir nach Möglichkeiten der Intervention, da wir den eingeschlagenen Weg für falsch hielten. Dieser Versuch äußerte sich zunächst in dem über die AG **Schwulen- und Lesbenpolitik** auf der Vorstandstagung im Juni 1990 eingebrachten Papier mit Vorschlägen zur weiteren inhaltlichen und strukturellen Erneuerung der Partei. Da dieses Papier vor allem anhand der Frage seiner UrheberInnen, kaum aber inhaltlich diskutiert wurde, beschlossen wir die Gründung einer eigenen Arbeitsgruppe innerhalb der Partei, die im Juli 1990 mit dem Grundsatzpapier **Sozialismus oder Barbarei!** vollzogen wurde. Nach heftiger Ablehnung durch das Präsidium des Parteivorstandes und dessen öffentlicher Distanzierung im „Neuen Deutschland" konnte im Herbst die **Anerkennung als Basisgruppe** erreicht werden. Es folgten weitere Papiere der Arbeitsgruppe u.a. zur Finanzfrage und den damit angesprochenen Problemfeldern und zur Räumung der Mainzer Straße.

2. KRITIK UND SELBSTKRITIK

Unsere Ausgangsfrage war die nach den Möglichkeiten einer Neuformierung linker Kräfte im Rahmen der Annexion der DDR durch die alte BRD. Unser Anliegen war dabei eine Vermittlung zwischen den Erfahrungen und Vorstellungen der linksradikalen Zusammenhänge und der (als Formierungsprozeß inzwischen gescheiterten) **Radikalen Linken** in der BRD und dem Erneuerungsprozeß der PDS, von der wir glaubten, sie können eine wichtige Rolle bei der Bündelung und Bestimmung radikaler Opposition und linken Widerstands im neuen Großdeutschland spielen.

Wir haben dabei die Schwierigkeiten unterschätzt, eine Auseinandersetzung über die von uns aufgeworfenen Fragen und Kritikpunkte am Weg der Partei zu initiieren, zugleich haben uns aber auch der lange Atem und die dauerhafte Ernsthaftigkeit gefehlt, uns mit unserem Anliegen nachhaltig durchsetzen zu können. In dem Maße, wie wir begriffen, wie verdeckt und auf Vereinzelung und Kleinkrieg orientiert die Diskussion tiefgreifender oder inopportuner Fragen der wiederaufzunehmenden Erneuerung durch den Apparat und die Leitungsgremien vereitelt werden, setzte bei uns Resignation ein. Wir versuchten, diese Resignation durch den Beschluß zu überwinden, Apparat und Leitungsgremien sein zu lassen, und uns statt dessen auf die auseinandersetzungswilligen und -freudigen Teile der Parteibasis und des sympathisierenden Umfeldes zu beziehen, um so den von uns erwünschten Diskussionsprozeß ins Rollen zu bringen. Wir hatten uns damit aber die Aufgabe einer flächendeckenden, mosaiksteinchenartigen Kleinarbeit gestellt, der wir aus verschiedenen Gründen nicht genügt haben und letztlich wohl auch nicht mit hinreichender Konsequenz entsprechen wollen.

Wir sind mit unserem Vorhaben gescheitert. Das liegt, wie beschrieben, einerseits in unserer Arbeitsweise als Gruppe und ihren Mängeln begründet, zugleich aber auch in der weiter vorangeschrittenen Rekonsolidierung der Parteistrukturen und der Verfestigung der inhaltlichen Bestimmungen der Partei für ihre weitere Politik. Wir können diese Entwicklung hin zu einer sich auf die Modernität des hochentwickelten patriarchalen Kapitalismus und seine Herrschaftsform des bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaats positiv beziehenden Partei nicht weiter mittragen. Nicht zuletzt der unter Führung der USA begonnene imperialistische Krieg gegen den Irak hat erneut unter Beweis gestellt, daß es eine Perspektive in und mit diesem System nicht gibt. Wir lösen uns daher als Arbeitsgruppe Radikale Linke in der PDS auf und verlassen die PDS.

Kurzprotokoll, Kommission 2.7.91

Teiln: he, re, ro, mas, ol, be, max.

1. Das letzte Protokoll wurde mit einer Präzisierung von He. akzeptiert.

2. Vermögensaufteilung:

- die Frage ausstehender Beiträge gilt als vorläufig geklärt. Falls die Minderheit nachträglich Zahlungen erhält, sollen diese überwiesen werden.

- Urlaubs- und Weihnachtsgeld für im HSV angestellte aus KB-Topf: Basiswert: 1.500 DM pro Jahr. Alle haben Anspruch darauf für den Zeitraum 1.1.-30.4.91. In der Übergangszeit gilt dies nur für die 3 vereinbarten Red.-Stellen. (Basis hierfür war die Behauptung, z.T. im Detail vorgerechnet, daß seit 5 Jahren 1.700 DM, d.h. ein 13. Gehalt für alle Angestellten gezahlt würde.)

- Bezahlung des HSV-Schätzers (2.700 DM): Hälfte wird über KB-Topf verrechnet, die andere Hälfte im Rahmen der Auszahlung der Satzwerte an die Minderheit. (An diesem Punkt gabs eine Aus-Zeit der Mehrheit)

- AK-Konto: Stand:8.000 DM plus Neuzugänge im Juli. Nach Abzug der oben genannten Beträge (Schätzer; Urlaub/Weihnacht) wird der Rest an beide Strömungen ausgezahlt.

3. Aufteilung Sachwerte:

- Lautsprecheranlage: Gemeinsames Interesse an Weiterführung. Die bisher damit befassten (Bs, Mat., Tho und ggfls. Loth.) sollen sich zwecks Bestimmung der Modalitäten zusammensetzen. Mehrheit will Technik-Keller möglichst auflösen.

- HSV-Bilanz (siehe Anlage): Hauptproblem: Die Abo-Vorauszahlungen sollen als Verbindlichkeiten angerechnet werden. Wir haben protestiert. Bilanz soll beim nächsten Termin nach Prüfung unsererseits verabschiedet werden. Allein hierdurch entsteht statt einem Plus von ca. 5.000 DM ein Minus von über 40.000 DM, das uns abgezogen werden soll.

- Maschinenwerte: Lt. "Zeitwert": 170.100 DM; lt. "Vekehrswert": 69.250 DM. Problem: Maschinen haben für sie Zeitwert (Wert bei Weiterbenutzung wie bisher), für uns Verkehrswert (=Verkaufswert), da uns das darin enthaltene Vermögen interessiert. Mehrheit lehnt Bezugnahme auf Zeitwert ultimativ ab, da dies die Liquidation zur Folge habe. Mehrheit bietet Auszahlung in Form von Maschinenabgabe plus (wenig) Restvermögen zu Monatsraten a 1.000 DM (insgesamt für uns eine Summe von ca. 13.000, so mas.) an. (siehe Anlage). Wir haben in der Tendenz auf eine Bestimmung der Summe aus Zeit- und Verkehrswert plädiert und alles weitere noch offengelassen. Wir sollen zum nächsten Termin einen konkreten Vorschlag (inkl. Hard-Ware, die wir mitnehmen wollen) präsentieren. (Am Rande tauchte unversehens ein 2. telefax auf, das, so He., als der Schätzer kam, bei der AL stand - das wollen sie uns offenbar auch andienen.)

4. "Dach-AK"

Sie haben zu unseren Vorstellungen ein Papier vorgelegt. (siehe Anlage) Tenor der mündl. Erläuterungen: Die alte Kostenliste (9.500 DM als monatliches Zuschuß-Muß, inkl. Spenden) ist das letzte Wort und schon (hinsichtlich der Beschränkung der Redaktionsstellen) ein maximales Kompromißangebot. (He.: "Die Rechnung bleibt so.") Sie würden 1 Stelle extra finanzieren plus 2.500 Zuschuß (= 5.000 DM pro Monat) und zähneknirschend akzeptieren, daß unser Beitrag nur bei 2.500 DM liegt. Es gäbe Null Anhaltspunkt, die Vertriebsstelle auf 1/2 zu kürzen. Denn dafür wäre nur "eine Studentin" bereit, während andere davon nicht leben könnten, d.h. partiell ausfallen würden. Man müsse bzgl. Erstellung vom Ist-Zustand ausgehen, usw. Der Vorwurf, ihre Produktionsweise ist undurchsichtig, sei eine Schimäre usw. Sie zeigten Bereitschaft, bei nachweisbar allzu geringem Beitragsaufkommen der Minderheit, sich generös auch mit 1.500 per Monat zufriedenzugeben. (Unser Zuschuß dürfe nicht symbolisch, sondern müsse unseren finanziellen Möglichkeiten angemessen sein.) Wir wurden umworben, doch Mit-Herausgeber zu bleiben, wie ansonsten vorgesehen (eine gewisse Einsicht in Herstellungsprozess, mit der Ankündigung, den Zuschuß, falls möglich zu reduzieren).
Wir haben ihr Papier als einen Affront und als Bestätigung unseres Rückzugs aus Erstellerung qualifiziert.

Auf unsere Nachfrage, wie sie bei Punkt zwei (kein Zuschuß unsererseits; Red.-Beteiligung) die Rechte unseres Redaktionanteils definieren würden:
Die Aussagen waren uneinheitlich und schwammig. Zum einen wurde deutlich die Gültigkeit unserer Liste (siehe Bahamas 1) für diesen Fall abgelehnt. Unsere Mitspracherechte hätten sich auf die engere Redaktionstätigkeit zu beschränken, Parität und Einvernehmlichkeit bei neuen Red.-Mitgliedern wäre aber denkbar. Man würde weiterhin eine Zusammenarbeit mit uns als Strömung und nicht individuell suchen.
Selbst wenn wir in Dortmund beide Modelle ablehnen sollten, wären sie nach wie vor an individueller Mitarbeit interessiert.
Vereinbarung: Sie legen nächstesmal für beide Modelle eine konkrete Ausarbeitung aus ihrer Sicht vor. (Fall 1: Was würden sie in Sachen Transparenz und Zuschußreduzierung einräumen; Fall 2: Welche Rechte würden ohne Regelzuschuß uns verbleiben?) Ferner soll in Umrissen ein Editorialvorschlag auf Basis unseres Kongresspaplers (von uns) vorgelegt werden.

ol./max.

Vorlage der Verhandlungskommission der "Mehrheit" die die Verhandlungen am 2. Juli 1991

I. Zu unseren Absichten
Für die Mehrheit ist der ak ein politisches Projekt mit dem in den gegenwärtigen Umbruchprozeß der Linken eingegriffen werden kann. Unser Interesse ist, dem Zerfallsprozeß der Linken mit einer Zeitung, die die Analyse an die erste Stelle rückt, entgegenzuwirken. Von daher streben wir an, den ak als eine Zeitung, die innerhalb der Linken Bedeutung hat zu erhalten und durch organisierete Zusammenarbeit mit anderen linken Strömungen weiterzuentwickeln. Von daher ergibt sich unser Interesse an einer gemeinsamen Herausgabe des AK mit der "Minderheit".

II. Zu den Voraussetzungen der Herausgabe

1. Ohne den Rückhalt einer Organisation wird die Herausgabe einer Zeitung wie dem ak in organisatorischer Hinsicht wesentlich schwieriger werden. Sowohl die finanzielle als auch die organisatorische Absicherung ist nur noch teilweise gegeben. Gerade deshalb bestehen wir darauf, daß mit dem Verlag als bisherigem Produktions- und Vertriebsort eine "Institution" erhalten bleibt, die eine gewisse Sicherheit geben kann, daß die Produktion nicht in den politischen Zerfallsprozeß versinkt. Wir haben darauf bestanden, daß hierfür die "Mehrheit" verantwortlich bleibt (wie dies personell bis jetzt schon gegeben ist), da wir in produktionstechnischer und geschäftlicher Hinsicht kein Vertrauen in die Minderheit haben. Wir hatten die Befürchtung, daß diese Teile bei der "Minderheit" Gefahr laufen, den scheinbaren politischen Anforderungen untergeordnet zu werden. Wir sind im Laufe der Verhandlungen darin bestätigt worden.

2. Die Verhandlungskommission der "Minderheit" hat gefordert, den ak kostendeckend herzustellen und rechnet hierzu vor, daß bei Reduzierung des Personalansatzes sowie weiterer Einsetzung von unbezahlter Arbeit einerseits, andererseits Erhöhung der Erlöse durch Preissteigerung auf DM 6,50 eine Kostendeckung erreicht werden könnte. Diese Rechnung ist unseriös und ist allein dadurch bestimmmt für den jetzigen Zeitpunkt vorzurechnen, daß die Herausgeberseiten zu keinerlei finanzielle Zuwendungen verpflichtet werden können. Warum ist die Rechnung unseriös? Das jetzt errechnete Minus von DM 9500.- pro Ausgabe des ak ist schon eine Minimalrechnung, da dies schon eine Personalreduzierung um 3 Personen beinhaltet. Man kann jetzt natürlich soweit runterrechnen bis das Ziel, "Kostendeckung" erreicht ist, aber dann sollte man auch gleich sagen, daß eine andere Zeitung dabei herauskommt. Weiter wird trotz des Begriffs "Kostendeckung" stillschweigend davon ausgegangen, daß monatlich ca. 4000.- DM Spenden eingehen und verbraucht werden. Es wird weiter davon ausgegangen, daß der Anteil an unbezahlter Arbeit zu halten, ja sogar zu steigern ist. Die Erfahrungen derjenigen, die seit bis zu 20 Jahren in dieser Produktion stecken, sagt das Gegenteil. Wir lassen uns auf kein Konzept ein, daß vorgibt, in Zeiten des politischen Zerfalls durch politische Agitation neue Kräfte mobilisieren zu können. Kostendeckung ist im Zusammenhang mit der Produktion des ak ein völlig verwirrender Begriff, denn beispielsweise werden die Gehälter seit Jahren ja soweit unten gehalten, daß es überhaupt möglich ist, aus den Erlösen + Zuwendungen die Kosten zu bestreiten.

Für die Mehrheit ist der ak ein politisches Projekt. Wir gehen davon aus, daß dies Geld kosten wird. Auch wir sind an einer weitgehenden Minimierung der Kosten interessiert, jedoch auch in Abwägung mit dem Interesse, vernüftige und für die GenossInnen annehmbare Produktionsbedingungen zu haben, die erst die Voraussetzung schaffen, eine solche Zeitung regelmäßig Monat für Monat zum gleichen Zeitpunt herauszugeben (und nicht den Drucktermin danach bestimmen zu müssen, wann Redaktion und Technik fertig sein können).
Deshalb ist für uns die Grundlage für eine gemeinsame, gleichberechtigte Herausgabe die erklärten Bereitschaft, die Produktion und Herausgabe durch finanzielle Mittel im Bereich der eigenen Möglichkeiten zu unterstützen.
Wir lehnen eine Preiserhöhung nicht ab, lehnen jedoch den daraus gezogenen Schluß, eine kostenneutrale Produktion sei erreicht, womit die Zuschußpflicht der Herausgeber nicht mehr gegeben sei, ab.

III. Konkrete Schlußfolgerungen

1. Wir bleiben bei dem Vorschlag der gemeinsamen Herausgabe mit gemeinsamer Zuschußpflicht bei Unterdeckung. Über die Höhe der Zuschüsse ist zu verhandeln, wobei finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten in Rechnung gestellt werden können.
Wir bestehen auf dem Produktionsort HSV-Koop., da uns dies z.Z. die einzig gesicherte Möglichkeit erscheint, diese Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Zu diskutieren wäre über die Veränderung der Art der Produktion.
Für eine Reduzierung der Zuschüsse ist für uns eine Preiserhöhung denkbar.

2. Sollte aufgrund der unterschiedlichen Ansätze eine Vereinbarung über eine gemeinsame Herausgabe nicht möglich sein, erklären wir, daß wir dennoch für eine organisierte und verbindliche Form der Zusammenarbeit an der Zeitung eintreten. D.h. wir streben auch dann eine Beteiligung der "Minderheit" an der Redaktion an, was auch die Sicherung von Rechten innerhlab eines Redaktionsstatus beinhalten würde.

Vorlage für die verhandlungskommission am 2.7.91 über noch zu klärende Ansprüche

In den bisherigen Finanzabrechnungen ist nicht berücksichtigt worden, daß noch Ansprüche der Beschäftigten auf Urlaus- und Weihnachtsgeld bestehen. Generell werden diese Ansprüche von keiner Seite bestritten, über die rechnenden Zeiträume und die Höhe gibt es bisher keine Einigkeit:

Gezahlt wurden im vergangenen Jahr: Urlaubsgeld DM 1100.-, Weihnachtsgeld DM 600.-
Veränderungen gegenüber den Vorjahren ergab sich aus folgendem: In den Vorjahren wurden 800.- Urlaubsgeld gezahlt und ein steuerlich begünstigtes Essensgeld. Weihnachtsgeld setzte sich zusammen aus dem Plus durch die Steuervergünstigung im November (die nicht direkt über die Gehaltabrechnung ausgezahlt wurde) plus einer Zuwendung der Organisation

1. In der kleinen Finanzverhandlungsrunde (HH, ge., he.) bestanden zwei Auffassungen: a) der Anspruch gilt wie 1990 b) als Anspruch werden 1100.- gezählt.

2. Der Personenkreis: Unstrittig ist, daß alle Beschäftigten bis einschließlich April vollen Anspruch haben. Strittig ist die Übergangszeit:
a) HH und he. vertraten, daß mit der Zusicherung auf dem Kongreß an die Satzmitarbeiter, eine Entscheidung über die Fortführung des Betriebes bis Mai treffen zu können, auch hier eine weitere Verantwortung besteht, sodaß bis Ende Juli alle Satzangestellten in die Regelung fallen würde. Herausfallen würden die zusätzlichen Stellen durch die Mehrheit im Redaktionsbereich (1 Stelle)
b) ge. vertrat, daß nach dem 30.4. alle Verlagsangestellten in die Verantwortung der Mehrheit fallen

Der Unterschied zwischen den verschiedenen Rechnungen:
a) Minimal: Anspruch 1100.- auf Jahr, 4 Monaten Anteil für alle, 3 Monate nur noch für angestellten Redakteure = DM 4100.-
b) Mittel: Anspruch auf 1100.-, 4 Monate alle, 3 Monate Verlagsangestellte und 2 Redakteure) = 6300.-
c) Maximal: Anspruch 1700.- 7 Monate = 8200.-

Auch noch zu klären: Bisher sind Kindergelder nicht über den Verlag sondern aus der Kasse des KB gezahlt worden. Auch hier ist zu klären, ob für einen Satzangestellten diese Ansprüche für die Übergangszeit anzuerkennen sind.

Strittig sind weiterhin die Kosten für den Schätzer: HH und he. gingen davon aus, daß dies Angelegenheit des KB resp. der Nachfolgegruppen sei, da der Berieb nicht auf die Idee gekommen wäre, einen Schätzer zu bestellen. ge. will dies als Betriebsangelegeheit verstanden wissen.

Finanzbilanz für die HSV-Koop. auf den 30.4.91

I. Betriebsvermögen:

Durch einen unabhängigen Schätzer wurden alle beweglichen Gegenstände geschätz, wobei folgende zahlen ermittelt wurden:
Neuvert: 243.200
Zeitvert: 170.100
Verkehrsvert: 69.250
Liquidationsvert: 32.500

II. Aus der Buchhaltung per 30.4.91 ergeben sich folgende Zahlen:

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	56.342,69	
Davon nicht einbrinbare Forderungen	7.134,00	
Reduzierung durch Remmissionen (11%)	4.500,21	
Reduzierung um noch zu zahlende DDR-Rem.	7.059,00	
Rechnungsreduzierung NWD und RL	2.914,14	
Verbleiben		34.735,34
Kasse		1.489,48
Bank		- 326,47
Postgiro		12.918,87
Bar/Bank		14.081,88

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	22.626,86
Steuerschuld	451,00
Bilanzkosten 1990 (nach 1989)	5.618,83
Bilanzkosten 1991 (anteilig 4 Monate)	1.872,94
Rückstellung Steuern 1990/1991	1.000,00
Verbindlichkeiten Sozialabgaben/Lohnsteuer	10.508,81
Verbindlichkeiten Gehalt	600,00
Vorauszahlungen von Abonnenten	47.368,50
(1209 Jahresabos à 60.-, 651 Halbjahresabos à 33.- jeweils gerechnet die Hälfte verbraucht bzw. Vorausz.)	
Verbindlichkeiten und Vorauszahlungen	90.046,94

Aktiva		
Anlagevermögen		
Forderungen, Bar, Bank, Postgiro	48.817,22	
Verbindlichkeiten, Vorauszahlungen		90.046,94

Überlegungen zum Verfahren mit dem Betriebsvermögen
Für die Verhandlungskommission am 2.7.91

Durch einen unabhängigen Schätzer, wie dies gewünscht wurde, wurden folgende Zahlen für das Betriebvermögen festgestellt:

Neuvert:	243.200.-
Zeitvert:	170.100.-
Verkehrsvert:	69.250.-
Liquidationsvert:	32.550.-

Dabei heißt,
Neuvert der Wiederbeschaffungsvert (dabei kommt heraus, daß Maschinen teilweise höher angesetzt sind als wir sie bezahlt haben)
Zeitvert ist der reduzierte Neuvert, was die Maschinen für den Betrieb "vert" sind
Verkehrsvert, das ist etwa das, was bei freiem Einzelverkauf zu erzielen wäre
Liquidationsvert könnte erzielt werden, venn der Betrieb geschlossen wird und die Maschinen versteigert yerden.

Aus der Finanzaufstellung geht hervor, daß wir bei einer Liquidation zum gegenwärtigen Zeitpunkt draufzahlen würden, zumal auch beachtet werden muß, daß die Liquidation selbst noch einmal Kosten verursachen würde (beispielsweise hat allein der Schätzer DM 2600.- gekostet, ein Auktionator würde sicherlich 10.000 oder mehr kosten). Darüberhinaus ist nicht einmal gesichert, daß der Liquidationsvert tatsächlich eingefahren würde.

Da wir auf absehbarer Zeit keinen reinen Kommerzbetrieb betreiben wollen/können, Kommerzaufträge nur im begrenztem Maße als Kostenreduzierung gemacht werden, gehen wir davon aus, daß der jetzige Maschinenvert nach und nach in den AK gesteckt wird.

Wie ihr der Finanzaufstellung entnehmen könnt, haben wir per 30.4.91 bei einer Liquidation eine Mindestunterdeckung von DM 42.000. Hinzu kämen wie gesagt die dann noch anstehenden Liquidationskosten.

Unser Vorschlag wäre: im großen und ganzen verbleiben die Maschinenverte sowei die Büroverte innerhalb des Verlages. Es wird eine Regelung getroffen, daß die Minderheit soweit sie beispielsweise an anderer Stelle ein Büro einrichten will, eine komplette Büroeinrichtung gestellt bekommt (Schreibtische, Regale, 2 Computer, 2 Drucker, Telefaxgerät, Montagetisch, Stühle u.ä.). Darüberhinaus werden Nutzungsvereinbarungen geschlossen (beispielsweise die kostenlose Benutzung der Poststraße (nur gegen Erstattung der Porto- Materialkosten)

Wie ihr der anhängenden Liste des Schätzers entnehmen könnt, kommen die wesentlichen Werte durch wenige Maschinen zusammen: (Verkehrswert/Liquidationswert):

Reprokamara	4575/1600
Entwickler	4629/2500
Belichter	17500/9500
3 Montagetische	3000/1250
Poststraße	11560/5780
Computer/Drucker	10465/3885

Wenn auf einer Geldauszahlung bestanden wird, müssen wir liquidieren, denn wir übernehmen ja gleichzeitig die Verbindlichkeiten des HSV und müßten sonst das Vermögen der Mehrheit auszahlen.
Geht man von der Liquidation aus, ist der Laden unterdeckt.

Eine weitere Möglichkeit neben der oben genannten ist eine Mischung aus materieller Auszahlung (Büroeinrichtung), Nutzungsmöglichkeiten und Verrechnung (bei einem gemeinsamen Projekt).

Da zu erwarten ist, daß es erstens um den Ansatz(Zeitwert oder Verkehrswert oder Liquidationswert) schon Diffrenzen geben wird, schlagen wir vor, daß sich die Minderheit einen Wirtschaftsanwalt nimmt, um dieses Thema nicht "politisch" sondern wirklich geschäftlich zu klären.

he. 2.7.91 (dies ist keine autorisierte Fassung)

'52

Hamburg, den 18. Juli 1991

betr.: Beschlüsse der Ex-KB-Mehrheit zum Dach-AK vom 13.7.91

Liebe GenossInnen von der Verhandlungskommission der Minderheit!

Ihr habt inzwischen den Beschluß der Göttinger Versammlung erhalten. Dazu müssen wir Euch mitteilen, daß die Sache etwas komplizierter als in dem Beschlußtext ist.

1.) Die Göttinger Versammlung hatte ursprünglich den Vorschlag ihrer Verhandlungskommissionsmitglieder verworfen. Wir hatten vorgeschlagen, Euch die Summe von 14.000 DM zur Übernahme des Verlags auszuzahlen und dabei gleichzeitig an Euch die Bitte zu richten, diese Summe als Sicherheit für das AK-Projekt festzulegen. Der Grund dieser Bitte war die Tatsache, daß Euer Beschluß von einer Einlage von monatlich 1.000 DM zu einer Unterdeckung und letzlich Katastrophe führt, wenn nicht eine entsprechende zusätzliche Spendensumme mindestens von 15.000 DM in einem Jahr aufgebracht werden kann, vorausgesetzt die anderen Zahlungen gehen wie erhofft ein.
Vielen in der Ex-Mehrheit war deshalb eine solche Bitte zuwenig, eine Mehrheit der Göttinger Versammlung war sogar dagegen, Euch jetzt - solange man das AK-Projekt gemeinsam trägt - überhaupt auszuzahlen, da der Mehrheit nur noch geringe Mittel verbleiben werden, ein solches Loch notfalls allein zu decken.
Es wurde dann aber davon abgesehen, dies als Beschluß festzuhalten, weil niemand mit entsprechenden Nachverhandlungen das Zustandekommen und den Beginn des Dach-AKs gefährden wollte.
Darüber hinaus sind viele in der Ex-KB-Mehrheit sich klar darüber, daß zwar die Mehrheit das Konstrukt einer alleinigen verantwortlichen Trägerschaft der AK-Produktion selbst eingebracht hat, dies aber strukturelle Ungleichheiten schafft, die Euch stärker in die Rolle der damit leichtfertig Umgehenden und uns stärker in die Rolle der über Euch Schimpfenden drängt. Ein großer Teil sah aber beim gegebenen Zustand kein anderes Verfahren, weil ein gemeinsames Verlagsprojekt in der Sache vertrauensvoll zusammenarbeitende Personen statt blockmäßiger Front- oder Kontrollstellung erforderte. Einige vertreten die Meinung, daß man aus den genannten Gründen trotzdem ernsthaft über eine gemeinsame Verlagskonstruktion nachdenken müßte.

Um die Sache hier abzuschließen (wir wollen Euch die Problematik gern genauer erläutern): Die Ex-Mehrheit ist hier im Grunde zu keinem einheitlich getragenen Beschluß gekommen und wir bitten Euch, diesen Punkt noch einmal zu vertagen, damit sowohl wir als auch ihr die Gelegenheit bekommt, diesen Punkt noch einmal unter sich beraten zu können. (Vorschlag: bis Mitte September)

2.) Bedauerlicherweise hat die Göttinger Versammlung es nicht geschafft, die 6 RedakteurInnen zu wählen, die künftig für sie im Dach-AK-Projekt vertreten sein sollen und hat kommissarisch (für den ersten Dach-AK) die bisherigen RedakteurInnen, die auch weiter machen wollen, benannt (Cl., As, He, Kt). Wir bitten hier ebenfalls um Euer Einverständnis, so verfahren zu können.

Es standen zur Auswahl diejenigen, die ihre Arbeitsstelle im AK fortsetzen würden (As, He, Kt), 3/4 Genossinnen (Cl, Ga, Sy (Li)) und eine Reihe von Schreibern, die bisher am AK (aber nicht in der Redaktion) regelmäßig mitgearbeitet haben (z.B. Js, Al, Di). Davon wären zwei (Ga/Js) auch bereit, eine Teilzeitstellung anzunehmen.
Die Versammlung sah sich etwas überfordert, eine sofortige Entscheidung über 6 aus diesem Kreis herbeizuführen, bzw. war sich auch unsicher, wieviel Stellen sie über die eine vereinbarte Stelle hinaus werde bezahlen können.
Die Versammlung hat deshalb beschlossen, im August von einem Schreibertreffen einen Vorschlag erarbeiten zu lassen und den in einer erneuten Versammlung zu befassen, damit dort Nägel mit Köpfen gemacht werden können.
Wir bitten Euch um einen gemeinsamen Termin.

Verhandlungskommission der Mehrheit
Ro., Ma., HH

betr.:Schreiben der Kommissionsmitglieder der ex-[illegible]rheit
vom 18.7.91

Liebe Genossinnen und Genossen der ex-KB-Mehrheitskommission!

Euer Schreiben vom 18.7.91 haben wir als schlechten Witz empfunden. Auf ihrem Grundungstreffen in Dortmund am 6./7. Juli hat die gruppe k einen letzten Vorschlag an die ex-KB-Mehrheit beschlossen. Die Versammlung der ex-KB-Mehrheit in Gottingen am 13.7.91 hat beschlossen den Vorschlag als Grundlage anzunehmen. Kaum, daß uns dieser Beschluß zur Kenntniss gegeben ist, erhalten wir nun einen Brief von der Verhandlungskommission der Mehrheit, von Ro., Mas. und HH gezeichnet, der den Beschluß zu torpedieren versucht: Auf einmal sei es >>*im Grunde zu keinem einheitlich getragenen Beschluß gekommen*<<, die Angelegenheit sei >>*noch einmal zu vertagen*<< und solle bis Mitte September neu verhandelt werden. Wir weisen diesen Versuch alles neu aufzurollen entschieden zuruck. Auf diese Art wird es keine gemeinsame Herausgabe des ak geben.

Daruberhinnaus halten wir Euer Vorgehen fur unverantwortbar gegenüber denjenigen, die ab 1.8.91 als gewählte und teilweise freigestellte RedakteurInnen mit der Arbeit fur den ak beginnen.

Dem selben Schreiben entnehmen wir, daß die ex-KB-Mehrheit auf ihrer Versammlung davon abgesehen hat, weitere Forderungen an uns zu beschließen, >>*weil niemand mit entsprechenden Nachverhandlungen das Zustandekommen und den Beginn des Dach-Aks gefährden wollte*<<. Euer Vorgehen ist also offensichtlich durch keinen Beschluß gedeckt. Fur solch private Nachverhandlungen haben wir weder Mandat noch Bock.

Das gesamte Vorgehen bestatigt diejenigen in der gruppe k, die immer davor gewarnt haben, daß selbst nach Abschluß eines >ak-Herausgabevertrags<, zumindest von entscheidenden Teilen der ex-KB-Mehrheit, versucht wird immer wieder neu über unseren Finanzbeitrag zu verhandeln. Dies war einer der Grunde, warum sich auf dem Gründungstreffen der gruppe k zunachst eine Mehrheit gegen jegliche finanzielle Beteiligung am ak ausgesprochen hat.

Wir haben gemessen an unserem Antrag an den 4. Kongreß des KB und an den im Laufe der Verhandlungen entwickelten Vorschlagen sehr weitgehende Zugestandnisse gemacht. Wir sind auf die von der ex-KB-Mehrheit vorgeschlagene Auszahlungssumme fur den HSV eingegangen; wir sind bereit einen monatlichen Beitrag fur den ak zu zahlen, obwohl wir vorgerechnet haben, daß der ak ohne diesen Zuschuß zu produzieren ist,... Damit ist unsere Schmerzgrenze erreicht. Entweder der gefundene Kompromiß gilt fur beide Seiten verbindlich, oder es wird keinen geben.

Die Essentials des nicht verhandelbaren Dortmunder Vorschlags der gruppe k sind:
- kein ak-Zuschuß der gruppe k über monatlich 1000,-DM,
- gemeinsare Verwaltung und einvernehmliche Verwendung der ak-Spenden,
- sofortige Auszahlung unseres HSV-Anteils durch die ex-KB-Mehrheit.

Die ex-KB-Mehrheit hat in Gottingen den Essentials des Dortmunder Vorschlags zugestimmt und zusatzlich einen Vorbehalt, eine Selbstverpflichtung, sowie an unsere Adresse zwei Forderungen formuliert.
- Der Vorbehalt besagt, daß ein errechnetes Einnahmeloch von 15.000 DM pro Jahr nicht aus der Kasse der ex-KB-Mehrheit gedeckt, sondern durch gemeinsame Spendensammlung aufgebracht werden soll. Aus dem diesbezuglichen Beschluß der gruppe k (>>*Das ak-Spendenkonto wird gemeinsam geführt und die Einnahmen einvernehmlich für die Redaktionskosten verwendet.*<<) geht hervor, daß wir die Spenden allein zur Deckung von Redaktionskosten verwendet sehen wollen. Darüberhinnaus ist euch bekannt, daß wir den >errechneten< Betrag in Höhe von 15.000 DM als Rechnungsgröße nicht annerkennen, da bei dieser Summe die möglich erscheinenden Kostenreduzierungen von vorneherein ausgeklammert werden. Hier steht Meinung gegen Meinung, sodaß ein Dauernerv hinsichtlich der Verwendung von Spendengeldern nicht ausgeschlossen werden kann. Wir gehen allerdings davon aus, daß die Spendenaufrufe gemeinsam zu unterzeichnen sind und die Verwendung der LeserInnen-Spenden ohnehin vor jenen verantwortet werden muß, sodaß es moglich sein sollte, das erforderliche Einvernehmen unter Berucksichtigung auch Eurer Interessen jeweils herzustellen.
- Die Forderung nach einer festumrissenen Finanzrucklage für den AK war unmittelbar vor unserer und der Göttinger Konferenz am 5.7.91 Beratungsgegenstand in der gemeinsamen Kommission. Wir hatten auf dieser Sitzung ein Einvernehmen darüber erziehlt, daß es relativ unsinnig sei, sich mit formalen Festlegungen auf hypothetische Finanzkrisen vorbereiten zu wollen. Wenn tatsachlich ein unerwartetes Ereignis (Jahresaufkommen für Spenden weit unter 15.000 DM; Verdoppelung des Papierpreises; Großbrand im Schulterblatt etc.pp) eintritt, wird sich je nach dem Erfolg oder Mißerfolg der bis dahin getätigten Zusammenarbeit sehr konkret die Frage stellen, ob nunmehr das Projekt eingestellt, oder durch Extra-Aufwendung der Herausgebergruppen noch einmal gerettet wird.
- Eure Forderung nach wechselseitiger Beitragskontrolle erscheint uns reichlich unüberlegt. Dies würde bedeuten, daß jede Gruppe gegenuber der anderen die volle und überprüfbare Konten- und Mitgliederlisteneinsicht erhält. Dies ist nicht nur rechtlich (Datenschutz!) problematisch, es ignoriert auch politisch, daß wir nunmehr zwei voneinander unabhängige Organisationen sind. Daruberhinnaus haben wir uns mit dem Dortmunder Beschluß zur uberweisung eines Festbetrags verpflichtet. Eine Verknüpfung zwischen Beitragsaufkommen und AK-Zuschuß existiert nicht.

Es gibt derzeit aus unserer Sicht nur die folgende Alternative: Entweder wir schaffen es, für den August-ak auf dieser Basis die KB-Vermogenstrennung abzuschließen (uberweisung des vereinbarten HSV-Anteils sowie der noch fehlenden Rate unseres KB-Vermogensanteils) und die Vereinbarung uber die gemeinsame Herausgabe und redaktionelle Gestaltung des AK zu unterzeichnen, oder es tritt eben Punkt III unseres Dortmunder Beschlusses inkraft. Aus objektiven aber auch subjektiven Gründen kommt fur uns ein weiteres, monatelanges Tauziehen nicht in Frage.

(nicht mehr) Verhandlungskommission der gruppe k

kla., sab., nor., pe., max., ol.

Liebe GenossInnen der EX-KB-Mehrheit,

Hamburg, 15.8.91

am 14.8. haben in Vorbereitung des ak 333 fünf der sechs RedakteurInnen der Gruppe K zusammengesessen. Die sechste war wegen aktueller politischer Ereignisse verhindert. Wir haben unsere Arbeitsteilung, aktuelle ak-Vorbereitungen, den personellen Einsatz für diesen ak besprochen. Die Artikelliste dürfte mittlerweile vervollständigt worden sein. Für die Endredaktion haben wir keine feste Person benannt, sondern werden uns bemühen, diese Arbeit im personellen Wechsel zu bewältigen. Für ak 333 sind dafür kla., jw und hr. zuständig.

Als Termin für die erste gemeinsame Redaktionssitzung schlagen wir Sonntag, 18. August um 14 Uhr in der Küche des HSV vor.

Wir haben dies aber von einer Bedingung abhängig gemacht: unser Redaktionsteil ist für die Redaktionsarbeit der Gruppe K am ak zuständig, für sonst nichts. Wir sind an die Beschlüsse unserer letzten Konferenz gebunden und haben kein Mandat für irgendgeartete neue Verhandlungen. In der Gruppe K bestand Einigung, daß wie geplant mit dem August-ak die Verhandlungen abgeschlossen sein müssen. Die Zeit hierfür war lang genug. Der Versuch einen erneuten Aufschub bis September zu bekommen und uns dann möglicherweise mit neuen Überlegungen zu konfrontieren, würde zwangsläufig wieder das Beratungskarrussel der Gruppen und erneute Verhandlungen in Bewegung setzen. Dafür stehen wir nicht bereit und es gäbe keine gemeinsame Redaktion. Bevor wir also am Sonntag zusammensitzen, erwarten wir die Erledigung der nachfolgenden offenen Punkte:

* Überweisung der 4000 DM aus der KB-Vermögensaufteilung, die nicht ausgezahlt wurden;
* Überweisung bzw. vertragliche Festlegung der Auszahlung der 14.000 DM aus dem Verlagsvermögen in bar bzw. Sachwerten;
* vertragliche Besiegelung der einen ak-Stelle für die Gruppe K, die wir nach unserem Ermessen mit zwei Personen je zur Hälfte besetzen werden.

Über Eure Forderung nach Rücklagen für eine mögliche Deckungslücke hat unsere Versammlung negativ entschieden. Alles weitere dazu ist in bezug auf ak-Spenden in unserem Vorschlag für ein Redaktionsstatut gesagt.

Zu verhandeln gäbe es daher aus unserer Sicht - und damit als Vorschlag für die Tagesordnung am Sonntag:
- Ein Redaktionsstatut (siehe unseren Vorschlag anliegend)
- Ein kurzes ak-Editorial (dito)
- Arbeitsorganisation zwischen den beiden Redaktionsteilen
- konkrete Planung für ak 333
- Finanzklärung: was fällt unter gemeinsame Redaktionskosten oder werden/können diese strikt getrennt werden (betrifft: Telefon, Reisekosten, Büronutzung, Materialien etc.).

Falls Ihr vorhabt, den Stand neu aufzurollen, teilt uns dieses bitte rechtzeitig vor Sonntag mit, damit wir uns diesen Termin ersparen können. Für diesen Fall kündigen wir eine Erklärung der Redaktionsmitglieder der Gruppe K für ak 333 an und betrachten eine gemeinsame ak-Redaktion derzeit als nichtexistent und erwarten von Euch eine schnellstmögliche Klärung Eurer eigenen Verwirrungen sowie ein akzeptables Angebot.

Mit solidarischen Grüßen,
dsm, hr, jw, kla, sab

37

Betr.: **ABSCHLUSS DER VERHANDLUNGEN**

Liebe (Ex)-Minderheitler

Es ist uns vollkommen klar, daß zu Beginn des ersten vereinbarten Dach-AKs die Verhandlungen abgeschlossen sein müßten, damit die dreimonatige Übergangszeit endlich beendet wird, und die neue Redaktion nun auf vertraglicher Basis für mindestens ein Jahr ihre Arbeit antreten könnte.

Wenn der Dach-AK auf der jetzigen Beschlußlage beginnt und wir so tun, als wären die Dinge für das kommende Jahr geklärt, gibt es völlig unabhängig von inhaltlichen und politischen Fragen für uns in einem entscheidenden Punkt einen Selbstbetrug und schlimmer, einen Betrug an den AK-LeserInnen und damit einen möglichen Bruchpunkt.

Auf dem Kongreß wurde beschlossen, die beiden Teilorganisationen zu beauftragen, den AK gemeinsam weiter herauszugeben. Neben anderen Ausführungsbestimmungen hieß es dort: *Beide Organisationen haben eine finanzielle Sicherheit zurückzulegen.*

Ihr habt dann beschlossen, nicht über eine monatliche Kostenbeteiligung von DM 1.000,- hinauszugehen. Daß damit nach Euren Vorstellungen entweder Dritte oder die Mehrheit eine monatlich höhere Summe von DM 1.250,- aufzubringen hatten, habt ihr nicht etwa damit begründet, daß ihr nicht mehr zahlen könntet. Ihr wollt es einfach nicht, weil offenbar euer Interesse an dem Projekt sich verringert hat oder für euch jedenfalls billiger als für andere sein muß. Außerdem habt ihr ausdrücklich jede Form der finanziellen Haftung abgelehnt - selbst für den Fall eines nicht-verschuldeten Großbrandes, wie sich eure Vertreter ausgedrückt haben. Ihr habt zwar zugesagt, von Fall zu Fall in einer finanziellen Notlage zu überlegen, ob euch je nach Stimmungslage oder Bewertung "anständigen" Verhaltens unserer VertreterInnen Euch die Sache noch einmal einen Zusatzbeitrag wert ist.
Aber eine Haftung für das eigene oder unser trotz aller Schwierigkeiten gemeinsame Projekt bestünde gerade darin, daß beide Seiten bis zu einer bestimmten Höhe (unsere Mittel sind ja begrenzt) bedingungslos für die Sache haften, wenn man nicht von vorneherein beabsichtigt, ständige Händel und Streits mit finanziellen Mitteln zu führen.

Andererseits sollen wir - Eurer Vorstellung nach - vor Beginn des AKs für den Rest des Projektes haften und einschließlich sämtlicher Lohnkosten Eurer Vertreter im Projekt (DM 40.000,-), soweit sie nicht anders gedeckt sind. Allein letzte Haftungssumme übersteigt euren finanziellen Beitrag um das Dreifache.

Nun kann man ja hoffen, daß unsere Kalkulationen stimmen und im besten Fall wir nicht einmal die zusagten Mittel in Anspruch nehmen müßten und uns dann verbessern könnten. Aber wenn wir das unterschreiben würden, hätten wir ein sogenanntes Schönwetter-Modell unterschrieben, das nur solange funktioniert, wie es keinerlei Probleme der Finanzdeckung gibt. Das dürfte nach den Erfahrungen der Vergangenheit wohl eine Kinderei sondergleichen sein und sicherlich kein guter Neuanfang, um Streitigkeiten der Vergangenheit hinter uns zu lassen.

Wir erklären deshalb folgendes:
1. Wenn beide Seiten oder eine der Meinung ist, daß an unseren

Beschlußlage nichts mehr zu rütteln ist, wären die Verhandlungen gescheitert.

2. Weil wir wissen, daß wir nicht innerhalb von Stunden eine Wende des erzielten Verhandlungsergenisses herbeiführen kann, bieten wir an: Die Mehrheit ist bereit, ihren Beschluß, keinerlei alleinige Haftung zu übernehmen, bis Ende Oktober zu modifizieren.

a. Wir sind bis dahin bereit, unsere zugesagte Deckungszusage von DM 7.500- dem Projekt zur Verfügung zu stellen. Jede Deckungslücke darüber hinaus führt ohne gemeinsame Gesamthaftung für alle Kosten zur automatischen Aufkündigung des gemeinsamen Dach-AK.

b. Ist bis Anfang November keine gemeinsame Haftungsvereinbarung erreichbar und der AK nur über alleinige und einseitige Sondereinlagen der Mehrheit über die zugesagten regelmäßigen Zahlungen (von DM 2.250,- monatlich seitens der Mehrheit und DM 1.000,- seitens der Minderheit) haltbar, gilt das Projekt als gekündigt.

c. In diesem Zusammenhange nehmen wir euren Vorschlag einer monatlichen Finanzberichterstattungspflicht ausdrücklich auf.

d. Von einer Haftung in gleicher Finanzhöhe für beide gleichberechtigte Partner kann aus sozialen Gründen, der unterschiedlichen Einkommenshöhe abgewichen werden. Das setzt aber voraus, daß man sich untereinander darüber eine Form der Rechenschaft gibt. Persönliche Daten, wie eure Kommissionäre vermuteten, interessieren uns dabei nicht.

e. Die finanzielle Verantwortlichkeit der Herausgebergruppen sollte im Herausgeber/Redaktionsstatut geregelt werden, jedenfalls dann, wenn wie im vorliegendem Entwurf die Rechte festgelegt werden.

Last not least sei hier angemerkt: Unsere Aussagen erfolgen hier nicht deshalb, weil wir die Katastrophe schon von vorneherein eingeplant hätten und selbstverständlich von einer Unterdeckung ausgehen, aber nach unseren Streiterfahrungen erfordert nun mal eine Fortsetzung des Projektes ein Stück weit einen neuen und ehrlichen Anfang.

Verhandelt und beschlossen am 17.8.91 auf einem SchreiberInnentreffen der "Mehrheit"

Hamburg, den 22.8.91

Liebe GenossInnen der Ex-KB-Minderheit,

die Abgleiche unserer Schreiben in dieser Woche bezüglich der letztendlichen Vereinbarungen zur gemeinsamen Herausgabe des ak haben ergeben, daß es neben jetzt ausgeräumten Mißverständnissen auch echte Differenzen, die sich auch in einer unterschiedlichen Beschlußlage der beiden Gruppen ausdrücken, gibt.
Als geklärt gelten kann:
- Vermögensaufteilung KB, einschließlich der letzten Zahlung
- Auszahlung aus dem Verlag
- Einstellung eines Redakteurs aus Eurer Gruppe, nach Eurer Wahl, vertraglich gesichert für die Laufzeit der Vereinbarung.
Nicht geklärt ist die von uns so genannte Haftungsfrage. Wir haben zur Kenntnis genommen, daß Ihr hierzu nicht nur eine andere Meinung habt, sondern von einem unterschiedlichen Status des Herausgabe ausgeht und eine unterschiedliche Stellung der Gruppen zum ak feststellt.

Ungeachtet der Tatsache, daß dieser Punkt geklärt werden muß, können wir Eurer Vorschlag nicht annehmen, da er unserer eigenen Beschlußlage widerspricht. Da wir ebenso wie Ihr in dieser Woche keine Mehrheitsversammlung (auch kein sinnvolles Delegiertengremium) einberufen können, bleibt diese Differenz für diesen ak bestehen. Eure Entscheidung, dann diese Ausgabe des ak nicht in gemeinsamer Verantwortung herauszugeben, nehmen wir zur Kenntnis, verstehen diese aber so, daß es noch keine endgültige ist.
Unser Vorschlag ist, in diesem ak einen kurzen Abriß über die Vereinbarungen (das, was geklärt ist) zu geben und dann im Anschluß jeder Gruppe einen wirklich kurz bemessenen Platz zur Charakterisierung der unterschiedlichen Auffassung. (Wir halten hierfür 80 Zeilen für genug, da im nächsten ak, so mensch denn will, die ganze Geschichte aufrollen kann.) Dann sollten beiden Gruppen auf ihren nächsten Versammlungen angesichts der jetzt übrig gebliebenen Differenz abstimmen. Wir schlagen vor, daß hierfür begrenzt Gelegenheit gegeben wird, VertreterInnen der jeweilig anderen Seite anzuhören.

Für die Mehrheitsgruppe: as., Cl., gb., he., HH

Hamburg, 22.8.91

Liebe GenossInnen der Ex-KB-Mehrheit,

Wir haben Eure Stellungnahme zur "Haftung der Unterdeckung beim AK" erhalten. Es macht wenig Sinn, weiter zu verhandeln und Papiere hin- und herzusenden. Das Problem ist u.E. klar: obwohl die materiellen Bedingungen bei der AK-Herausgabe ungleich sind, sollen wir in gleicher Weise für mögliche materielle Folgen haften. Diese Ungleichheit war bereits mit der Weigerung der Trennung von HSV und Schaffung eines AK-Verlages gegeben. Seither wird unter ungleichen Voraussetzungen verhandelt, die daraus resultierenden Folgeprobleme durchzogen die Verhandlungen. Daher zu Eurer Erläuterung noch einmal die grundlegenden Unterschiede:

1. Wir anerkennen aufgrund der uns sehr gut bekannten Undurchschaubarkeit des HSV Eure entsprechenden Kostenrechnungen nicht, logischerweise auch nicht Eure Errechnung einer Deckungslücke und die daraus resultierende Rücklagenforderung.

2. Der AK wird von zwei unterschiedlichen Gruppen herausgegeben. Anders als die Ex-KB-Mehrheit versteht sich die Gruppe K nicht als AK-Unterstützungsverein, sondern hat einen davon unabhängigen Organisationsansatz. Entsprechend kann auch nicht die Gruppe als Ganzes in Haftungsrechnungen, bzw. in Haft genommen werden.

3. Vor dem Hintergrund hat unsere Versammlung entschieden, ein gleichberechtigtes AK-Dachmodell unter gleichen materiellen Voraussetzungen ist gescheitert. Angeboten haben wir eine redaktionelle und herausgeberische Gleichberechtigung für den AK. Unsere finanzielle Beteiligung von monatlich 1000 DM ist ein von uns für unsere Ressourcen und die AK-Risiken unter ungleichen Bedingungen für tragbar angesehener politischer Preis für die AK-Mitarbeit gewesen. Gefordert haben wir eine, respektive zwei halbe Stellen nicht aus Euren Geldern, wie Euer Brief vom 17.8. glauben macht, sondern aus Erlösen des AK, an dessen politischer und Verkaufssubstanz wir beteiligt sind. (Womit gemessen an Eurem Stellenvolumen wir uns - selbstbeschränkt - bescheiden ausnehmen.) Wir haben daher Euren HSV

als Stelle für [illegible] und Erstellung des [illegible] auf Grundlage "leistungs- und marktgleicher Preise" (also sind wir K-Gruppler) im Verhältnis zu anderen linken Betrieben akzeptiert. (Waren die für Euch machbar, wäre der AK also auch eine "profitable Handelsware".)

*) Für alle mit dem HSV zusammenhängenden Kosten und Folgen haftet nur ihr. Für alle sonstigen Einbußen aus unserer gemeinsamen AK-Tätigkeit können wir entsprechend unseren Beschlüssen keine paritätische Haftung übernehmen. Wohl aber eine Mitverantwortung (siehe unten).

4. Euren Haftungsbegriff können und wollen wir nicht übernehmen, er hat in einer Vereinbarung über AK-Zusammenarbeit nichts zu suchen. Wir erinnern Euch daran, daß wir für KB- und HSV-Altlasten reichlich mitgehaftet haben: 45.500 DM Personalrücklagen für ausschließlich Eurer Strömung zuzurechnendes Personal wurden von uns ebenso zur Hälfte mitgetragen, wie wir unter Protest letztlich die Hälfte der 47.000 DM HSV-Rücklagen für bereits gezahlte Abo-Gelder geschluckt haben. Damit ist ein Schlußstrich gezogen. Die jetzige AK-Zusammenarbeit ergibt sich - wie oben erläutert unter völlig neuen und anderen Voraussetzungen.

Vor dem Hintergrund gibt es für uns nichts mehr zu verhandeln, sondern Ihr müßt entscheiden.

Wir bieten an:

* Nachdem die 14.000 DM aus HSV-Vermögen ausgezahlt bzw. garantiert sind;
* Wenn uns die zwischen HH und g. abgesprochenen restlichen 1.382 DM aus dem KB-Vermögen ausgezahlt sind;
* Wenn die eine Redaktionsstelle vertraglich zugesichert wird;

ohne weitere Verzögerung in die gemeinsame Arbeit für AK 333 einzusteigen.

Für das gemeinsame Statut schlagen wir nach Punkt [illegible] einen zusätzlichen 4. Punkt vor (alle weiteren bitte eins höher nummerieren):
"Im Falle finanzieller Einbußen aus gemeinsamer redaktioneller Tätigkeit, aufgrund politischer Einbrüche im Verlauf des AK sowie aufgrund von nachweisbaren Kostensteigerungen verpflichten sich beide Partner, die entstehende Kosten durch Eigenanstrengungen in ihren Gruppen, durch verstärktes Spendensammeln sowie gemeinsame Anstrengungen zur Kostensenkung aufzufangen. Erweist sich dies als nicht möglich, muß über die weitere Zukunft des AK von beiden Herausgebergruppen beraten werden."

Im Interesse einer Klärung vor diesem AK und um uns die Chance einer Stellungnahme im AK zu geben, erwarten wir von Euch bis Donnerstag 18 Uhr eine Antwort.

Die anwesenden RedakteurInnen in spe der Gruppe K - hr, jw, kla, sab

Hamburg, den 25.8.91

Zusatzvereinbarung zwischen Ex-Mehrheit und Gruppe K

1. Die Gruppe K zahlt zur Deckung der AK-Erstellungskosten für den Zeitraum eines Jahres einen monatlichen Beitrag von 1000.- DM; die Ex-Mehrheit zahlt monatlich 2.250 DM.

2. Die Ex-Mehrheit stellt bis Februar 1992 eine Deckungsrücklage von 7.500 DM zur Verfügung. Sie möchte für den Zeitraum danach mit der Gruppe K zu einer Regelung über eine gemeinsame Haftung für Verluste des AK kommen.
Von der Gruppe K wird für den vereinbarten Zeitraum eine Deckungsrücklage von 3.000.- DM festgelegt, welche nur in finanziellen Notfällen abgeschöpft werden kann, die sich - jenseits der Tätigkeit des HSV - aus der sonstigen redaktionellen Tätigkeit ergeben (Kostensteigerungen; drastische Verkaufs-, bzw. Spendeneinbrüche etc.).

3. Beide Seiten sind für das AK-Spendenkonto zeichnungsberechtigt; über die Verwendung dieser Gelder wird gemeinsam entschieden.

4. Beide Seiten betrachten die Frage der direkten oder indirekten Subventionierung des AK aus den Mitteln der Herausgebergruppen bis zur Bilanzierung der Ergebnisse der für den Winter geplanten Spendenkampagne als geklärt.

Für die Kommissions- bzw. Redaktionsvertretung

der Ex-KB-Mehrheit der Gruppe K

Beschluß der Mehrheitsgruppe zur Weiterführung des AK Versammlung vom 15.9.1991 in Hamburg

1. Wir halten an der in ak 333 publizierten Vereinbarung inclusive Zusatzvereinbarung fest.
2. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die Gruppe K jede Haftungsverpflichtung ablehnt. Wir erklären hierzu, daß eine gemeinsame und gleichberechtigte Herausgabe die Verantwortung für das Gesamtprojekt beinhaltet, was die finanzielle Verantwortlichkeit einschließt, dies sowohl in Hinsicht der Haftung als auch in Hinsicht der Rechnungsprüfung.
Wir bestehen nicht auf einer formellen Regelung dieser Frage, weisen jedoch darauf hin, daß wir von der gemeinsamen Verantwortung ausgehen und diese gegebenenfalls einklagen werden.
Wir halten an unserer Zusage fest, eine Unterdeckung bis in Höhe von DM 7500.- einseitig abzusichern. Im Fall eines übersteigens dieser Summe müssen neue Vereinbarungen getroffen werden. Kommen diese nicht zustande, sehen wir die gemeinsame Herausgabe als aufgekündigt an.
3. Wir erwarten, daß die monatlich vereinbarte Zahlung von DM 1000.- der Gruppe K ohne Konditionen erfolgt.
4. Wir gehen davon aus, daß das AK-Konto bis in Höhe der errechneten Deckungslücke von DM 2750.- (1500.- gerechnet als regelmäßige Spenden, 1250.-, die sich aus der Minderzahlung der Gruppe K ergeben) monatlich ohne Absprache belastet werden kann.
5. Wir erwarten die Zahlung der Gruppe K für die Monate August und September innerhalb dieser Woche. Wir erwarten die Freigabe der Gelder vom Spendenkonto für beide Monate ebenfalls in dieser Woche.

Anlage 1.

Betr.: Bisherige Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Verlag

Seit August 1991 sind die bis April durch den KB, dann über eine Übergangsregelung aus dem KB-Vermögen getägtigen Einlagen in den Verlag erloschen. Kostenrechnung hin oder her weiß jeder, daß der AK in seiner jetzigen Form nicht kostendeckend produziert und vertrieben wird. Die erste Ausgabe des AK nach der neuen Vereinabrung wurde am 26. August gedruckt und ausgeliefert. Bis auf die Aboerlöse sind bis heute keiner Erlöse (aus Rechnungen an Buchläden, Gruppen, Einzelpersönen) realisiert worden. D.h. der größte Teil der bisher angefallenen Kosten sind vom Verlag vorgestreckt worden.
Die Gruppe K hat bis 15.September weder ihren Beitrag für August noch den für Septemeber eingezahlt. Darüberhinaus blockiert sie die Zahlungen vom Spendenkonto. Dies macht für den August nach der vorgelegten Kostenrechnung eine Unterdeckung von DM 1000+1500+1250=3750.- aus. Die gleiche Summe ergibt sich für September. Gezahlt worden sind u.a. aber für August schon die Gehälter für die von ihr besetzte Redaktionsstelle.
Wir sind nicht bereit, Monat für Monat Verhandlungen mit der Gruppe K zu führen, bei denen sie die Blockierung von Geldern als Erpressungsmittel benutzt. Deshalb unsere Forderung, daß die Zahlung der Gruppe K ohne Konditionen erfolgt und daß die Zahlung vom Spendenkonto bis in Höhe der errechneten Unterdeckung ohne Absprache erfolgen kann.

Anlage 2

Betr.: Redaktionskosten und Kosten der Raum/Maschinen-Nutzung

In der vom Verlag aufgemachten Kostenrechnung für den AK sind Kosten für die Redaktion veranschlagt worden Darin sind enthalten Büromaterialien, Maschinennutzung, Räume, Porto, Telefon usw.
Die Gruppe K hat sich nun darüber beschwert, daß HH in einem Fall eine Nachverhandlung gefordert hat. Sie geht offensichtlich davon aus, daß der Verlag alle anfallenden Kosten zu tragen hat, unabhängig von deren Höhe und ob diese überhaupt vorgesehen waren. Dem widersprechen wir. Wenn eine Kostenrechnung auf der Seite des Satzes, des Drucks und des Vertriebs eingeklagt wird, müssen selbstverständlich auch andere Etatposten überprüft werden. Wenn beispielsweise die veranschlagten Telefonkosten von DM 600.- auf 1000.- steigen, dann gibt es entweder die Möglichkeit, die zwangsweise runterzusetzen, um den Etat einzuhalten; oder es muß darüber gesprochen werden, diesen Etatposten zu erhöhen. Das wiederum geht selbstverständlich nur, wenn andere Etatposten gekürzt oder die Einlagen erhöht werden.
In diesem Zusammenhang möchten wir die Gruppe K auch fragen, ob sie ein Interesse an der Nutzung der Räumlichkeiten bzw. der Maschinen im Verlag über die reine Nutzung für die redaktionelle Arbeit hat. Sollte dies so sein, bitten wir um eine Vorschlag, auf welcher Basis dies geschehen sollte (Einzelabrechnung, Pauschale, welche Bereiche).

26 TeilnehmerInnen aus:
Dortmund (1)
Oldenburg (3)
Frankfurt/M. (1)
Harburg (1)
Münster (1)
Westberlin (4)
Hamburg (15)

7. September

Punkt 1:
Allgemeine Aussprache über das Ende des "Roten Oktober", den Kommunismus und uns
Eine intensive und kontroverse Debatte ohne Beschlüsse. Protokolliert wurde (leider) nicht.

Punkt 2:
Aussprache über die jugoslawische Situation, unsere Haltung zum nationalen Selbstbestimmungsrecht, die diesbezüglichen Positionen einzelner Ex-Mehrheitler sowie die Standpunkte Lenins. (Protokolliert wurde nicht.)
Vereinbarung:
1. Wir werden im AK den diesbezüglichen neu/alten Kt.-Thesen entgegentreten.
2. Eine positive Parteinahme im Jugo-Konflikt erscheint uns ausgeschlossen. Wir werden hinsichtlich der Situation in Jugoslawien schwerpunktsmäßig und in Abgrenzung mit der neuen deutschen Außenpolitik beschäftigen. Ein entsprechender AK-Artikel und eine entsprechende Flugblatt-Invervention zur 3.10.-Feier in Hamburg werden in Hamburg vorbereitet.
3. Die Theoriediskussion über nationale Selbstbestimmung und die Stalin/Leninschen Positionen in dieser Frage ernsthaft - vorerst über die Bahamas - angegangen werden.

Punkt 3:
Ex und Hopp (Mehrheit und AK)
Die allerjüngsten Entwicklung (Brief HH vom 28.8.) ließ es notwendig erscheinen, auf jede Form des sich Einlassens auf das Finanzgebaren von HSV und Ex-Mehrheit zu verzichten. Konkret betraf dies insbesondere die Frage einer einvernehmlichen Verwendung der für den AK gezahlten Spendengelder. Auf das diesbezügliche Mitspracherecht (und die damit verbundene Mithaftung hinsichtlich der HSV-Einnahmen- und Ausgabenpolitik wurde nunmehr definitiv verzichtet. Die übrigen Absprachen zwischen Gruppe K und Ex-Mehrheit blieben einschließlich Punkt 4 der im AK veröffentlichen "Vereinbarung..." hiervon unberührt. Es existierte aber ein Einvernehmen, daß jede Zusatzfinanzierung für den AK via Rücklagendeckung von der diesbezüglichen Beschlußfassung einer Gruppe K-MV abhängig zu machen ist.

8. September

Punkt 4
Strukturen der Gruppe K

Beschlossen wurde:

1. Bundesweite Treffen
Mindestens zweimal im Jahr trifft sich die Gruppe K zu bundesweiten Treffen. Fragen, die grundlegend z.B. Strukturen betreffen, werden nur dort entschieden.

2. Redaktionskonferenz
Ungefähr vierteljährlich finden Redaktionskonferenzen statt, die (u.a.) von der gewählten Redaktion vorbereitet werden. Dort sollen politische Themenfelder in ihrer Relevanz für die Zeitungsarbeit vorbereitet diskutiert werden. Die monatlichen Redaktionssitzungen sind gruppenöffentlich. Sie sollten nach Möglichkeit auch ihrer Terminierung nach zugänglich sein.

3. Zuständigkeiten für Arbeitsbereiche
Die politische Intervention im Namen "der Gruppe K" wird vermutlich in nächster Zeit geringe Bedeutung haben. In der Regel wird politische Intervention nur über die örtliche Ebene eine Rolle spielen. Für die Koordination konkreter Arbeitsbereiche (AGs; Demo-Projekte) soll es personelle Verantwortlichkeiten geben, die sich um Informationsaustausch bemühen, und für Anfragen zur Verfügung stehen.

4. Laufende Koordinierung
In diesem Punkt wurde eine provisorische Struktur beschlossen, die bis zur kommenden Mitgliederversammlung, die darüber abschließend zu befinden hat, probeweise realisiert werden soll. Der interne Informationsfluß ist demnach zu gewährleisten
a. durch die Bahamas, die in zweimonatigem Turnus in redaktioneller und organisatorischer Verantwortung der Westberliner Gruppe K erstellt und verschickt werden wird. Zu prüfen ist, ob nicht auch das diesbezügliche Abrechnungswesen von Westberlin autonom organisiert werden kann.
b. durch die Erstellung und Verschickung von Kurzinfos in unregelmäßen Abständen, für die eine Hamburger "Bürogruppe" verantwortlich ist.
c. Das Hamburger Büro der Gruppe K wird von jetzt ab täglich zwischen 17.00 Uhr und 19.30 besetzt und postalisch wie auch telefonisch erreichbar. (Gruppe K, Karolinenstr. 21 a, 2000 Hamburg 36, Tel.: 040/.....). Es steht vorläufig für zentrale Auskünfte/Infovermittlung zur Verfügung.
d. Für die interne unumgängliche Koordinierung der bundesweiten Gruppe K wird eine Koordinationskreis eingerichtet, dem in Ausnahmefällen auch die Aufgabe der politischen Entscheidungsfindung zukommen wird. Die Mitglieder dieses Kreises werden von den jeweiligen Orten/Regionen benannt: 2 Personen aus Westberlin, 2 Personen aus Hamburg, 1 oder 2 Personen (Dortmund und/oder Köln) aus NRW, 1 Person (falls gewünscht) aus Mannheim.

5. Büro der Gruppe K
Der schriftliche Antrag, die oberen Geschoßräume der "Karo" für die Gruppe K zu Bürozwecken anzumieten wurde zugunsten des Angebots, auf den unteren, bereits renovierten und winterfesten Raum zurückzugreifen, ohne Gegenstimme abgelehnt. Hinsichtlich der anzuschaffenden Computer-Ausstattung müssen bis zum nächsten Treffen alle notwendigen Vorklärungen getroffen und die Optionen bis zur Beschlußreife vorgeprüft sein. In HH wird No. diesbezüglich die Federführung übernehmen. Eine GenossIn bzw. ein Genosse aus Berlin wird noch ausgeguckt.

6. AK-Endredaktion
Es wird von Be. und ol. der Vorschlag eingebracht, daß auch GenossInnen außerhalb der Gruppe K-Redaktion sich z.B. redigierend an der reaktionellen Tätigkeit beteiligen. Aus Westberlin wird berichtet, daß für das AK-Wochende ab AK 335 jeweils eine zweite Person sich an den Arbeiten beteiligen wird. Die Koordination für die AK-Zuarbeit (redaktionell und technisch) übernimmt für AK 334ff Sabine.

7. Schulungsarbeit zu 2 Jahre Scheißdeutschland
Sommerpausenbedingt wird die in Dortmund beschlossene Untersuchungssarbeit erst in den kommenden Wochen anlaufen. Für den Bereich BRD-Außenpolitik hat We./Do. die Federführung übernommen, für den Bereich BRD-Ökonomie No./HH. Im Bereich Ideologiebildung/Neuordnung des Geschichtsbewußtseins ist Hr./HH zuständig. Im

Bereich Faschismus/Rassismus wird die Federführung noch abgeklärt. Ein erstes Koordinierungstreffen der Schulungscrew soll AG-übergreifend am Vortage des Westberliner Vorbereitungstreffen für die RL-Veranstaltung zur Deutschland-Bilanz (vermutlich am 28.9.) in Westberlin stattfinden.

8. Sonstige Projekte
Hinsichtlich der Vorbereitungen auf den WWG 1992 in München ist Ho./HH der Ansprechpartner für GenossInnen der Gruppe K.
Hinsichtlich des Dresdener Antifa-Kongresses übernimmt diesen Job Jw. aus Westberlin.

max., 14.9.91

41

Beschluß der Gruppe K zur Weiterführung des AK

Treffen vom 7./8. September 1991 in Hamburg

Nach einer Debatte über die zwischen den Beauftragten beider Gruppen ausgehandelte Vereinbarung plus Zusatzvereinbarung zur Weiterführung des ak sowie eines Briefes von HH an g. vom 28.8.91 ("Betrifft: Diverses wegen Finanzen") wurde festgestellt

- daß in dem Brief von HH erneut und im Widerspruch zu der drei Tage zuvor unterzeichneten Zusatzvereinbarung die Forderung nach neuen und ergänzenden Finanzvereinbarungen erhoben und die in der Vereinbarung geklärte Finanzierung der Redaktionsausgaben für je eine Redakteursstelle beider Gruppen aus den AK-Erlösen grundsätzlich und neu infrage gestellt wird,

- daß dort erneut die hinlänglich bekannte Tatsache, daß wir die Kostenrechung des HSV (z.B. den Posten einer vollen Vertriebsstelle) nicht anerkennen, ignoriert wird

- und daß insofern in der noch offen gebliebenen Frage der Verwendung von AK-Spenden ein reales Einvernehmen nur für den Preis permanenter Auseinandersetzungen herstellbar sein wird, wozu ein Bereitschaft unsererseits nicht besteht: An der gemeinsamen Verwaltung des AK-Spendenkontos und den Entscheidungen über die Verwendung der dort eingegangenen Gelder wollen wir uns in Zukunft nicht beteiligen.

Daraus folgt:

1. Gemäß der Vereinbarung über die gemeinsame Herausgabe der Zeitung ak sind die Redaktionsmitglieder der Gruppe K und der Ex-Mehrheit politisch gleichberechtigter Teil der gemeinsamen ak-Redaktion.

2. Aus den Erlösen bzw. den Zusatzzahlungen für den ak werden je eine Redakteursstelle für die Gruppe K und die Ex-Mehrheit bezahlt und die anfallenden Redaktionskosten (Telefon, Räume, Fahrgeld), wie vereinbart, getragen.

3. Die Gruppe K wird sich an der unmittelbaren AK-Erstellung und Verschickung durch ehrenamtlichen Einsatz im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen. Die darüber hinausgehende technische Erstellung und der Vertrieb des ak verbleiben in den Händen der Ex-Mehrheit.

4. Die Entscheidungsbefugnis über die Verwendung der Spendengelder (monatlich derzeit 1.900 DM) und der AK-Erlöse liegt im kommenden Jahr in der Hand der Ex-Mehrheit. Dies gilt ebenfalls für die Verantwortung hinsichtlich der Begleichung der bei der turnusmäßigen AK-Produktion eingegangenen finanziellen Verpflichtungen. Dessen ungeachtet wird die Gruppe K die Spendenaufrufe für den AK, soweit über die Verwendung der Gelder eine öffentliche Berichterstattung erfolgt, unterstützen.

5. Es bleibt bei den ansonsten getroffenen Vereinbarungen. Die Gruppe K wird für die kommenden 12 Monate (ab August 1991) eine Einlage von monatlich 1000.- zur Unterstützung des ak überweisen.

6. Zu weiteren Verhandlungen sind wir nicht bereit. Sollte dies von der Ex-Mehrheit auf ihrem Treffen am 14./15. September nicht mitgetragen werden, bieten wir an, daß die Redaktionsmitglieder der Gruppe K politisch gleichberechtigt im Sinne des Redaktionsstatuts in der ak-Redaktion mitarbeiten. Alle weiteren Verpflichtungen und Abmachungen würden in diesem Fall gegenstandslos.

Nr. 38/III
1991

die Internationale

August 91

Zum Ende des Kommunistischen Bundes

CORA BLUME, DAVID MÜLLER

Am 20.April dieses Jahres hat sich mit dem Kommunistischen Bund die letzte der alten westdeutschen K-Gruppen aufgelöst. Verspätet, könnte man meinen, denn andere Gruppen wie etwa der KBW sind längst Geschichte. Daß sich der KB länger hat halten können als andere vergleichbare Gruppen, hat Gründe. Weniger Avantgarde-Anspruch, weniger strukturelle und kulturelle Kinderkrankheiten und mehr Realismus in der Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse haben ihm langfristig den Rücken gestärkt. Auch daß er all die Jahre bei aller Freundschaft zum Maoismus ohne sozialistisches Vaterland auskam, hat sich nicht als Mangel sondern als Vorteil erwiesen. Doch zum Überleben hat es nicht gereicht: Strukturelle Verkrustungen und mangelnde Interventionsmöglichkeiten mindestens seit Beginn der 80er hatten auch dem KB schwere Schäden zugefügt. Als 1989 mit der Radikalen Linken so etwas wie ein Neuanfang gestartet werden sollte, war es im Grunde zu spät: Zu viel Winterschlaf und zu wenig Entwicklung war dem vorausgegangen, eine scheinbar alte Debatte wie die um die Faschisierungsthese enthüllte endgültig, daß in grundsätzlichen Einschätzungen kein inhaltlicher Konsens mehr herzustellen war. Der Umbruch in der DDR brachte die Schärfe der Konflikte endgültig an den Tag: Nie wieder Deutschland-Kampagne versus PDS-Wahlkampf, die organisatorische Trennung wurde unausweichlich. Einige der Hintergründe sollen hier beleuchtet werden. Zum besseren Verständnis - vor allem für Nicht-Wessis - werden auch einige Stationen der KB-Geschichte gestreift. Unwichtig ist die Angelegenheit keinesfalls, denn der KB war zweifelsohne die Organisation mit der größten Überlebenschance. Und da die Restmasse selbst, wie der Auflösungskongreß gezeigt hat, kaum Interesse an einer Beleuchtung der Ursachen hat, sollte sich der Rest der Linken damit beschäftigen. Das kann für die Zukunft nicht schaden.

Die 68er...

Die Bewegung von 1968 war in der Bundesrepublik fast eine reine StudentInnenbewegung. Gab es in Frankreich im Mai 1968 einen massiven Generalstreik mit 10 Millionen ArbeiterInnen und in Italien den "schleichenden Mai" 1968-69, die zumindest zeitgleich mit den studentischen Mobilisierungen abliefen, so kamen weitergehende Arbeitskämpfe in Deutschland erst Anfang der 70er Jahre auf. Daher war vor allem der kulturelle Aspekt der westdeutschen StudentInnenbewegung ähnlich stark ausgeprägt wie in anderen Ländern. Junge Leute rebellierten gegen den Mief der Wirtschaftswunder-Generation und aus dem Faschismus überkommene Traditionen.

Doch der fehlende Bezug zur ArbeiterInnenbewegung stellte sich als ein zentrales Problem der StudentInnenbewegung heraus. Viele linke StudentInnen sahen zwar die Notwendigkeit, sich mit den ArbeiterInnen zu verbünden, aber die objektive Lage (Fehlen von Kämpfen in diesem Sektor) ließ den Marsch vieler StudentInnen in die Betriebe und vor die Werkstore scheitern. Hinzu kam, daß - anders als in Italien, Frankreich oder Spanien - die personelle Kontinuität zur Linken der 30er, 40er und 50er Jahre durch den Faschismus gebrochen worden war. Es gab nur wenige ältere GenossInnen, die praktische Erfahrungen im Zusammenwirken von Intellektuellen und ArbeiterInnen hatten.

So bildeten sich, grob gesagt, zwei Tendenzen heraus. Die eine feierte den Abschied von der ArbeiterInnenklasse, die andere, die sich bald in den "K-Gruppen" wiederfinden sollte, mystifizierte das Proletariat und paßte sich dem an, was ihrer Meinung nach die Kultur und der Habitus des Proletariats waren.

Ein großer Teil der alten 68er ging in die Jungsozialisten oder in die neugegründete DKP. Vor allem aus dem antiautoritären Flügel der APO gingen die Spontis hervor und der Teil der APO, der sich nach wie vor am Marxismus orientierte, fand sich in zahlreichen Zirkeln wieder, aus denen Anfang der 70er Jahre die K-Gruppen hervorgingen. Die wichtigsten von diesen waren der KBW (die größte unter ihnen und eher studentisch geprägte Gruppe), die KPD/ml (sie war kleiner als der KBW hatte allerdings durch einige alte KPD-Mitglieder eine gewisse Kontinuität), die KPD/Aufbauorganisation, der in Süddeutschland verankerte Arbeiterbund zum Wiederaufbau der KPD und der Kommunistische Bund.

Abgesehen vom KB war allen diesen Gruppen eine extreme Anlehnung an China gemeinsam. Besonders die KPD/AO tat sich dabei hervor, den Rechtsschwenk der chinesischen Führung Mitte der 70er Jahre nachzuvollziehen und die Sowjetunion als Hauptfeind anzugreifen, was sie bis hin zu extrem nationalistischen Parolen ("Deutschland dem deutschen Volk") verfolgte.

Die meisten Gruppen hatten keine ArbeiterInnenbasis, die direkt aus den Betrieben kam. Meist handelte es sich um StudentInnen, die sich "proletarisiert" hatten. Hand in Hand damit ging ein alberner Proletkult, bei dem oft gerade die rückschrittlichsten Aspekte der ArbeiterInnenkultur aufgegriffen wurden. Bestimmte Formen der modernen Musik wurden als dekadent abgelehnt, Frauenunterdrükkung in der ArbeiterInnenklasse geleugnet (natürlich auch in der eigenen Organisation), lange Haare und Jeans waren verpönt. Kurz, es fand eine kleine kulturelle Konterrevolution statt. Darüberhinaus bleibt es fraglich, ob dieses Verhalten fortschrittliche ArbeiterInnen ansprechen konnte...

Ebenfalls gemeinsam war diesen Gruppen ein extremer Avantgarde-Anspruch und die Erwartung einer auch in den westlichen Industrienationen nahe bevorstehenden Revolution. Jede Organisation sah sich als den Vorläufer der neuaufzubauenden KPD und agierte in dem Bewußtsein, daß die Massen nach links wollen.

Das machen wir anders als...

Der KB unterschied sich in wesentlichen Fragen von diesen Organisationen. Er entstand 1971 schwerpunktmäßig in Hamburg aus der Fusion von zwei Gruppen, nämlich dem vorwiegend studentischen Kommunistischen Arbeiterbund und dem SALZ, einer Gruppe von Lehrlingen und jungen ArbeiterInnen. Diese "natürliche" ArbeiterInnenbasis erleichterte es dem KB, eine eigenständige Betriebsarbeit ohne den Proletkult der anderen K-Gruppen aufzubauen.

Der KB verstand sich lange als maoistische Organisation, insbesondere die Kulturrevolution spielte für ihn als Instrument einer revolutionären Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft eine große Rolle. Dennoch verhielt sich der KB bei aller Beschönigung der Innenpolitik der KPCh vor allem gegenüber der chinesischen Außenpolitik kritisch. So kämpfte auch er vehement gegen die These vom Hauptfeind Sowjetunion und griff die Gruppen, die diese These übernahmen, als Vaterlandsverteidiger an.

Der KB sah sich selber generell nicht als Avantgardeorganisation. Dies hing mit seiner Einschätzung der Gesamtsituation zusammen. Der KB sah die Bundesrepublik nicht in einer vorrevolutionären Phase, sondern ging davon aus, daß die Bourgeoisie in der BRD in der Offensive ist. Für die nahe Zukunft sah er als Aufgabe der Linken primär Abwehrkämpfe gegen den zunehmenden Sozialabbau und den Aufbau des Repressionsapparates an. Dementsprechend sah er die K-Organisationen und auch sich selbst nicht als direkten Vorläufer einer revolutionären Partei, sondern maximal als linke Kerne.

Früher als andere linke Organisationen erkannte der KB in den neuen sozialen Bewegungen einen wichtigen Bestandteil der Opposition in der BRD. Das trug ihm von Seiten anderer K-Gruppen den Vorwurf des Bewegungsfetischismus ein, bedeutete aber für die Organisation einen erheblichen Einfluß auf gesellschaftliche Kämpfe wie die Frauen- oder die Anti-AKW-Bewegung.

Die Organisationsstruktur des KB war in den ersten zehn Jahren seines Bestehens vollkommen willkürlich. Auf der nationalen Ebene wurde der KB vom Leitenden Gremium geführt. Dies war nicht gewählt, und die Mitglieder des LG waren großen Teilen der Organisation nicht bekannt. Dies erschwerte dem Verfassungsschutz natür-

Solidarität ist eine Waffe!

Seit 15 Jahren unterstützt die Rote Hilfe e.V. Politische Verfolgte in der BRD und kämpft gegen die politische Unterdrükkung durch die herrschende Klasse.
Die Zeitung der Roten Hilfe informiert über Fälle staatlicher Repression, über Gesetzesveränderungen im politischen Strafrecht und der Kriminalisierung von Flüchtlingen, über Prozesse und Haftbedingungen politischer Gefangener und die Antirepressionsarbeit.
Sie ist wie die Rote Hilfe parteiunabhängig und versucht, dem Anspruch der Roten Hilfe - eine Schutzorganisation für die gesamte Linke zu sein - gerecht zu werden.
Die Rote Hilfe - Zeitung erscheint quartalsweise und kostet im Abonnement 10,- DM für 4 Ausgaben.
Abonniert die Rote Hilfe-Zeitung! Werdet Mitglied der Roten Hilfe!

Informationsmaterial, Probehefte und Beitrittserklärungen können bestellt werden über:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
23 Kiel 14

Helft helfen!

lich seine Arbeit ungemein, doch die Demokratie innerhalb der Organisation blieb auf der Strecke, was sich vor allem in der ersten großen Krise der Organisation Ende der 70er und in der Folge durch erheblichen Mitgliederschwund und eine innere Verkrustung rächte.

Anders als der Rest der Linken bezog der KB früh die Frage der Frauenunterdrückung nicht nur in seine politische Praxis, sondern auch in seine Theoriebildung mit ein. Von den arbeitertümelnden Positionen der K-Szene setzte er sich dadurch ab, daß er das Selbstbestimmungsrecht der Frau in den Mittelpunkt seiner Frauenpolitik stellte. Ein Ergebnis innerorganisatorischer Debatten war das Frauenstatut, das den Frauen im KB eine autonome Politik ermöglichte und zahlreiche Interventionsmöglichkeiten für Frauen festlegte. Es erschien zu einem Zeitpunkt, als es von der Krise der Organisation Ende der 70er längst eingeholt worden war, spiegelt aber bis heute einen hohen Stand der Entwicklung einer linken Position zur Behandlung der Frauenfrage in einer marxistischen Organisation wieder.

Als Kuriosum bleibt zu erwähnen, daß der KB nie ein geschriebenes Programm besaß. Es gab zwar zu bestimmten Themen programmatische Aussagen (Faschisierungsthese, China usw.), aber kein zusammenhängendes Programm. So war die Organisation nicht durch bestimmte theoretische Vorstellungen definiert, sondern eher durch ein gemeinsames Politikverständnis. Das konnte in einer gesamtgesellschaftlich bewegten Situation zeitweilig ausreichen, sollte aber letztendlich zur Auflösung der Gruppe beitragen, da eine systematische Debatte über den theoretischen Standort der Organisation fehlte.

Die Krise Ende der 70er...

In den 70er Jahren hatte der KB eine Reihe politischer Erfolge für sich verbuchen können. Zwar war er nicht die mitgliederstärkste der K-Gruppen, aber sein Einfluß im betrieblichen Bereich, aber auch in den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere in der Anti-AKW- und der Frauenbewegung, überstieg den anderer Organisationen. Doch das Agieren in den verschiedenen Bewegungen stellte sich für den KB als Gratwanderung heraus. Programmatische Schwächen, eine extensive Rekrutierungspolitik und zum Teil unreflektierter Aktionismus brachten die Organisation später als andere K-Gruppen, denen zerbrochene Revolutionserwartungen und nichteinzulösende Avantgarde-Ansprüche längst an die Substanz gingen, in die Krise. Allein ein Drittel der Mitgliedschaft verlor der KB an die Grünen über den Weggang der Z-Gruppe, die dort eine linke Fraktion aufbauen wollten und sich dort zwar nicht als Fraktion, aber als ökosozialistischer Flügel auch einige Jahre behaupten konnten. Ein weiterer großer Teil der KB-Mitgliedschaft privatisierte oder versickerte in den Bewegungen. Daß der KB diese Krise überhaupt überlebte, verdankt er seiner in allen Organisationsebenen breit geführten damaligen Krisendebatte, an der sich so gut wie alle Mitglieder beteiligten. Die Reste der anderen K-Gruppen gingen übrigens zum Großteil in die neu sich gründenden GRÜNEN. Dort waren sie schnell am äußersten rechten Rand oder zumindest bei den Realos zu finden. Es fand in der gesamten Linken eine "Entkommunisierung" statt, an deren Ende von den alten Organisationen nur noch Restbestände verblieben und weite Teile der früheren Linken in die Grünen abgewandert waren.

Der KB als Zeitungsorganisation...

Die 80er begannen für den KB denkbar ungünstig: Nach der Krise und dem Austritt der Z-Gruppe blieb dem KB nur noch ein geringer Teil seiner früheren Mitglieder. Die Bewegungen, in denen der KB in den 70ern erfolgreich aktiv war, integrierten sich zu einem großen Teil in die Grünen. Die Anti-Nachrüstungsbewegung war das letzte größere Projekt, in dem sich der KB engagierte. Aber die Friedensbewegung war dominiert von SPD, Grünen und DKP, der KB konnte dort nur in der Rolle einer linken Minderheit im Rahmen des "Bundeskongreß unabhängiger Friedensinitiativen" agieren. Die Dominanz reformistischer Parteien und die Deeskalationslinie der Bundesregierung machte linken Kräften in dieser Bewegung das Leben schwer. Dennoch gelang der Linken mit der Bremerhaven-Blockade 1983 und den Störmanövern 1984 ein respektabler Aktions-Ansatz. Nach dem Niedergang der Friedensbewegung gab es kaum noch Ansätze im KB, als Organisation ein Projekt voranzutreiben. Der stabilste Faktor in dieser Zeit war ohne Zweifel der AK, der sich auch ohne den starken Rückhalt einer Organisation in der Linken weiter behauptete. Einige GenossInnen versuchten in der Folge, hieraus ein Organisationskonzept zu entwickeln, ähnlich dem sozialistischen Büro, das bekanntlich auch in erster Linie seine Zeitung "links" herausgibt. Doch die Teile des KB, die vor Ort noch eine aktive Praxis leisteten, wehrten sich nachhaltig gegen diese Idee. Sie wollten den KB als interventionsfähigen Zusammenschluß reorganisieren. In der aktuellen Situation war dies sicher der richtige Ansatz, doch in der Rückschau muß man eingestehen, daß der KB längst eine Zeitungsorganisation war mit dem AK als Mittelpunkt, getragen von einer Anzahl organisatorisch maximal informell vernetzter Gruppen. Von einer linken, organisierten Praxis konnte seit 1984 keine Rede mehr sein. Es war im Wesentlichen die Attraktivität der Zeitung, die den KB über die zweite Hälfte der 80er hinübergerettet hat. Doch die verkrusteten Strukturen, der Mangel an politischer Gemeinsamkeit und die inzwischen chronische theoretische Schwäche fielen über die Organisation in dem Moment herein, als a) der KB selbst sich verändern wollte, nämlich nach dem Kongreß von 1989, und b) sich die äußeren politischen Bedingungen für die Linke sich nachhaltig veränderten, was ebenfalls 1989 mit dem Zusammenbruch der DDR eintrat. Nun rächte sich, daß der linke Winterschlaf der 80er Jahre nicht wenigstens für eine strukturelle und theoretisch-programmatische Erneuerung genutzt worden war...

KB-Kongreß 1989: Anfang vom Ende...

In gewissem Sinne schien die Welt auf dieser Veranstaltung noch in Ordnung zu sein. Alte Kontroversen wie die Diskussion um die Faschisierungsthese bestimmten die Debatten, nach der völligen Flaute in den ersten Jahren nach dem Ausstieg der Z-Gruppe ließ sich am Ende der 80er Jahre wieder ein gewisser Mitgliederaufschwung verzeichnen, und im Rahmen des Rechenschaftsberichtes des Leitenden Gremiums stellte die Leitung das von ihr anvisierte Projekt der Formierung einer Radikalen Linken vor. Darüber freute sich auf demselben Kongreß der Alt-KBler und Noch-Grüne Ebermann, der Ähnliches im Sinn hatte, und auch ein Gast-Redner der DKP drückte einen Wunsch aus, der scheinbar allen Anwesenden am Herzen lag: Die Linke möge näher zusammenrücken, überfällige Debatten endlich führen und damit auch wieder handlungsfähiger werden. Und als I-Tüpfelchen wählte der KB ein neues Leitendes Gremium mit einigen neuen Gesichtern, wovon man sich neue Impulse für die eigene Politik und eine bessere Vernetzung der Organisation versprach. Soweit sogut, doch eigentlich war alles ganz anders. Denn der Mitgliederzuwachs fand primär in einigen wenigen Ortsgruppen statt, die auch noch eine aktive politische Praxis leisteten, was durchaus nicht der Regel entsprach. Das Projekt einer neuen linken Formierung im linksradikalen Spektrum wurde - das stellte sich nach dem Kongreß ziemlich schnell heraus - weder von der ganzen alten Leitung, noch von der gesamten Organisation getragen. Und was viele KBler und vor allem auch Gäste als antike, bzw. ausschließlich KB-spezifische Debatte abtaten, nämlich die Diskussion um die Faschisierungsthese,

war nicht mehr und nicht weniger als eine Globaldebatte um die Entwicklung des westdeutschen Imperialismus und die Aufgaben der deutschen Linken. Daß es im KB an dieser Stelle immer wieder um seine Faschisierungsthese ging, lag daran, daß diese These jahrelang *das* konstitutive Element der KB-Politik war. Im Mittelpunkt stand also folgende Kontroverse: Hat der westdeutsche Imperialismus aufgrund seiner historischen Vergangenheit des Faschismus einen besonderen Charakter? Gibt es in Deutschland eine besondere Gefahr eines neuen Faschismus? Deutet die Entwicklung der Bundesrepublik daraufhin, daß sich die deutsche Bourgeoisie die Option auf einen neuen Faschismus rekonstruieren will? Oder ist die BRD eine ganz normale bürgerliche Demokratie wie etwa Frankreich? Hat dieser Staatsapparat nicht mehr und nicht weniger mit der extremen Rechten zutun als anderswo auch? Sind Verschärfungen wie die Sicherheitsgesetze ausschließlich präventive Maßnahmen, die die Bourgeoisie am liebsten in der Schublade verschimmeln lassen würde, ganz im Sinne eines "präventiven Sicherheitsstaates"? Wenn man genauer hinschaute, ging es um noch weit mehr: Denn einige GenossInnen konstatierten bei der innenpolitischen Bilanz der Faschisierungs-KritikerInnen eine selektive Auswahl in der Analyse der Entwicklung der BRD seit der 82er-Wende, so fehlte aus ihrer Sicht z.B. die reaktionäre AusländerInnenpolitik der Bundesregierung, das repressive Vorgehen des Hamburger Senats im Hafenstraßen-Konflikt oder der Konflikt um die WAA in Wackersdorf. Einige Genossen bewog das zu der Kritik, hier habe das Ziel der Untersuchung - in der BRD habe sich eine "Normalisierung" eingestellt - die Betrachtung beeinflußt, die Realität der BRD sei verharmlost worden. Die alte Faschisierungsthese mochte in diesem Streit allerdings niemand mehr so recht verteidigen. So schrieb die Frankfurter KB-Gruppe in einer auf dem Kongreß vorgelegten Stellungnahme: "Und in der Tat hat es in diesen Jahren (den 70ern, Anmer... der Autorin) einen oberflächlichen und dann geradezu inflationären Gebrauch des Etiketts "Faschisierung" gegeben. (...) Mit der Etikettierung zahlreicher Repressionsmaßnahmen als Faschisierung, mit der Steigerung von der "schrittweisen" zur "beschleunigten..." haben wir uns selbst am meisten geschadet." Allerdings sah die Frankfurter Gruppe hierin auch nicht den alleinigen Gehalt der These: "Die Faschisierungsthese war immer mehr als der Anspruch, konkrete Ereignisse in den 70er Jahren zu beschreiben. Sie war und ist auch ein ganz entscheidender Teil unseres Zugangs zur Geschichte, d.h. zum deutschen Faschismus. (...) Wir schätzten ein, daß der deutsche Imperialismus in einem dritten Anlauf versuchen würde, zur dominanten Macht in Europa und darüber hinaus zu werden. Es ging und geht der BRD um nichts weniger als um die vollständige Überwindung der Niederlage von 1945. Aufgrund dieser außerordentlich weit gesteckten Ziele waren wir der Ansicht, daß der BRD-Imperialismus sich nach innen und außen auf eine enorme Zuspitzung von Konflikten vorbereitet." In diesen Formulierungen steckt mit Sicherheit der beste Ansatzpunkt der alten Faschisierungsthese, nämlich die Bundesrepublik als den Nachfolgestaat des Nationalsozialismus zu verstehen, und unter dem Aspekt dieser besonderen historischen Tradition gesellschaftliche Entwicklungen in der BRD zu analysieren. Dies war ein vernünftiger Ansatz, insofern hier Besonderheiten des westdeutschen Imperialismus wie die Verflechtung der herrschenden Klasse und ihrer bürokratischen und militärischen Elite mit der des Nazi-Regimes, die fast völlige Zerschlagung der Arbeiterbewegung während der Nazizeit mit all ihren Auswirkungen auf die deutsche Nachkriegslinke oder die ideologische Prägung der Masse der deutschen Bevölkerung durch den Nationalsozialismus vor allem in Bezug auf Rassismus und insbesondere Antisemitismus in die Analyse der westdeutschen Realität einbezogen wurde. Ausgehend von Lenins Imperialismus-Theorie in Bezug auf seinen aggressiven Charakter nach innen und außen und von den spezifischen historischen Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus analysierte der KB Anfang der 70er Jahre die BRD als ein imperialistisches Land, das vor allem bestrebt ist, die Niederlage des zweiten Weltkrieges und die damit verbundenen Einbußen und Beschränkungen zu revidieren, was außenpolitisch eine besondere Aggressivität, innenpolitisch eine fortschreitende Absicherung gegen mögliche oppositionelle Bewegungen zur Folge hatte. Allerdings wich im Laufe der 70er Jahre dieser analytische Ansatz weitgehend einem falschen Prognostizismus, der zeitweilig darin verfiel, jede Verschärfung im Bereich der staatlichen Repression und den seit 1973 zunehmenden Sozialabbau als "Faschisierung" und später als "fortschreitende" bzw. "beschleunigte" Faschisierung einzuordnen. Durch diese falsche Anwendung geriet der richtige Ausgangspunkt der These, nämlich daß die westdeutsche Bourgeoisie auf eine Revision der Niederlage von 1945 nicht verzichten werde und dafür auch die Option auf einen faschistischen Weg rekonstruiert, in den Hintergrund zugunsten einer Prognose, der eine Linearität in der Entwicklung anhaftete, die in der These selbst nicht zwingend angelegt war. Im Nachhinein kann man konstatieren, daß es gerade diese Prognose war, die sich als eine wesentliche Schwäche der KB-Politik herausgestellt hat. Denn unterschätzt wurde dabei - gerade auch in der Rückschau auf die Wiedervereinigung und den Zusammenbruch des "Realen Sozialismus" - die Fähigkeit des Imperialismus, auf dem Weg der wirtschaftlichen und politischen Erpressung zu erreichen, was sich die Linke nur auf dem Wege des Krieges und der Ausschaltung der inneren Opposition vorstellen konnte: Das Zurückholen der DDR und die weitere Revision insbesondere in Bezug auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete. Auch das Erstarken des deutschen Imperialismus zu der ersten Macht in Europa geht heute - fast unmerklich - im Rahmen der europäischen Integration voran und ohne großartigen Widerstand der anderen Länder. Das macht die ehrgeizigen Ziele Deutschlands nicht weniger aggressiv, hat aber wesentliche Auswirkungen auf die politischen Aufgaben und Möglichkeiten der Linken. Sicherlich hat die düstere Prognose des frühen KBs auch denen, die jetzt alles nicht mehr so schlimm fanden, den Weg ihrer Kritik erleichtert. Aber das gibt ihnen nicht Recht. Denn weder an der deutschen Vergangenheit noch an den Großmachtambitionen dieses Imperialismus hat sich etwas geändert. Und wer dies zur Normalität moderner kapitalistischer Staaten uminterpretieren wollte, zeigte damit nur, daß dies der Beginn eines zarten Arrangements mit den hiesigen Verhältnissen sein könnte.

Die Faschisierungsthese war eines der wesentlichen Unterscheidungsmerkmale des KBs von den anderen ML-Organisationen. Während diese davon ausgingen, daß die Massen nach links wollen und der westdeutsche Imperialismus direkt auf eine tiefgreifende Krise zusteuert, konstatierte der KB, daß die westdeutsche Bourgeoisie aus einer Position der Stärke operierte, und daß die Linke in der BRD von einer revolutionären Situation weit entfernt sei. Stattdessen orientierte der KB darauf, einen Abwehrkampf gegen die Offensive des westdeutschen Imperialismus zu organisieren, und bewegte sich damit weitaus näher an der Realität als einige andere Organisationen der neuen Linken. Aber eben nicht nahe genug...

Umbruch in Osteuropa...

Mit dem Umbruch in der DDR sah sich der KB - wie die gesamte Linke - plötzlich einer neuen Situation gegenüber. Nicht nur, daß jetzt Antworten gegeben werden *mußten*. Es stellten sich auch Fragen, auf die der KB denkbar schlecht vorbereitet war.

An erster Stelle sei hier die Frage des Stalinismus genannt. In seiner annähernd zwanzigjährigen Geschichte hatte es der KB ge-

schafft, sich ein ungeklärtes Verhältnis zum Stalinismus zu erhalten. Zwar wurden im Herbst 1989 und 1990 zwei umfassende Stalinismus-Schulungen durchgeführt, die von einem großen Teil der Organisation wahrgenommen wurden und weit über den KB hinaus Anklang fanden. Aber konkrete theoretische Ergebnisse für die Gesamt-Organisation ergaben diese Schulungen nicht, weil die Organisation strukturell schon lange nicht mehr in der Lage war, eine eigene theoretische Position gemeinsam zu erarbeiten und zu vertreten. Das Ergebnis war primär eine Öffnung der Mitgliedschaft gegenüber einer grundlegenden Kritik des Stalinismus, aber mit unverbindlichem Ausgang, die Positionen reichten von Bettelheim bis Trotzki. Nun sah man sich mit dem Zusammenbruch zahlreicher kommunistischer Parteien und in der DDR mit dem Zusammenbruch eines ganzen Staates konfrontiert. In den ersten Reaktionen des KB auf die Massenbewegung in der DDR Ende 1989 fehlte eine genauere Einschätzung dessen, was sich in der DDR abspielte. Die Erklärung des Leitenden Gremiums vom November 1989 wendete sich in der Hauptsache gegen die Einflußnahme des westdeutschen Imperialismus, gegen den um sich greifenden Nationalismus und die drohende Wiedervereinigung. Diese klare Absage an die Interventionen der BRD-Regierung war notwendig und richtig. Daß aber fast keine Analyse des inneren Zustandes der DDR gegeben wurde, keine Einschätzung der Bürgerbewegung, lag vordergründig am "zweistaatlichen Denken" des KB in dieser Situation. Doch es kann nicht übersehen werden, daß gleichzeitig eine große Hilflosigkeit gegenüber den Umbrüchen in Osteuropa vorherrschte, und man sich deshalb schnell hinter dem reaktionären Auftreten zahlreicher Massenbewegungen in diesen Ländern und insbesondere in der DDR versteckte.

Nie wieder Deutschland...

Der KB spaltete sich in zwei Lager: Die Minderheit initiierte die "Nie wieder Deutschland-Kampagne", die vor allem von der Radikalen Linken getragen wurde. Kernpunkt dieser Kampagne war die Ablehnung der Wiedervereinigung, die als Großmacht-Projekt des westdeutschen Imperialismus gesehen wurde. Hiermit lag die Radikale Linke auch völlig richtig, aber weniger richtig lag die KB-Minderheit mit der Einschätzung der politischen Rahmenbedingungen der Wiedervereinigung, denn sie fiel in die alte Faschisierungs-Prognose zurück: Von einem vierten Reich war die Rede, man ging davon aus, daß die Wiedervereinigung nur gegen großen internationalen Druck durchsetzbar sei und daß die deutsche Linke mit dem Schlimmsten rechnen müsse. Doch der Druck der ehemaligen Anti-Hitler-Allianz, den die KB-Minderheit als Bündnispartner der Linken heraufbeschwor, hielt sich bis auf ein paar bittere Worte von Frau Thatcher in Grenzen. Es sah vielmehr so aus, daß die europäischen Nachbarn und die USA die Wiedervereinigung unter bestimmten Bedingungen begrüßten. Ziel war dabei durchaus eine neue Arbeitsteilung, die der deutschen Vormachtstellung gerecht wurde, aber nicht im Rahmen eines deutschen Sonderweges, sondern im Rahmen der europäischen Integration und der Nato. Auch die These vom vierten Reich wurde der Realität nicht gerecht. Zwar muß die Position der KB-Minderheit gegen einen ganzen Haufen linker Opportunisten, die von der ersten wahren, deutschen Revolution salbaderten, verteidigt werden. Denn es stimmt, daß dies der größte imperialistische Coup der Nachkriegsgeschichte ist. Und es stimmt auch, daß sich im Gefolge der BürgerInnenbewegung eine nationalistische Massenbewegung formierte, die ihr Heil im Kapitalismus sah, und zwar vornehmlich im deutschen. Und inzwischen grassieren Neonazismus und Rassismus in der ehemaligen DDR in einem Ausmaß, das alle rechtsradikalen Tendenzen in der BRD in den Schatten stellt. Und dennoch müssen an dieser Stelle nicht die wichtigsten Merkmale des Nationalsozialismus aufgezählt werden, um klar zu machen, daß die Prognose, der deutsche Imperialismus müsse für die Durchsetzung der Wiedervereinigung zum aggressiven Schlag nach außen und innen ausholen, falsch ist. Auch diese Analogie ist unzulässig und wie die meisten anderen Analogien zum deutschen Faschismus eine Verharmlosung. Damit soll hier nicht der "Normalisierungsthese" das Wort geredet werden. Die Ziele des deutschen Imperialismus sind nicht weniger aggressiv, weil sie anders durchgesetzt werden konnten, als die Linke es prognostiziert hatte. Aber der Stalinismus hatte sich am Ende doch noch als instabil erwiesen, die Integrationskraft des Kapitalismus als stärker, und die politische Macht der BRD, die Wiedervereinigung im Konsens mit den eigenen Verbündeten durchzuführen, als größer. Das Kräfteverhältnis hat sich mit der Wiedervereinigung noch einmal dramatisch zugunsten der Bourgeoisie verschoben, die demokratische Bewegung und die Linke wurden geschlagen. Diese Verschiebung drückt sich auch ideologisch z.B. in der offenen Relativierung der Nazi-Verbrechen aus. Doch ein viertes Reich ist hieraus nicht erkennbar, was wahrscheinlich viele Linke von der Straße zurück in ihr Kämmerlein befördert hat, weil ja "doch alles nicht so schlimm ist, wie wir es gedacht hatten".

Jedenfalls gelang es der Radikalen Linken, den linken Protest gegen die Wiedervereinigung zusammenzuschließen und in der Frankfurter Großdemonstration im Mai 1990 zum Ausdruck zu bringen. Eine weiterführende Perspektive für die Linke ergab sich aus der Kampagne wegen ihrer inhaltlichen Schwächen nicht.

Gegen die Folgen des Anschlusses...

pflegte die Mehrheit des KB vorzugehen. Sie sah - anders als die KB-Minderheit - in der DDR eine Reihe von ernstzunehmenden Ansätzen linken Protests, vor allem in der PDS. Aus der Sicht der Mehrheit war es ein Fehler, auf der Ablehnung der Wiedervereinigung zu bestehen. Stattdessen wollte man gemeinsam mit der DDR-Linken gegen die Folgen des Anschlusses protestieren und versprach sich davon einen politischen Massenansatz. Doch die Massen waren in der DDR weder gegen die Wiedervereinigung noch gegen deren Folgen zu mobilisieren. Die Massen der DDR hatten den Anschluß ja gerade herbeidemonstriert und sahen keinen Anlaß, sich für linke Projekte auf die Straße zu begeben. Auch die PDS hielt es nicht für notwendig, ihre Klientel zur zentralen Demonstration gegen die Folgen des Anschlusses im Oktober 1990 auf die Straße zu bringen. Dementsprechend war die Mobilisierung für diese Demonstration genau so mühsam wie für die Nie wieder Deutschland-Demo. In der PDS hatte die KB-Mehrheit endlich ihren politischen Massenansatz gefunden, der in der BRD seit Jahren nicht mehr in Sicht war. Dies traf sich mit dem Wunsch der PDS, sich nach Westen hin auszudehnen, was bekanntermaßen in die Linke Liste/PDS und einen gemeinsamen Bundestagswahlkampf mündete. Das Ergebnis dieses Experiments ist ebenfalls bekannt: Kein Wahlerfolg im Westen, ein Gerade-Noch-Erfolg im Osten. Die PDS führt inzwischen eine Krisendebatte, und von der linken Liste spricht kaum noch jemand. Ein Hoffnungsträger ist hieraus jedenfalls nicht hervorgegangen. Was mag so viele Linke im Westen bewogen haben, die Mutter der westlinken Chef-Opportunistin DKP zum neuen Massenansatz zu ernennen? Eine Fehleinschätzung der Gesamtsituation allemal, denn nicht die Linke stand auf der Tagesordnung in dieser Zeit sondern die Anpassung eines ganzen Staates an den kapitalistischen Westen. Eine Fehleinschätzung der zur PDS geläuterten SED ebenfalls, denn unabhängig vom modernen Auftreten Gysis ist diese Partei hoffnungslos überaltert, in ihrer Mitgliedschaft und in ihren Inhalten. Niemand kann behaupten, daß die SED Willens und in der Lage

war, sich in den wenigen Wochen zwischen dem Zusammenbruch ihrer Macht und ihrer Umbenennung von ihrer stalinistischen Identität zu verabschieden, und dementsprechend konzentrierte sie sich in der Folge vor allem auf die soziale Absicherung ihrer Klientel unter den neuen west-diktierten Bedingungen. Die PDS versuchte, eine Teil der DDR-Gesellschaft in das neue Großdeutschland hinüberzuretten. Doch auch dieser Part kann für nicht-stalinistische Linke eigentlich nicht attraktiv sein.

Im Nachhinein...

kann man sagen, daß der KB während des Zusammenbruchs der DDR sich noch einmal gefordert sah, von links zu intervenieren. Die Minderheit sah ihre Aufgabe in einem verzweifelten und zum Scheitern verurteilten Abwehrkampf und war damit der Realität wohlmöglich mal wieder etwas näher als die Mehrheit, die mit dem PDS-Projekt das Z-Experiment in den Grünen wiederholen wollten, diesmal nicht nur in der falschen Partei, sondern auch noch zur Unzeit. Dem abdankenden Stalinismus standen beide Strömungen in unterschiedlicher Form hilflos gegenüber. Die Mehrheit, indem sie ihm offiziell "keine Träne nachweinte", aber eine seiner stärksten Parteien zum neuen Projekt der deutschen Linken auserkor. Die Minderheit, indem sie den Stalinismus und seinen Anteil am Zusammenbruch Osteuropas und insbesondere der DDR in ihrer Betrachtung ausblendete. Und statt in ihren Abwehrkämpfen wenigstens auf die Linke in den verschiedenen Ländern zu setzen, setzte sie in guter alter Volksfront-Tradition auf die Regierungen der Alliierten. Jetzt werden einige einwenden, keine linke Zeitung habe so ausführlich über Osteuropa berichtet wie der AK. Das stimmt, aber der AK hat gleichzeitig darauf verzichtet, die Zusammenhänge zwischen der stalinistischen Vergangenheit und der aktuellen Situation zu untersuchen. Insofern ist der Ak wie immer informativ, aber gerade in diesem Punkt nicht eingebettet in eine systematische Debatte und Positionsfindung. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß der KB längst in zwei Strömungen zerfallen war und schon seit Jahren im Ak verschiedene Positionen unverbindlich nebeneinanderher entwickelt wurden. Eine Organisationszeitung war der AK im Grunde schon lange nicht mehr.

Auf dem Höhepunkt...

der Auseinandersetzungen zwischen Minderheit und Mehrheit beschloß die Mehrheit die organisatorische Trennung von der Minderheit. Im Angesicht der bevorstehenden Bundestagswahl wollte man sich seinen neuen politischen Ansatz nicht von ein paar Sektierern zerreden lassen. Mit dem Wahlausgang schwand auch der Druck, sich möglichst schnell voneinander zu verabschieden. Die endgültige Trennung auf dem Kongreß am 20.4. war gemessen an der Geschichte dieser Organisation geradezu lächerlich. Der größte Teil der Anwesenden sah nicht einmal die Notwendigkeit zu einer Aussprache und war erleichtert, als die Abstimmung über die Bühne ging. Beide Strömungen geben nach wie vor gemeinsam den AK heraus. Eine Aufarbeitung der Entwicklung scheint auszubleiben. Unklarheit heißt zur Zeit in der Linken das Gebot der Stunde, und diesmal bildet der KB keine Ausnahme.

Ein Blick in den Verfallsprozeß der Linken?

K-Gruppe wird Gruppe K

Hamburg (ND). Die Atomisierung der westdeutschen Linken schreitet weiter fort. Nachdem sich im Frühjahr dieses Jahres der Kommunistische Bund (KB) als einer der letzten im Zuge der '68 Bewegung entstanden K-Gruppen aufgelöst hatte, gründeten Mitglieder der sogenannte KB-Minderheit im vergangenen Monat in Dortmund die „Gruppe K".

Der KB scheiterte letztendlich an seinen innerorganisatorischen Widersprüchen und war schon längere Zeit auf Grund verschiedener Einschätzungen über den Charakter der deutschen Vereinigung und die Zukunft kommunistischer Politik im Großdeutschland in eine „Mehrheit" und eine „Minderheit" gespalten.

In einer auf dem Gründungstreffen verabschiedeten Erklärung heißt es, die Gruppe K halte es für angebracht, einzusehen, „daß die Aussicht auf eine massenhafte Verankerung nichtreformistischer Politik in absehbaren Zeiträumen aus Gründen, die mit dem ökonomischen Potential des BRD-Imperialismus und den daraus sich ergebenden Möglichkeiten von Korruption und Integration zusammenhängen, nicht existiert." Als Gruppe K wolle man dem Kommunismus nicht abschwören, sondern ihn besser fundieren. Die kleine Gruppe will sich insbesondere mit der Analyse der sozialen Folgen der Wiedervereinigung, insbesondere mit dem neu eskalierenden Rassismus und Neofaschismus beschäftigen und hierbei mit ihr nahestehenden Zirkeln zusammenarbeiten.

Der Versuch bestehende Zusammenhänge, seien sie auch noch so klein, zu erhalten, ist zwar verständlich, allerdings überwiegt auch in der Gruppe K die Ratlosigkeit. Selbstkritik dagegen findet kaum statt. Weing Aussicht also, den Niedergang der Linken stoppen zu können.

Der KB hat sich aufgelöst

Pascal Beucker

 18.6.91

45

Am 20.4.1991 erwischte es auch die letzte noch existierende K-Gruppe der Nach-68er-GründerInnengeneration: "Der Kommunistische Bund (KB) ist aufgelöst. Im 20. Jahr seines Bestehens ist der KB in zwei Strömungen zerfallen. Als ein nach außen handelndes Kollektiv auf gemeinsamer theoretischer und praktischer Grundlage besteht der KB nicht mehr.", beschloß eine überwältigende Mehrheit von 123 Stimmen, bei 30 Gegenstimmen und 16 Enthaltungen, auf dem 4. KB-Kongreß in Hamburg. Der Beschluß bildet den Abschluß tiefgreifender Auseinandersetzungen, die vor rund zwei Jahren begannen und schon vor etwa einem Jahr zur Konstituierung zweier unabhängiger, sich unversöhnlich gegenüberstehender Strömungen im KB führten. Der weit über das KB-Umfeld bekannte und geschätzte "ak" ("Arbeiterkampf"), die Zeitung des KB, wird es jedoch weiter geben - auf der Grundlage einer gleichberechtigten HerausgeberInnenschaft der beiden - inzwischen - ehemaligen KB-Strömungen.

Die etwas andere K-Gruppe

Der KB, der seine Hochburgen vor allem im norddeutschen Raum - speziell Hamburg - hatte, entstand, wie so viele andere Gruppen und Grüppchen, am Ende der 68er-StudentInnenbewegung. 1971 schlossen sich das "Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum" (SALZ) und der "Kommunistische Arbeiterbund" Hamburg (KAB) zum "Kommunistischen Bund" zusammen. Hinzu kamen im gleichen Jahr noch Gruppen aus Bremerhaven, Eutin, Flensburg, Frankfurt und Oldenburg. Der KB verstand sich, wie es im Statut vom November '71 hieß, als "ein Zusammenschluß von kommunistischen Organisationen ... auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und seiner Weiterentwicklung durch Mao Tse-tung". Damit unterschied er sich von Anfang an von anderen maoistischen Gruppen, wie KBW oder KPD/ML. Er sah sich nicht als "die Partei der Arbeiterklasse", sondern lehnte sogar vielmehr für sich die Parteiförmigkeit ab. Ebenso stellte er schon in seiner Gründungserklärung 1971 fest: "Der KOMMUNISTISCHE BUND erhebt keinen 'Führungsanspruch'", stattdessen setzte er auf eine Zusammenarbeit mit anderen Linken, um "an der Erarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik für die BRD verstärkt teilzunehmen". Dies machte ihn innerhalb der Linken bündnisfähiger als andere K-Gruppen und auch realitätstüchtiger. So klammerte er sich im Gegensatz zu anderen nicht an irgendein "sozialistisches Vaterland", ob Sowjetunion, China oder Albanien, sondern versuchte eine eigenständige Politikentwicklung. Dies brachte ihm Mitte/Ende der 70er Jahre einen Einfluß in linken Kampagnen, wie z.B. dem Russel-Tribunal, "Rock-gegen-Rechts"-Veranstaltungen, den Auseinandersetzungen um Brokdorf oder um die Startbahn-West, der in keiner Relation zur Mitgliederzahl stand. Die Zeitung des KB, der "Arbeiterkampf" ("ak"), gelangte in seiner Hochphase 1977 zu einer Auflage von 27.500 Exemplaren (auch heute liegt sie noch bei immerhin 6.000).

Die erste Krise

Trotzdem erfaßte die Krise der radikalen Linken Ende der 70er Jahre, die zum Verschwinden der meisten "alten" K-Gruppen führte, auch den KB. 1978 begann eine umfassende Organisationsdebatte im KB, die 1979 zum Austritt der sog. "Struktur-Fraktion" führte. Beinahe nahtlos schloß sich 1979 eine Auseinandersetzung um das Verhältnis des KB zur alternativen Wahlbewegung an, in der der KB am Anfang besonders im norddeutschen Raum eine relevante Rolle spielte. Je stärker sich aus der alternativen Wahlbewegung die grüne Parteibildung heraus entwickelte, ging eine Mehrheit im KB auf Distanz, während eine Minderheit auf ein offensives Einmischen in den Parteigründungsprozeß der GRÜNEN setzte und dabei auch die eigene Organisation zur Disposition stellte. Im Dezember 1979 trennten sich die Wege von Mehrheit und Minderheit. Die "Gruppe Z" um Jürgen Reents, Thomas Ebermann und Rainer Trampert wurde abgespalten, der KB verlor rund 200 Mitglieder und viele Sympathien im alternativen Spektrum. Der Rest-KB verkündete auf dem 1. ordentlichen KB-Kongreß Anfang 1980, daß er in der Grünen Partei nicht mehr als eine Gefahr für den Bestand und die Entwicklung der westdeutschen Linken sehen würde. Trotzdem blieb das Verhältnis zu den Grünen ambivalent. So arbeiteten etliche im KB verbliebene Mitglieder - kurioserweise mit Unterstützung der KB-Leitung und ungeachtet der weiterhin im "ak" verbreiteten harten Attacken gegen die Partei - weiterhin gleichzeitig in den Grünen mit und stellten in der Hamburger GAL bis zum Austritt der GAL-Linken im Frühjahr 1990 einen relevanten Faktor dar. Personell schrumpfte der KB von einstmals rund 2.500 Mitgliedern bis zum 2. KB-Kongreß im Januar 1982 auf etwa 700 Mitglieder. 1991 dürfte die Mitgliedszahl noch rund 250 bis 300 betragen haben.

Der damalige Bruch wirkt bis heute nach und führte zu einer "innerorganisatorischen Einbetonierung unseres Apparats im Überwinterungsjahrzehnt nach KB-/Z-Spaltung und grüner Entwicklung", wie Heiner Möller auf dem 4. KB-Kongreß in seinem Hauptreferat für die heutige KB-Minderheit feststellte. Die in der Auseinandersetzung um die Grünen und auch schon in der vorangehenden Organisationsdebatte sichtbar gewordenen Demokratiedefizite und die Besitzstandswahrungsmentalität der KB-Führung konnten nicht überwunden werden, sondern verfestigten sich. Dementsprechend bildeten sie auch in der Strömungsauseinandersetzung der letzten beiden Jahre zentrale Streitpunkte.

Der Anfang vom Ende

Im Frühjahr '89 brach im KB die für alle linken Organisationen kritische Diskussion über innerverbandliche Demokratie und verknöcherte, verkrustete Strukturen wieder auf. Sie führte zum Rücktritt zweier Hauptamtlicher - derjenigen, die diese Debatte entfacht hatten. Eine Mehrheit im KB, die heutigen Weggefährten von Gysi & Co, stellten lapidar fest: "Es gibt kein Demokratiedefizit" und bemühten sich darum, die Diskussion zu beenden, ohne daß sie überhaupt erst richtig begonnen hatte. Die sich hier schon herausbildende Polarisierung im KB verfestigte sich in der Folgezeit an unterschiedlichen Themen, so nach dem Zusammenbruch der DDR in einer Auseinandersetzung um das sog. "nationale Selbstbestimmungsrecht" und die Haltung zur "Wiedervereinigung" bzw. Einverleibung der DDR. Die Konflikte mündeten im Streit um die PDS. Die sich in den verschiedenen inhaltlichen Fragen gegenüberstehenden Fronten blieben dabei weitgehend personell identisch. Vor etwa einem Jahr kam es schließlich zur Herausbildung zweier unabhängig agierender Strömungen im KB, die zu einem gemeinsamen politischen Handeln nicht mehr in der Lage waren. Mit dem

Auflösungbeschluß vom 20.4. wurde jetzt auch formal ein Schlußstrich gezogen. "Persönliche Zerwürfnisse, daß man/frau es unter einem Dach nicht mehr zusammen aushält, Strukturdebatte, Haß auf die 'Vaterlandsverteidiger' einerseits, die 'Antisemiten' andrerseits, die 'Sozialdemokraten' und die 'Sektierer' - und dann ist es irgendwann soweit, daß man sich bei Strafe des Verlustes der eigenen Organisation trennt.", beschreibt ein Kommentar zur KB-Auflösung im "ak" den Zersetzungsprozeß der letzten beiden Jahre.

AK überlebt

Trotz aller erbitterter Streitereien konnten sich die beiden KB-Strömungen jedoch in einem entscheidenden Punkt einigen: der "ak", dessen Einstellung sicherlich ein gravierender Verlust für die gesamte bundesrepublikanische Linke gewesen wäre, soll weitergeführt werden. Nach langen Verhandlungen einigte man sich über eine gemeinsame und gleichberechtigte weitere Herausgabe des "ak". Hier hat sich offensichtlich auf beiden Seiten der Realitätssinn durchgesetzt, da es einerseits noch Ende des letzten Jahres so aussah, als wolle die KB-Mehrheit zukünftig den "ak" alleine herausbringen, möglicherweise - wie Oliver Tolmein in "KONKRET" spekulierte - im Rahmen der PDS/Linken Liste, womit er seine bisherige Attraktivität als Forum links-sozialistischer und linksradikaler Diskussion sicherlich verloren hätte. Andererseits gab es auch innerhalb der Minderheit eine Gruppe, die den "ak" lieber zugunsten eines neu zu konzipierenden linksradikalen Insiderblättchens aufgeben wollte. Der jetzt gefundene Kompromiß könnte eine gute Grundlage für die Weiterexistenz und -entwicklung des "ak" darstellen.

PDS-Option contra Radikale Linke

Der Riß im KB, der jetzt zu seiner Auflösung führte, wurde für Außenstehende erstmals während der im "ak" intensiv und hart geführten Debatte um die PDS und die Reichstagswahlen im letzten Jahr deutlich erkennbar. Ging es dabei der Mehrheitsströmung am Anfang "nur" um eine Unterstützung der PDS bei ihrer Kandidatur, setzte sie recht bald auf den Aufbau des Projektes Linke Liste/PDS mit dem Ziel der Bildung einer West-PDS. Die Arbeit daran führte nicht nur zu einflußreichen Positionen innerhalb des Projektes und KBlerInnen in den Parteivorstand der PDS, sondern bis in den Bundestag: mit Andrea Lederer und Ulla Jelpke verfügt die KB-Mehrheit seit den Wahlen über zwei eigene Abgeordnete im Parlament. Die Minderheitsströmung verfolgte eine andere Linie. Sie gehörte zu den InitiatorInnen der "Radikalen Linken" und verfocht vehement die Wahlboykottoption als Zeichen aktiven Widerstands gegen Großdeutschland. Allerdings sind beide Optionen inzwischen in eine Sackgasse gelaufen. So stellte Heiner Möller, einer der SprecherInnen der KB-Minderheit, in seinem Kongreßbeitrag resigniert fest: "Dabei ist der fast absolut erscheinende Verlust des Subjekts der Veränderung für uns als Linke, die quasi Aussichtslosigkeit jedes realen Veränderungsansatzes ... die gleiche Quelle unserer politischen Stagnation. Quelle von linker Resignation, Frust und Verzweifelung und der Ausrichtung der jeweiligen Optionen der [illegible] PDS, reformistische Orientierung Massenpolitik, war/ist der Mehrheitsansatz in dieser linken Krise. Kraft der Negation der Verhältnisse, nicht Realpolitik und Parlamentarismus, der überwiegende Minderheitenansatz. Was dabei rausgekommen ist? Ihr habt die Posten und wir ringen um die Rückgewinnung des Bodens unter linken Füßen. Die Haupttendenz scheint immer noch Zerfall. Der vielbeschworene Neu- oder Umgruppierungsprozeß der Linken hat nicht stattgefunden, weder der rechte linke als PDS, weil dem ein gesellschaftlicher Prozeß zugrundeliegen müßte, noch der linke linke als Radikale Linke, weil die dafür notwendige Fähigkeit und Bereitschaft fehlte, weil die damit verbundene Einigung über das zu setzende Ziel, das damit verfolgt werden könnte, nicht gelingt. So haben wir in der Trennung also etwas Gemeinsames." Von der KB-Mehrheit wird ein Teil, vor allem diejenigen aus ehemaligen Hauptamtlichenapparat, trotzdem weiter ihr Glück in der PDS suchen - vielfach auch aufgrund fehlender persönlicher Alternativen. Die Minderheit will, wie es Heiner Möller formulierte, "organisiert in das derzeit dominante Zirkelwesen eingehen".

Wie hieß es noch in der Gründungserklärung des KB 1971: "Der KOMMUNISTISCHE BUND ist noch keine Partei. Er ist auch kein Parteiersatz. Er ist vielmehr die Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung, wo vom Zirkelwesen schrittweise zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei übergegangen wird." Die Zeiten ändern sich...

Brief an die KB-Minderheit

Dies ist ein Abschiedsbrief. Ich bin zu der Auffassung gekommen, daß euer Projekt keine Perspektive (zumindest keine für mich interessante) hat und hab mich deswegen anders entschieden.

(Für diejenigen, die mich nicht kennen: Ich war bis Herbst 89 in der DKP und hab mich danach für den KB interessiert; hab dann Kontakt mit der Nürnberger Gruppe aufgenommen, die aber kein ernsthaftes Interesse daran zeigte, daß in München eine KB-Gruppe entsteht; inzwischen weiß ich ja warum)

Zunächst möchte ich euch sagen, daß ihr absolut recht hattet mit eurer Position zur PDS. Die Politik der Mehrheit ist meiner Meinung nach nichts weiter als hemmungsloser Opportunismus und Karrieregeilheit. Insofern seid ihr der "ehrliche" Teil des KB, der den Kampf gegen das herschende System noch nicht aufgegeben hat. Leider ist eure Alternative zur PDS-Orientierung genauso falsch.

Die "Antideutsche Orientierung" ist meiner Meinung nach mit dem Marxismus unvereinbar. Sie ist eine rein idee-alistsche Ideologie, die voller Widersprüche steckt. Es ist das historische Verdienst von KONKRET diese Politik konsequent ad absurdum geführt zu haben. Auch wenn ihr zu den Artikeln von Pohrt, Schneider und Gremliza auf Distanz geht - sie haben nur eure Vorstellungen zu Ende gedacht. Wer im Deutschtum die Wurzel allen übels sieht der landet eben am Ende nicht links sondern rechts.

Eure (teilweise versteckten) Hoffnungen, daß die (Weltkrieg II) Alliierten die deutsche Wiedervereinigung stoppen würden und euer Eintreten für das "Existenzrecht Israels" scheint mir nur eine Wiederholung (als Farce) eurer früheren Sympathie für die Kulturrevolution zu sein: Wenn man sich selbst als arme kleine Minderheit so schwach fühlt, sucht man sich Verbündete im Ausland, mit denen man sich identifizieren kann: Gestern China, die Sowjetunion oder Nicaragua, heute Israel oder die Befreiungsbewegungen in Kurdistan oder El Salvador. Natürlich haut das nicht hin, denn weder die Alliierten noch Israel noch die FMLN werden uns schützen, wenn unsere herrschende Klasse beschließt, mit den restlichen Linken kurzen Prozeß zu machen. Das müssen wir schon selber tun.

Meine Konsequenz daraus ist, daß ich in die SAG eingetreten bin. Meiner Meinung nach kommt es darauf an, als Antwort auf die Schwäche der Linken in Deutschland nun nicht mehr nach potentiellen Verbündeten zu schielen, sondern aus eigener Kraft eine internationale revolutionäre Organisation aufzubauen. Die SAG/SWP scheint mir zur Zeit die einzige Gruppe zu sein, die dazu bereit und in der Lage ist. Wenn die Praxis ein Kriterium der Richtigkeit einer Theorie ist, dann muß die Staatskapitalismus-Theorie der SAG/SWP richtig sein und eure falsch.

Ob ich mit dieser Einschätzung recht habe, wird sich zeigen. Ich bin mir sicher, daß wir uns noch oft - und meistens auf der gleichen Seite der Barrikade - wiedersehen. Ich wünsche euch viel Erfolg mit eurer "K-Gruppe".

anw